

Preussische Allgemeine



Nr. 18 · 3. Mai 2024

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,90 €



Tage der Entscheidung

Der Ukrainekrieg steht an einem Wendepunkt. Weshalb es höchste Zeit ist, eine politische Lösung anzustreben **Seiten 2 und 3**



Ancien Régime Vor 250 Jahren wurde Ludwig XVI. König **Seite 11**



Architektur Als zwei Königsberger das Bauen revolutionierten **Seite 23**

FOTOS: PASSOCIATED PRESS; MUSÉE DE L'HISTOIRE DE FRANCE; A. SAVIN

VON HOLGER FUSS

EXTREMISMUS

Schon zwei Tage vor der Veranstaltung war auf der offiziellen Webseite Hamburgs zu lesen: „Der Verfassungsschutz informiert: ‚Muslim Interaktiv‘-Islamisten planen Kundgebung.“ Die Gruppierung werde „vom Landesamt für Verfassungsschutz Hamburg als gesichert extremistische Bestrebung beobachtet.“ Ebenfalls im Vorfeld hatte die Hamburger CDU den rot-grünen Senat aufgefordert, sich bei Bundesinnenministerin Faeser (SPD) für ein Verbot der Extremisten-Vereinigung stark zu machen. Doch der Antrag wurde von SPD und Grünen abgewiesen.

So wurden Hamburgs Bürger am vergangenen Sonnabend auf dem Steindamm nahe des Hauptbahnhofs Zeugen eines bizarren Spektakels. Mehr als tausend Anhänger von „Muslim Interaktiv“ versammelten sich vor einer Bühne mit der Aufschrift: „Gebietet das Rechte und verbietet das Unrecht“. Über den Köpfen der Menge schwankten Schilder mit Parolen wie „Gaza hat den Info-Krieg gewonnen“, „Staatsräson tötet!“ oder „Kalifat ist die Lösung“. Von der Bühne krächzte ein junger Redner, „dass wir über ein eigenes, autonomes Weltbild verfügen und fest an der Seite unserer Geschwister stehen – als unzertrennbarer Teil der Umma“. Und alle skandierten: „Stoppt die Wertediktatur!“

Die „Umma“ ist die transnationale Gemeinschaft der Muslime, die sich nach dem Willen des politischen Islam über den Globus ausbreiten soll. Der Begriff beschreibt den Drang muslimischer Extremisten nach Weltherrschaft durch das Regime eines Kalifen. In Hamburg hat sich nun einmal mehr die mohammedanische Parallelgesellschaft in Deutschland Gehör verschafft. Auf ihrem Programm stehen Judenhass und Israelhetze, die Ablehnung unserer freiheitlich-demokratischen Rechtsordnung sowie der Paradigmen der Aufklärung zugunsten der Scharia, dem islamischen Gesetz aus dem 7. Jahrhundert.

Die Quittung für eine lange, politisch gewollte Blindheit

Der jüngste Aufmarsch von Kalifat-Anhängern in Hamburg offenbart die Folgen der Doppelmoral gegenüber rechten und muslimischen Verfassungsfeinden

Bereits Anfang April meldete die „Hamburger Morgenpost“, dass sich die „Pop-Islamisten“ (Ermittler-Jargon) von „Muslim Interaktiv“ im Hamburger Stadtteil Allermöhe mehrfach zu „Geheimtreffen hinter verschlossenen Türen“ versammelt haben, um über ihren Kampf gegen den Westen zu beraten. Von „Pop-Islamisten“ sprechen Sicherheitsbehörden, weil die jungen Männer ausrasierte Nacken haben, gern protzige Autos fahren und im Internet als Szenestars auftreten. Einer der Hauptfiguren in Hamburg verzeichnet auf seinem Instagram-Account mehr als 5000 Follower. Vor allem über Soziale Medien rekrutieren die radikalen Muslime eine wachsende Zahl junger Gefolgsleute.

Ignoranz hier, Erregung dort

Seltsamerweise reagiert die Öffentlichkeit auf die zunehmende islamistische Bedrohung in Deutschland mit beharrlicher Ignoranz. Der Hamburger SPD-Mann Sören Schumacher verteidigte die Kalifat-Demo damit, dass auch Meinungen, die „für uns Demokraten nur schwer erträglich sind“, durch die Meinungsfreiheit geschützt seien.

So großzügig ging es im Januar nicht zu, als das Recherchenetzwerk Correctiv über ein angebliches Geheimtreffen rechter Politiker und Unternehmer, die über Möglichkeiten zur Rückführung von Migrantinnen berieten, berichtete. Öffentlich-rechtliche Medien zündelten mit dem Narrativ der „Deportation“ an der Volksseele, bis die

allgemeine Erregung Hunderttausende auf die Straßen trieb, um die Demokratie gegen die Gefahr von Rechts zu schützen. Es waren sogar Schilder zu lesen mit der Aufschrift: „Jetzt können wir endlich herausfinden, was wir anstelle unserer Urgroßeltern getan hätten.“ Nach den Corona-Erfahrungen ein neuerliches Exempel der Massensuggestion, die jeden Verteidiger der Freiheit nur mit Sorge erfüllen kann.

Die Islamforscherin Susanne Schröter warnt derweil vor der Verharmlosung islamistischer Gruppierungen durch die Politik. „Der Islam“, so Schröter, „nimmt im Vergleich zu anderen Religionen eine Sonderrolle ein. Wer darauf hinweist, wird schnell angefeindet.“ So konnten nach dem Massaker der Hamas in Israel am 7. Oktober 2023 auf deutschen Straßen palästinensische Terror-Sympathisanten unbehelligt die Morde an Juden feiern und zur Vernichtung Israels aufrufen. Niemand von jenen, die im Januar das Potsdam-Treffen für ihren verspäteten Widerstand gegen Hitler nutzten, ließ sich an der Seite deutscher Juden auf den Straßen blicken, um gegen muslimische Judenverächter zu protestieren.

Deutschland ist ein durch zwei Gewaltherrschaften und einen Holocaust traumatisiertes Land, und wie die Psychologie lehrt, sind Trauma-Patienten nur bedingt verlässlich. Das wissen die arabischen Terrornetzwerke nur zu gut, die bis nach Deutschland reichen, wo sie seit Jah-

ren Allianzen mit linksradikalen Eiferern unterhalten, aber auch Querverbindungen bis ins neonazistische Milieu. Ihnen allen gemeinsam ist die Verachtung des Westens und der freiheitlichen Demokratie.

Die Nähe von linken Sektierern mit palästinensischen Terroristen entstammt der Zeit von postkolonialistischen Widerstandsbewegungen nach dem Zweiten Weltkrieg. Die muslimisch-nazistische Achse bestand schon im „Dritten Reich“, als der Jerusalemer Großmufti al-Husseini den deutschen „Führer“ verehrte und Hitlers Schriften in der arabischen Welt verbreiten ließ. Mohammed Amin al-Husseini war später Lehrer und Förderer von PLO-Chef Jassir Arafat. Judenfeinde sind eben eine sehr große Familie.

In der Geschichtsvergessenheit der deutschen Gegenwartsgesellschaft sind solche Zusammenhänge natürlich kaum noch bekannt. Nur so ist es möglich, dass nach der Hamas-Attacke im Oktober linksdurchtönte junge Deutsche vor dem Auswärtigen Amt forderten: „Befreit Palästina von der deutschen Schuld!“ Sie instrumentalisieren somit den millionenfachen Mord an europäischen Juden durch die Nationalsozialisten für die Unterstützung arabischer Judenhasser in der Gegenwart. Drei Monate später marschierte dasselbe Milieu gegen eine Gefahr von Rechts. Geschichtsrevisionisten wollen die deutsche Demokratie verteidigen. Der „Führer“ hätte Tränen gelacht.

IN DIESER AUSGABE

Politik

Eine neue Studie offenbart einen deutlichen Rechtsruck in der deutschen Jugend **Seite 4**

Kultur

Ein besonderer Berliner Blick auf das Caspar-David-Friedrich-Jubiläum **Seite 9**

Das Ostpreußenblatt

Allensteins Universität weitet ihr Angebot mit fünf neuen Studiengängen aus **Seite 13**

Lebensstil

„Marseillaise der Menschheit“ – vor 200 Jahren erklang erstmals Beethovens Neunte **Seite 21**



Lesen Sie die PAZ

auch auf unserer Webseite **paz.de**



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

IM GESPRÄCH MIT
GENERAL A.D. HARALD KUJAT

In den vergangenen Wochen neigte sich das Geschehen im Ukrainekrieg deutlich zugunsten Russlands. Zwar gab es keinen Durchbruch an der Front, doch konnten die russischen Streitkräfte immer wieder einzelne kleinere Orte erobern. Was bedeutet diese Lage für den weiteren Verlauf des Krieges? Fragen an einen Experten, der diese Entwicklung seit geraumer Zeit kommen sah.

Herr Kujat, die Russen sind im Donbass kontinuierlich auf dem Vormarsch. Manche Kommentatoren sehen in den punktuellen Vorstößen Anzeichen für eine bevorstehende russische Großoffensive. Sie auch?

Lassen Sie mich zunächst mit einer Bemerkung zur grundsätzlichen Lage des Krieges beginnen. Nach der gescheiterten Offensive der ukrainischen Streitkräfte im letzten Jahr ist deren Lage sehr kritisch geworden. Die Ukrainer haben praktisch die Fähigkeit zu offensiven Operationen verloren und versuchen nun, in der strategischen Defensive ihre hohen personellen Verluste zu reduzieren und das Territorium, das noch unter ihrer Kontrolle ist, zu halten.

Die Russen wiederum haben im Grunde schon im vergangenen Oktober begonnen, entlang der über tausend Kilometer langen Front, die durch die Verluste der Ukraine zum Teil stark ausgedünnt ist, vereinzelt Vorstöße zu unternehmen. Sie haben also bewusst keine große Offensive gestartet und damit auch ihre eigenen Verluste niedrig gehalten.

Ich sehe bis jetzt auch keine Anzeichen für eine solche Offensive. Zum einen brauchen die Russen für das Erreichen ihrer Ziele – nämlich die vollständige Eroberung und Konsolidierung der am 30. September 2022 annektierten ukrainischen Verwaltungsgebiete – keine Großoffensive, weil sie diese auch mit kleinen Vorstößen erreichen können. Selbst wenn sie darüber hinaus noch Charkiw oder Odessa einnehmen wollten, würde dieses Vorgehen ausreichen. Hinzu kommt, dass die Russen zur Vorbereitung einer Großoffensive erhebliche Streitkräfte in Bereitstellungsräumen zusammenziehen und dafür auch zusätzliche Truppen heranzuführen müssten. Derartige Bemühungen wären – wie im Herbst 2021 – für die Vereinigten Staaten ohne Weiteres erkennbar, und sie würden diese sehr wahrscheinlich auch öffentlich machen.

Nicht ganz auszuschließen ist allerdings, dass die russischen Streitkräfte im zeitlichen Zusammenhang mit dem NATO-Gipfel Anfang Juni einen demonstrativen Vorstoß unternehmen werden.

Gleichwohl ist die Lage der Ukrainer prekär. Nun hat der US-Kongress nach monatelangen Debatten ein neues Finanzpaket in Höhe von 61 Milliarden Dollar freigegeben. Welchen Einfluss wird das auf den Verlauf des Krieges haben?

Die Ukrainer haben drei grundsätzliche Probleme, die sie selbst auch klar benennen. Das erste ist der Mangel an Munition. Im Ukrainekrieg wird vor allem sehr viel Artilleriemunition verbraucht, das ist vergleichbar mit dem Ersten Weltkrieg. Das zweite Problem ist der Mangel an Luftverteidigungssystemen. Die Ukrainer sind lediglich in der Lage, die Hauptstadt Kiew einigermaßen gegen Angriffe mit Raketen, Marschflugkörpern und Drohnen zu verteidigen, andere Zentren wie Charkiw jedoch nicht. Das dritte Problem ist der Mangel an ausgebildeten Soldaten, der einerseits in den hohen Verlusten auf dem Schlachtfeld begründet liegt und andererseits darin, dass viele Männer im wehrfähigen Alter das Land verlassen haben.

Obwohl nur ein kleiner Teil der 61 Milliarden Dollar direkt für Munition und Waffensysteme eingesetzt wird, ist der Nutzen des US-Pakets in der Defensive zweifellos groß, falls das Material rechtzeitig eintrifft. Wie lange dieser Nutzen anhält, hängt jedoch von der Intensität der künftigen Kampfhandlungen ab. Allerdings können die 61 Milliarden den Ukrainern nicht die Verluste an kampffähigen Männern ausgleichen. Diese – und nicht die Waffen – sind in einem Krieg jedoch die entscheidende Ressource. Deshalb wird



Seit Monaten auf einem kontinuierlichen Rückzug: Die ukrainischen Streitkräfte, hier Soldaten im Donbass

Foto: imago/ZUMA Wire

„Es gibt nur einen Weg für das Überleben der Ukraine“

Über die aktuelle Lage an den Fronten des Ukrainekriegs und die schwierige Erkenntnis, dass an einer politischen Lösung des Konfliktes kein Weg vorbeiführt

sich die strategische Lage der Ukraine nicht wesentlich verbessern.

Vor wenigen Tagen gab es einen Angriff des Iran auf Israel mit über 300 Drohnen und Marschflugkörpern, der aufgrund des israelischen „Iron Dome“ praktisch ins Leere ging. Daraufhin erklärte der ukrainische Präsident Selenskyj, dass auch sein Land ein solches Verteidigungssystem bräuchte. Richtig. Hier muss allerdings mit Blick auf den Ukrainekrieg gesagt werden, dass die jüngsten russischen Angriffe auf ukrainische Elektrizitätswerke, Leitungen und so weiter eine Reaktion auf einen vorherigen Strategiewechsel der Ukrainer sind. Seit dem Scheitern ihrer Landoffensive im vergangenen Jahr sind die ukrainischen Streitkräfte dazu übergegangen, vor allem mit Drohnen Ziele in Russland anzugreifen. Damit wollen die Ukrainer den Russen zeigen, dass auch sie verwundbar sind, zum anderen wollen sie den westlichen Unterstützern demonstrieren, dass sie nach wie vor zu militärischen Handlungen fähig sind – was die Voraussetzung dafür ist, dass der Westen weiterhin bereit ist, die Ukraine zu unterstützen. Bei ihren Attacken haben die Ukrainer vor allem russische Raffinerien angegriffen, was dazu führte, dass die Versorgung mit Benzin spürbar Einbußen erlitt. Insofern sind die jüngsten russischen Angriffe auf die ukrainische Energieversorgung eine Antwort auf die ukrainischen Attacken zuvor.

Richtig ist jedoch: Wenn die Ukrainer in der Lage wären, diese Angriffe abzuwehren, sodass diese wie in Israel ins Leere laufen würden, hätten sie einen enormen strategischen Vorteil. Allerdings haben die Israelis für den Aufbau ihres „Iron Domes“ und insbesondere des Arrow 3-Systems Jahre gebraucht,

und für ein Land von der Größe der Ukraine wäre der Aufwand noch einmal ungleich höher. Deshalb sind die Ukrainer auf schnelle Hilfe durch vorhandene westliche Systeme angewiesen, weshalb Deutschland ja auch ein weiteres Patriot-System zur Verfügung stellt. Deutschland hat sich auch bemüht, Partner zur Lieferung von Luftverteidigungssystemen zu bewegen, doch war dies bislang erfolglos.

Wie viele Patriot-Systeme bräuchte die Ukraine denn für eine effektive Verteidigung? Man unterscheidet hier die *Objektverteidigung*, beispielsweise von Städten oder strategisch wichtigen Objekten von der *Raumverteidigung*, in der Regel des Territoriums eines Landes oder mehrerer Länder.

Bei der enormen Größe der Ukraine und den extrem langen Grenzen mit Russland und Weißrussland ist die zweite Variante in diesem Fall kurzfristig nicht zu leisten. Also kann die Ukraine nur die Hauptstadt schützen und vielleicht noch einige Metropolen wie Charkiw und Odessa sowie möglicherweise auch noch ein paar strategisch wichtige Objekte im Raum Lemberg, wo das westliche Material angeliefert und an die ukrainischen Truppen verteilt wird. Die Ukrainer haben erklärt, dass sie sieben weitere Batterien bräuchten, das sind jeweils zwei FeuerEinheiten, um einen Minimalschutz zu erreichen. Aber wie gesagt, haben bis jetzt nur die Deutschen eine Batterie zugesagt.

Vor einigen Tagen ist der Bundeskanzler nach China gereist. Es gab vorab Spekulationen darüber, dass Scholz dabei auch versuchen könnte, China zu bewegen, auf Russland einzuwirken. Noch vor Kurzem wurde jeder Gedanke an eine politische

„Viel zu sehr hat sich unsere Ukrainepolitik bislang an Wunschvorstellungen ausgerichtet. Faktisch ist die Lage des Landes kontinuierlich kritischer geworden. Wir haben also genau das Gegenteil von dem erreicht, was wir erreichen wollten“

Lösung wie ein Verrat am Verteidigungskampf der Ukrainer gewertet. Zeigen die Scholz-Reise und ihre Begleitumstände, dass sich bei uns allmählich die Erkenntnis durchsetzt, dass an einer politischen Lösung kein Weg vorbeiführt?

Ich hatte mit den Professoren Peter Brandt und Hajo Funke sowie dem Diplomaten Michael von der Schulenburg zum China-Besuch des Kanzlers eine Erklärung veröffentlicht, die in der „Weltwoche“ erschienen ist. Darin haben wir die Reise als „ein erfreuliches Zeichen der Dialogbereitschaft“ gewürdigt und noch einmal betont, dass, wenn man wirklich etwas für die Ukraine tun wolle, es dringend zu ernsthaften Verhandlungen kommen müsse.

Es ist auch nicht richtig, wie immer wieder behauptet wird, dass die Russen gar nicht verhandeln wollten, denn sie haben ja bereits zu Beginn des Krieges mit den Ukrainern verhandelt. Allerdings hat sich seitdem die Lage verändert. Zum einen haben beide Seiten hohe Hürden für die Aufnahme von Gesprächen aufgebaut, zum anderen hat der Krieg inzwischen eine Entwicklung sehr zugunsten der Russen genommen, was natürlich deren Bereitschaft zu Verhandlungen nicht unbedingt fördert. Und so schließt sich mit jedem Tag, an dem die militärische Lage für die Russen positiver wird, das Fenster für Verhandlungen ein bisschen weiter – bis zu dem Punkt, an dem es zu einer totalen militärischen Niederlage der Ukraine kommen könnte, wodurch die Russen dann als Sieger die politischen Folgen diktieren könnten.

Das war auch der Beweggrund für unsere Erklärung. Wir hatten gehofft, dass der Bundeskanzler den chinesischen Vorstoß von vor einem Jahr aufnimmt und Peking in dieser Initiative unterstützt. Zumal kurz vor dem

Kanzler-Besuch die Chinesen einen Diplomaten nach Moskau, Kiew, Berlin und in andere Hauptstädte geschickt hatten, um zu prüfen, wie groß die Bereitschaft ist, diese Initiative zu unterstützen. Dieser Diplomat erklärte hinterher, er sei von dem Ergebnis seiner Gespräche nicht enttäuscht, was in der Diplomatensprache bedeutet, dass es nicht schlecht gelaufen ist.

Ich halte den chinesischen Ansatz derzeit für den einzig realistischen Weg, und zwar deshalb, weil die Chinesen die „Wiederaufnahme der Friedensgespräche“ vorschlagen – das ist der vierte Punkt in ihrem insgesamt ausgewogenen, rationalen Zwölf-Punkte-Papier –, was bedeutet, dass die Verhandlungen dort wieder aufgenommen werden sollten, wo sie im Frühjahr 2022 in Istanbul abgebrochen wurden und die damals erreichten Fortschritte nicht verloren wären. Das hätte außerdem zur Folge, dass die von den Russen und Ukrainern aufgebauten Hürden zunächst einmal beiseitegeräumt wären. Dass die Punkte später in den eigentlichen Verhandlungen wieder auf den Tisch kommen, liegt in der Natur der Sache. Aber es würde endlich der Beginn von Gesprächen nicht weiter verhindert werden.

Wie steht der Kanzler zu dem Vorschlag der Chinesen?

Nach dem, was zu lesen war, hat Scholz den chinesischen Vorschlag nicht unterstützt, sondern offensichtlich für den Zehn-Punkte-Plan Selenskyjs gewonnen und zudem versucht, die Führung in Peking dazu zu überreden, an der sogenannten Ukraine-Friedenskonferenz im Juni in der Schweiz teilzunehmen. Allerdings ist der Kiewer Friedensplan völlig unrealistisch. Und zwar nicht nur, weil der eigentliche Verhandlungspartner Russland nicht dabei ist, sondern weil der Plan Punkte enthält, die für Russland unannehmbar sind. Es ist also eher eine Wunschliste, die als Grundlage für Verhandlungen völlig ungeeignet ist.

Aus deutscher Sicht kann es jedoch nicht der Sinn sein, etwas zu unterstützen, was keine Aussichten hat, den Krieg zu beenden. Wir sollten unsere Gedanken vielmehr darauf ausrichten, etwas zu fordern, was zumindest die Chance hat, die beiden Kriegsparteien wieder zu Verhandlungen zu bewegen.

Was würde es für die Verschiebung der Gewichte in der Weltpolitik bedeuten, wenn eine asiatische Macht wie China zum Stifter eines Friedens in Europa würde?

Das wäre ein weiterer Schritt, der den Aufstieg Chinas und den zeitgleichen Rückgang des Einflusses der Europäer wie auch der US-Amerikaner offenbaren würde. Auf nahezu jedem Schauplatz der Welt ist dieser Autoritätsverlust festzustellen. Europa spielt auf der Weltbühne in sicherheitspolitischen Fragen keine Rolle.

Gleichwohl müssten die Europäer ein großes Interesse an einem Ende des Ukraine-Kriegs haben, weshalb sie eigentlich auch die Initiative zur Beilegung des Konfliktes ergreifen sollten. Insbesondere die Europäische Union könnte beweisen, dass die Behauptung, durch sie hätten die europäischen Staaten global ein größeres Gewicht, tatsächlich stimmt. Zudem würden die Europäer auch nicht mehr nur als Juniorpartner der Amerikaner erscheinen, sondern als eigenständiger Akteur. Jedoch ist kein Bemühen in Richtung einer eigenständigen europäischen Rolle erkennbar.

Der einzige Ansatz der Kommissionspräsidentin von der Leyen ist die Aufnahme der Ukraine in die Union. Was natürlich unmöglich ist, weil die EU – wie auch die NATO – keine Staaten aufnimmt, die sich gerade in einem Kriegszustand befinden.

Richtig. Wobei hinzukommt, dass ein künftiger Mitgliedsstaat eine Reihe von Voraussetzungen erfüllen muss. Das ist ein entscheidender Punkt, gerade bei der NATO. Weil das nordatlantische Bündnis ein System gegenseitiger kollektiver Sicherheit ist, verlangt der NATO-Vertrag, dass ein neues Mitglied nur dann aufgenommen wird, wenn es die Sicherheit der (bisherigen) Mitgliedsstaaten erhöht.

Da die NATO im Falle eines Beitritts der Ukraine auch das Konfliktpotential zwischen der Ukraine und Russland importieren würde, wird es diesen Schritt nicht geben – auch wenn US-Außenminister Blinken erst kürz-

lich wieder sagte, dass die Ukraine in jedem Fall NATO-Mitglied werde.

Und noch etwas: Ich finde es für die politische Führung der Europäischen Union höchst blamabel, dass sich eine Gruppe afrikanischer Präsidenten und Regierungschefs für ein Ende des Ukrainekrieges und für Friedensverhandlungen einsetzt, während Brüssel alles unternimmt, damit der Krieg so lange wie möglich fortgesetzt wird. 2012 hat die EU den Friedensnobelpreis für ihren Beitrag „zur Förderung von Frieden und Versöhnung, Demokratie und Menschenrechten in Europa“ erhalten. Angesichts der zunehmend kritischen Lage der Ukraine und des nachlassenden Engagements der USA ist die Europäische Union gefordert, den Frieden auf unserem Kontinent im ureigensten Interesse der Europäer zu fördern und damit zu bestätigen, dass sie den Friedensnobelpreis zu Recht erhalten hat. Es ist eine Frage der Selbstbehauptung Europas, ob die Europäer bereit und in der Lage sind, eigene Verantwortung für Frieden auf unserem Kontinent zu übernehmen.

Parallel zum China-Besuch von Scholz erfolgte der bereits erwähnte Angriff des Iran auf Israel. Wenn man sich die Weltkarte vor Augen führt, sind die Amerikaner inzwischen in einer ganzen Reihe von Konflikten von der Ukraine bis hin nach Taiwan gebunden. Droht ihnen hier eine Überdehnung ihrer Kräfte?

Die amerikanischen Kräfte sind schon seit einiger Zeit überdehnt. Die USA müssen längst abwägen, welcher Schauplatz für ihre Interessen die höchste Relevanz hat. Das ist eindeutig China, die einzige Macht, die in der Lage wäre, in der neuen Weltordnung die Vereinigten Staaten als Nr. 1 abzulösen – und zwar politisch, wirtschaftlich und nicht zuletzt auch militärisch. Deshalb wollen die Amerikaner ihr Engagement für die Ukraine vermindern.

Ein Grund für Letzteres ist auch, dass im November die Präsidentschaftswahl ansteht. Amtsinhaber Joe Biden kann im Wahlkampf keinen Krieg gebrauchen, bei dem sich die Anzeichen mehren, dass er für die USA verloren geht. Und eine Niederlage der Ukraine wäre angesichts der Masse an US-Unterstützung, die seit zwei Jahren in die Ukraine fließt, zweifellos auch eine Niederlage für die Vereinigten Staaten.

Was würde ein Rückzug der Amerikaner für die europäische Säule der NATO bedeuten?

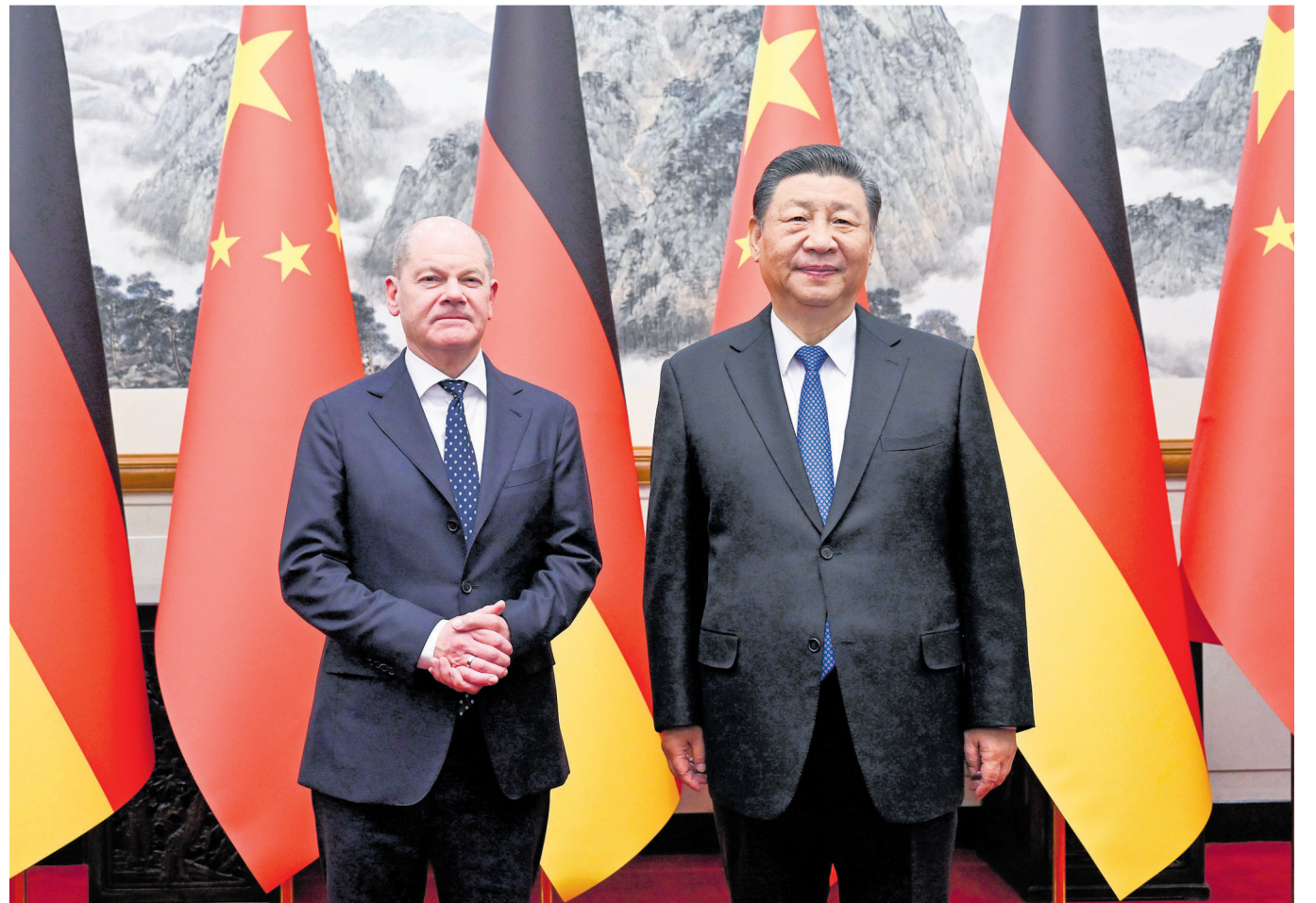
Der jüngste Vorschlag von Generalsekretär Stoltenberg zeigt zunächst, dass sich das Bündnis tatsächlich über einen Rückzug der USA aus ihren gegenüber der Ukraine eingegangenen Verpflichtungen Gedanken macht. Das Konzept sieht einen 100-Milliarden-Dollar-Topf vor, aus dem die Ukraine für fünf Jahre unterstützt werden soll. Zudem soll die NATO die Koordination der Unterstützung und Ausbildung der ukrainischen Streitkräfte übernehmen, was bisher die Amerikaner im sogenannten Ramsteinformat gemacht haben. Und drittens schlägt Stoltenberg vor, dass ein NATO-Rahmen gebildet wird, um die bisherigen bilateralen Verträge einzelner Mitgliedsstaaten mit der Ukraine zusammenzufassen.

Wären die Europäer überhaupt willens und in der Lage, verstärkt Aufgaben von den USA zu übernehmen?

Das eben erwähnte Beispiel der Patriot-Systeme hat ja im Grunde bereits eine Antwort auf die Frage des Willens gegeben.

Hinzu kommt: Die Amerikaner liefern ja nicht nur Waffen und Geld, sondern sie tragen durch ihre militärische Unterstützung maßgeblich dazu bei, dass die Ukraine diesen Krieg überhaupt führen kann. So ist in Wiesbaden ein Hauptquartier von den Amerikanern eingerichtet worden speziell für die Unterstützung der Ukraine. Daneben leistet auch das in Stuttgart ansässige europäische Hauptquartier, das US European Command, große Unterstützung, etwa mit der Auswertung von Satellitenbildern und Ähnlichem. Insbesondere den Bedarf an Aufklärungsergebnissen und Zielinformationen können die Europäer mit ihren Fähigkeiten nicht decken.

Würden sich die Amerikaner also vollständig zurückziehen, dann würde die Ukraine einen erheblichen Einbruch bei ihren militärischen Fähigkeiten erleben.



Orientiert sich in seiner Ukrainepolitik bislang vor allem an Wunschvorstellungen und weniger an realen Gegebenheiten und Optionen: Bundeskanzler Olaf Scholz, hier zuletzt bei seinem Besuch in China vor wenigen Tagen *Foto: imago/Xinhua*

Sie waren zu Beginn der 80er Jahre als Referent für Sicherheitspolitik und Strategie im Bundeskanzleramt der wichtigste Militärberater des damaligen Bundeskanzlers Helmut Schmidt. Nun hat Deutschland wieder einen sozialdemokratischen Kanzler. Wenn Sie noch einmal die Position von einst hätten, welches Vorgehen würden Sie Olaf Scholz raten?

Als Helmut-Schmidt-Schüler bin ich ein Anhänger seiner Strategie des militärischen Gleichgewichts. Ein elementarer Grundgedanke dieser Strategie ist, dass man einen Zustand herstellt, bei dem keine Seite stärker als die andere ist – und somit ein Krieg gar nicht erst in Erwägung gezogen wird.

Schmidt hat jedoch betont, dass ein Gleichgewicht der Kräfte zwar ein *notwendiges*, aber kein *hinreichendes* Element ist, den Frieden zu bewahren. Hinzukommen muss die Bereitschaft, das Gleichgewicht der Kräfte politisch zu stabilisieren. Dazu gehört das Aufrechterhalten der Verbindung zur anderen Seite, um zu verstehen, wo deren Probleme und Interessen liegen. Dazu gehören auch stabilisierende Vereinbarungen, militärische vertrauensbildende Maßnahmen sowie Rüstungskontroll- und Abrüstungsverträge. Hier haben insbesondere die US-Amerikaner schwere Fehler begangen, indem sie den ABM-Vertrag über antiballistische Raketenabwehr, die notwendige Ergänzung zum SALT-Vertrag über die Begrenzung nuklearstrategischer Offensivwaffen und entscheidend für die Aufrechterhaltung des nuklearstrategischen Gleichgewichts, einseitig kündigten. Russland hat dies als Versuch verstanden, das interkontinentalstrategische Gleichgewicht zugunsten der USA zu verändern. Auch der für die europäische Sicherheit so wichtige INF-Vertrag über nukleare Mittelstreckensysteme und der Vertrag über den offenen Himmel wurden von den USA einseitig gekündigt.

Insofern würde ich dem Bundeskanzler raten, die Fähigkeit der Bundeswehr zur Landes- und Bündnisverteidigung – wie es die Verfassung fordert – wiederherzustellen und gemeinsam mit unseren NATO-Verbündeten Russland die Entschlossenheit zu signalisieren, keine Veränderung des dann entstandenen Gleichgewichts zuzulassen. Zugleich sollte er dafür sorgen, dass die Kriegshysterie über einen angeblich in wenigen Jahren bevorstehenden russischen Angriff auf NATO-Staaten eingestellt wird, denn falls sich Russland auf ein Eingreifen der NATO oder von NATO-Staaten in den Ukrainekrieg vorbereitet, könnten die beiderseitigen Fehleinschätzungen zu dem führen, was beide Seiten eigentlich vermeiden wollen. Zugleich sollte der Kanzler sich um ein Ende der Kampfhandlungen und eine politische, friedliche Lösung des Ukrainekrieges sowie um eine europäische Friedens- und Sicherheitsordnung bemühen, in der beide Staaten ihren Platz haben. Schließlich sollten wieder Rüs-

„Die Zeit drängt. Eine katastrophale militärische Niederlage der Ukraine kann nur verhindert werden, wenn die Kampfhandlungen möglichst bald eingestellt werden und es zu Friedensverhandlungen zwischen den beiden kriegführenden Staaten kommt“

tungskontroll- und Abrüstungsverträge vereinbart werden, die diese neue Sicherheitsarchitektur stabilisieren und das gegenseitige Vertrauen sowie die politische und militärische Berechenbarkeit stärken.

Ich bin ziemlich sicher, dass Helmut Schmidt so vorgehen würde.

Und wo würden Sie anfangen?

Anfangen würde ich weder bei den Russen noch bei den Ukrainern, sondern bei uns. Ich würde versuchen, dem Kanzler die Lage – so wie hier – schonungslos darzustellen.

Dann würde ich Scholz dringend raten, seine Ukraine-Strategie – falls es eine solche gibt – zu überdenken. Seine Position besteht offenbar aus drei Elementen: „Wir unterstützen die Ukraine, solange es nötig ist. Die Ukraine darf nicht verlieren und Russland darf nicht gewinnen. Deutsche und NATO-Truppen dürfen nicht in die Kampfhandlungen eingreifen.“ Viel zu sehr hat sich unsere Ukrainepolitik bislang an Wunschvorstellungen ausgerichtet. Faktisch ist die Lage des Landes kontinuierlich kritischer geworden. Wir haben also genau das Gegenteil von dem erreicht, was wir erreichen wollten.

Eines muss ich dem Bundeskanzler allerdings hoch anrechnen. Er hält gegen eine von sicherheitspolitischer und strategischer Unkenntnis geprägten Polemik an seiner Entscheidung fest, Taurus-Marschflugkörper nicht an die Ukraine zu liefern und räumt damit deutschen Sicherheitsinteressen höchste Priorität ein.

In der Europäischen Union und in der NATO sollte der Kanzler die Initiative ergreifen und einen vernünftigen Interessenausgleich zwischen den Kriegsparteien anstreben, der letztlich auch unseren Interessen und denen aller Europäer dient. Die Zeit drängt. Eine katastrophale militärische Niederlage der Ukraine kann nur verhindert werden, wenn die Kampfhandlungen möglichst bald eingestellt werden und es zu Friedensverhandlungen zwischen den beiden kriegführenden Staaten kommt. Wer die Ukraine retten will, muss diesen Weg entschlossen und unbeirrbar gehen.

Denn wenn man die Lage unvoreingenommen betrachtet, wird man schnell feststellen, dass es nur einen Weg für das Überleben der Ukraine und für eine Zukunft des ukrainischen Volkes gibt – und der besteht darin, diesen Krieg schnellstmöglich durch eine politische Lösung zu beenden. Wer jedoch auf dem bisherigen Weg weitergehen will muss wissen, dass er sich eine unverantwortbar große Schuld aufädt. Und er sollte bereit sein, dem ukrainischen Volk zu sagen, welche weiteren Verluste an Menschenleben und welches Ausmaß an Zerstörungen des Landes er ihnen für das Erreichen politischer Ziele zumutet, die nicht erreichbar sind.

Das Gespräch führte René Nehring.

Zur Person

● **General a. D. Harald Kujat** war von 2000 bis 2002 Generalinspekteur der Bundeswehr und von 2002 bis 2005 Vorsitzender des NATO-Militärausschusses.

● MELDUNGEN

Kaum politisch Verfolgte

Dresden – Wie aus der Antwort der sächsischen Landesregierung auf eine Große Anfrage der AfD-Landtagsfraktion hervorgeht, wurden vergangenes Jahr von 17.484 „Schutzsuchenden“, die in den Freistaat kamen, nur 75 als politisch Verfolgte gemäß Artikel 16a des Grundgesetzes anerkannt. Das sind weniger als 0,43 Prozent. Weitere 6597 Immigranten erhielten einen Schutzstatus aufgrund anderer rechtlicher Gründe. Das sind knapp 38 Prozent. Sachsen musste 2023 insgesamt 652 Millionen Euro für den Unterhalt der Asylbewerber aufbringen, fast das Doppelte von 2021. Mit der Aufnahme der angeblich aus politischen Gründen aus ihrer Heimat Geflohenen ging ein Anstieg der Kriminalitätsrate einher. Wurden 2022 noch 19.905 Immigranten als Tatverdächtige registriert, waren es 2023 schon 24.313. Abschiebungen fanden dennoch kaum statt. W.K.

Kein Geld für Nord Stream

London – Die britischen Versicherungskonzerne Lloyd's of London und Arch Insurance weigern sich, für die Schäden an den beiden Strängen der Erdgaspipeline Nord Stream 1 infolge der Explosionen vom 26. September 2022 zu zahlen. Deshalb hat die in der Schweiz ansässige Betreibergesellschaft Nord Stream AG, deren Anteile von Gazprom, Wintershall, E.ON, Gasunie und ENGIE gehalten werden, beim Londoner High Court Klage eingereicht, um wenigstens einen Teil des auf rund 1,35 Milliarden Euro geschätzten Schadens ersetzt zu bekommen. Die beiden Versicherer begründen ihre Verweigerungshaltung damit, dass die Explosionen die Folge eines kriegerischen Aktes oder Terroranschlags gewesen seien und in diesem Falle die Kriegsklausel greife, der zufolge die Assekuranzen jegliche Regulierung verweigern könnten. Wenn die Nord Stream AG von einer anderen Schadensursache ausgehe, müsse sie entsprechende Beweise vorlegen. W.K.

Halbe Milliarde für alte Masken

Berlin – Die vom Bundesrechnungshof mit scharfen Worten gerügte „massive Überbeschaffung“ von OP- und FFP-2-Masken zum angeblichen Schutz der Bevölkerung vor dem Coronavirus wird in diesem Jahr nochmals 534 Millionen Euro verschlingen. Insgesamt hatte der Bund 5,7 Milliarden derartige Masken beschafft, das heißt fast siebzig Stück pro Einwohner. Dafür fielen bislang Kosten in Höhe von 5,9 Milliarden Euro an. Diese entstanden auch durch die Lagerung, die „thermische Verwertung“, sprich Verbrennung und die Verwaltung der Masken. Neben dem zuständigen Referat im Bundesgesundheitsministerium waren daran zahlreiche externe Berater beteiligt. Da die Vernichtung der 3,7 Milliarden überzähligen Masken nach wie vor nicht beendet ist, muss der Steuerzahler auch im laufenden Jahr für die Beseitigung der Altlasten aufkommen. W.K.



Die Autoren der Studie „Jugend in Deutschland 2024“:

Der 1979 geborene Simon Schnetzer veröffentlicht seit 2010 die Trendstudien „Jugend in Deutschland“; der 1944 geborene Klaus Hurrelmann arbeitet seit 2009 als Professor of Public Health and Education an der Hertie School in Berlin; Kilian Hampel gehört mit Jahrgang 1995 als einziger noch zu der untersuchten Generation Z (von links)

Foto: Marco Urban/Simon Schnetzer

„JUGEND IN DEUTSCHLAND 2024“

„Deutlicher Rechtsruck“

Umfrage unter zweitausend 14- bis 29-Jährigen sorgt für Wirbel

VON PETER ENTINGER

Wir können von einem deutlichen Rechtsruck in der jungen Bevölkerung sprechen. Das schlägt sich in den politischen Präferenzen nieder. Während die Parteien der Ampelregierung in der Gunst immer weiter absinken, hat die AfD besonders großen Zulauf. Zu diesem Ergebnis sind Simon Schnetzer und seine Co-Autoren Kilian Hampel und Klaus Hurrelmann in ihrer Trendstudie „Jugend in Deutschland 2024: Verantwortung für die Zukunft? Ja, aber“ gekommen, die in der vergangenen Woche veröffentlicht wurde. Mehr als zweitausend junge Menschen zwischen 14 und 29 Jahren, die sogenannte Generation Z, wurden dafür über ein sogenanntes Online-Panel befragt.

„Jetzt tut doch nicht so überrascht“, schrieb das Jugendmagazin „Campus“, das zum Wochenblatt „Die Zeit“ gehört. Junge Menschen, gleich ob Auszubildende/Lehrlinge oder Studenten, könnten sich keine eigene Wohnung mehr leisten.

Mit einer gesetzlichen Rente würde kaum noch jemand von ihnen rechnen, analysierte die Zeitschrift.

Alarm schlägt auch das zum SPD-Imperium gehörende Magazin „Vorwärts“ in seinem Meinungsbeitrag „Jugendstudie: Die Politik muss die Nöte der Jungen endlich ernst nehmen!“ Deutschlands Jugend befindet sich in der Dauerkrise. Sie fühle sich unzufrieden, machtlos, nicht gehört und vermisste Teilhabe. „Doch wie so oft zuvor, wenn die Perspektiven junger Menschen zum Thema gemacht werden, reagiert die Politik auch diesmal eher verhalten – beziehungsweise gar nicht – und geht so ein großes Risiko ein“, heißt es dort weiter.

Unzufrieden mit der Ampel

Offenbar waren selbst die Autoren der Jugendstudie überrascht, dass die Bereitschaft zur Stimmabgabe für Rechtsparteien kein Phänomen älterer Bevölkerungsgruppen ist. „Der Eindruck, dass rechte Parteien nur von älteren Menschen gewählt würden, ist offensichtlich falsch. Autoritäre und rechtspopulistische Positionen wie die der AfD haben bei jungen

Leuten Resonanz. Die Parolen werden aufgenommen“, sagt Hurrelmann.

Die Reaktionen aus der Politik fielen eher verhalten aus. Bloß nicht zu hoch hängen, scheint die Devise zu sein. „Teure Wohnungen, zu wenig BAFÖG, große Krisen: Werden junge Menschen von Sorgen erdrückt, werden sie leicht anfällig für rechte Umwerbungen“, sagt Katharina Stolla, Sprecherin der Grünen Jugend, und fordert mehr Geld für eine großzügigere Sozialpolitik.

Von mehr Sozialleistung verspricht der frühere Grüne und Tübinger Oberbürgermeister Boris Palmer sich ebenso wenig eine Kehrtwende wie von dem Schönredner der Massenimmigration: „Da wage ich mal die Prognose: Das wird der AfD weitere Wähler zutreiben. Der Versuch, die Probleme mit Übergriffen im öffentlichen Raum, maskuliner Dominanz und Gewaltbereitschaft gerade der Altersgruppe junger allein eingereister Männer unter den Asylbewerbern als positives Potential umzudeuten, scheitert daran, dass die jungen Leute am meisten in Kontakt mit der dazu einfach gar nicht passenden Realität stehen.

Denn sie sind es, die im Zweifel das Messer an der Kehle haben, Öffis fahren, den Stadtpark meiden oder nachts Angst haben, auf die Straße zu gehen. Diese Ängste sind eben aus Erfahrung begründet und nicht eingebildet. Und für immer mehr Sozialleistungen fehlt schlicht das Geld. Das wird schon benötigt, um immer mehr Flüchtlingen den Lebensunterhalt zu finanzieren.“

Inflation und Krieg bereiten Sorgen

Interessant ist vor diesem Hintergrund, dass viele der befragten Jugendlichen glauben, ihre persönliche Situation werde sich in den kommenden beiden Jahren verbessern. Dies mag auf die vielen freien Stellen und die damit verbundenen Berufsaussichten zurückzuführen sein.

Gleichzeitig fürchten die befragten Jugendlichen weitere gesellschaftliche Verwerfungen. „Die Aussicht auf ein gutes Leben schwindet“, sagt Schnetzer.

Sorgen bereiten 65 Prozent der Befragten die Inflation, 60 Prozent Kriege in Europa und Nahost, 54 Prozent teurer beziehungsweise knapper Wohnraum sowie eine Spaltung der Gesellschaft. Jeweils 48 Prozent haben Angst vor Altersarmut und einer Wirtschaftskrise, jeweils 44 Prozent vor einem Erstarken rechtsextremer Parteien und einem Zusammenbruch des Rentensystems sowie 41 Prozent vor einer Zunahme von Immigrantenströmen.

Bei der sogenannten Sonntagsfrage verzeichnet die AfD die größten Zuwächse. Sie käme auf 22 Prozent bei den 14- bis 29-Jährigen. Bei der Befragung vor zwei Jahren wollten nur neun Prozent der Befragten die Rechtspartei wählen. Die Grünen schmierten dagegen von 27 auf 18 Prozent ab. Klassisch grüne Themen wie das Klima haben für sie an Relevanz verloren. Interessant ist auch die Tatsache, dass sich die befragten Jugendlichen besonders enttäuscht von der FDP zeigten, die von 19 auf acht Prozent regelrecht einbrach. Die habe mehr Digitalisierung versprochen und wenig gehalten. Das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) käme bei ihnen auf fünf Prozent.

Eine der Ursachen für die starken Werte der AfD ist laut den Studienautoren, dass die Partei besonders stark auf den Kanälen vertreten sei, die junge Menschen laut ihren eigenen Angaben verwenden, um sich politisch zu informieren. Das wiederum hatte sofort die Forderung zur Folge, es müsse mehr Geld gegen „Hass im Netz“ bereitgestellt werden. „Was wir sehen, ist, dass die Demokratiebildung durch Regierungsparteien dort nicht stattfindet“, erklärte Schnetzer gegenüber dem Portal „watson“ und ergänzte: „Das ist ein Raum, der den Rechtspopulisten überlassen wird.“

INFLATION

Klimawandel oder Klimapolitik?

Wer von beidem die Lebensmittelpreise in die Höhe treibt

Die Lebensmittelpreise sind seit 2021 deutlich gestiegen. Hierfür wird neuerdings immer öfter der Klimawandel verantwortlich gemacht. Der sei beispielsweise für Missernten bei Mangos in Peru, Trauben in Italien und Tomaten in Spanien sowie für Ernteausfälle bei Kakao, Kaffee und Reis verantwortlich. Das Narrativ von der Klimaerwärmung als Ursache der Teuerung findet sich auch in vielen Presseartikeln, Analysen von Investmentbanken und Verlautbarungen von Unternehmern wie dem Chef des Bioherstellers Voelkel. So meinte Letzterer, der Klimawandel habe den Preis seiner Produkte um etwa ein Drittel nach oben getrieben.

Dazu kommt nun noch eine Studie von Maximilian Krotz, Friderike Kuik, Eliza Lis und Christiane Nickel vom Potsdam

Institut für Klimafolgenforschung (PIK) und der Europäischen Zentralbank (EZB) in Frankfurt, die im Fachblatt „Communications Earth & Environment“ erschienen ist und den Titel „Globale Erwärmung und Hitzeextreme erhöhen den Inflationsdruck“ trägt. Darin heißt es, durch den Temperaturanstieg infolge des Klimawandels und die daraus resultierenden Dürren, Starkniederschläge und Schädlingswellen werde die Inflation auf dem Gebiet der Lebensmittelpreise in Europa bis 2035 bei jeweils bis zu drei Prozent pro Jahr liegen. Ein Ende der Teuerung ist nach Ansicht der PIK- und EZB-Experten also vorerst nicht in Sicht. Solche Prognosen stoßen allerdings auf Kritik, die unter anderem von Sterling Burnett von der konservativen Denkfabrik The Heartland Institute in Chicago kommt.

Burnett zufolge könnten kurzfristige Wetterkapriolen durchaus Missernten und nachfolgende Preisschübe verursachen, das gelte aber nicht für ein dauerhaftes Phänomen wie den Klimawandel. Denn hier verfüge die Landwirtschaft über die Möglichkeit, sich anzupassen, zum Beispiel durch die Suche nach neuen Anbaugeländen in bisher zu kühlen Regionen oder die Züchtung wärmeliebender Arten. Darüber hinaus sehe nicht einmal der Weltklimarat (IPCC) einen globalen Trend hin zu mehr Naturkatastrophen mit Auswirkungen auf die Nahrungsmittelherzeugung. Außerdem sei die Erderwärmung allein schon deshalb kein Problem, weil sich die Lebensmittelproduktion trotz des Anstieges der weltweiten Durchschnittstemperatur in den letzten fünf Jahrzehnten verdreifacht habe. So

gebe es bei Getreide, Obst, Hülsenfrüchten und Gemüse seit Längerem ständig neue Rekorde. Daraus zieht Burnett den Schluss: „Wenn der Klimawandel zu einer höheren Lebensmittelproduktion beiträgt, ... dann kann er nicht die Ursache für höhere Lebensmittelpreise sein.“

Die wahren Inflationstreiber sind nach Auffassung des Heartland-Mitarbeiters die politischen Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels. Denn diese hätten eine spürbare Verteuerung der Produktion sowie auch des Transports und der Verarbeitung von Lebensmitteln zur Folge. Darüber hinaus wachse die Nachfrage nach Nahrungsmitteln, wenn durch eine freigiebigere Lohn- und Sozialpolitik kontinuierlich mehr Geld innerhalb der Bevölkerung zirkuliere.

Wolfgang Kaufmann

KOOPERATION

Der Oderraum wächst zusammen

Brandenburg zieht positive Bilanz nach drei Jahren aktiver „Nachbarschaftsstrategie“

VON HERMANN MÜLLER

Drei Jahre nach dem Start zur Umsetzung einer brandenburgisch-polnischen Nachbarschaftsstrategie zieht die Landesregierung in Potsdam eine positive Zwischenbilanz. Ziel der im Juni 2021 von der Landesregierung beschlossenen Strategie ist eine systematische Verflechtung möglichst vieler Lebens- und Politikbereiche über die Grenze hinweg.

Diese angestrebte Verflechtung hat nach Ansicht der Landesregierung zwischen Brandenburg und Polen in den vergangenen drei Jahren deutlich zugenommen. Brandenburgs Europaministerin Katrin Lange (SPD) erklärt: „Es wurden zahlreiche gute und langjährige brandenburgisch-polnische Projekte, Formate und Veranstaltungskonzepte nach den pandemiebedingten Einschnitten nicht nur weiterverfolgt. Die Umsetzung der vorgegebenen Ziele der Nachbarschaftsstrategie Brandenburg-Polen führte darüber hinaus zu neuen Aktivitäten.“

In ihrer Zwischenbilanz führt die Landesregierung mehr als 50 brandenburgisch-polnische Begegnungen und Veranstaltungen an, die von 2021 bis Anfang 2024 stattgefunden haben. Auch im Potsdamer Landtag gehört es inzwischen zur Normalität, dass Politiker angrenzender Woiwodschaften eingeladen werden oder über Ausstellungen, etwa zu wiederhergestellten Schlössern und Herrenhäusern oder zum schlesischen Diplomaten Emil Krebs, die gemeinsame Geschichte thematisiert wird.

Es gibt noch „Baustellen“

Mit Lottomitteln oder Zuwendungen des Landes hat Brandenburg in den vergangenen drei Jahren 45 brandenburgisch-polnische Projekte gefördert. Überdies hat die Bahn täglich acht zusätzliche Zugfahrten im Regionalverkehr eingeführt. Erst am 19. April läutete der Kulturzug Berlin-Breslau die diesjährige Saison ein. Auch dieses Angebot finanziert das Land Brandenburg zum Teil mit.

Zum bisherigen Erfolg der Nachbarschaftsstrategie haben mehrere Besonderheiten beigetragen: Mit 250 Kilometern ist Brandenburg das Bundesland mit der längsten Grenze zur Republik Polen. Bundesweit einmalig hat Brandenburg im



Mittlerweile Normalität: Deutscher Polizist und sein polnischer Kollege bei Frankfurt/Oder

Foto: pa/Patrick Pleul

Jahr 2022 die Zusammenarbeit mit einem europäischen Nachbarland sogar ausdrücklich in die Landesverfassung aufgenommen. Obendrein war Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) knapp acht Jahre offizieller Polenbeauftragter der Bundesregierung.

Dieses Ehrenamt hat Woidke 2022 nach dem Ministerwechsel im Auswärtigen Amt aufgegeben. Bis dahin hatte er sich stark für einen deutsch-polnischen Bahngipfel und mehr Geld für das Deutsch-Polnische Jugendwerk eingesetzt.

Maßgeblich vorangetrieben hat der aus der Grenzregion bei Forst stammende Ministerpräsident auch die Zusammenarbeit der Polizei über Oder und Neiße hinweg. Bereits seit Ende 2007 existiert östlich von Frankfurt/Oder in Schwetig [Swiecko] ein gemeinsames Zentrum für die Zusammenarbeit von Polizei und Zoll. Mittlerweile Normalität sind in den Grenzregionen gemeinsame deutsch-polnische Polizeistreifen. Brandenburgs Europaministerin räumt allerdings ein, dass

es im Verhältnis zu den östlichen Nachbarregionen noch immer „Baustellen“ gebe, etwa den Ausbau der Verkehrswege. Als Beispiel nennt die Ministerin die Ostbahn. Berlin und Brandenburg fordern seit Jahren den Ausbau der Strecke zwischen Berlin und der Oderstadt Küstrin. Laut Lange liegen die Probleme bei der Ostbahn auf deutscher Seite, „nämlich beim Bundesverkehrsministerium“.

Stationäre Kontrollen bewähren sich

Jobst-Hinrich Ubbelohde, Brandenburgs Beauftragter für die Beziehung zu Polen, zählt weitere Bereiche auf, bei denen die Verflechtungen noch ausgebaut werden müssten: „Es besteht zum Beispiel die Hoffnung, die grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung und Verkehrsverbindungen auszubauen sowie wichtige nationale Einrichtungen wie das Deutsch-Polnische Jugendwerk weiter zu stärken.“

Nicht eingegangen ist die Landesregierung bei ihrer Zwischenbilanz auf einige Probleme, die durchaus massiv sind.

Das Fischsterben in der Oder im August 2022 hat deutlich gemacht, wie verbesserungsbedürftig die Zusammenarbeit zwischen den Behörden beider Seiten noch immer ist. Noch längere Zeit werden auch die Probleme der grenzüberschreitenden Kriminalität und der illegalen Zuwanderung nach Brandenburg über das Transitland Polen das Verhältnis belasten.

Neben Sachsens Regierung hatte sich die Landesregierung in Potsdam vergangenes Jahr bei Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) besonders stark für die Einführung von Grenzkontrollen eingesetzt. Seit Oktober 2023 führt die Bundespolizei nun tatsächlich sogenannte stationäre Kontrollen an den Grenzen zu Tschechien und Polen durch. Dies hat die illegale Immigration messbar eingedämmt; obendrein erzielt die Bundespolizei durch die neuen Grenzkontrollen zahlreiche Fahndungstreffer bei gestohlenen Autos oder greift sehr viel häufiger als zuvor Personen auf, die mit Haftbefehl gesucht werden.

RECHT

Huren fürchten um ihre Existenz

Vorstoß für ein generelles Prostitutionsverbot treibt Berliner Sexarbeiterinnen auf die Straße

Sie fürchten um ihre Existenz. Am 4. Mai von 14 bis 20 Uhr findet in Berlin vor dem Roten Rathaus ein „Tanz-Event“ mehrerer Berufsverbände von Sexarbeitern statt, die gegen ein gefordertes Verbot der Prostitution auf die Straße gehen. Das Motto lautet: „Wir sind selbstbestimmte Sexworker und wir sind nicht allein. Wir sind Huren, Ladies, Escorts, Callboys, Stripper*innen, Dominas, Erotische Masseur*innen u.v.m. Kommt vorbei, feiert mit uns, genießt die Show, hört uns zu, versteht, wer wir sind, und setzt mit uns ein Zeichen gegen das drohende Sexkaufverbot. Respekt statt Verbot!“

Diverse Damen aus dem Gewerbe – die ihren Namen nicht in der Zeitung lesen wollen – äußerten gegenüber der PAZ Angst um ihre berufliche Zukunft, falls das Verbot Wirklichkeit werden sollte. Es geht um Vorstöße, die Prostitution ganz

zu verbieten. Die CDU vertritt hierbei das „Nordische Modell“, das eigentlich nur ein schwedisch-norwegisches Modell ist, denn in Finnland und Dänemark gibt es keine Kriminalisierung von Prostitution. Die Unionsfraktion stand am 20. Februar im Bundestag mit einem Antrag zum Prostitutionsverbot indes isoliert da. Die Redner von SPD, Grünen, AfD, FDP und Linkspartei lehnten den Vorstoß ab. Insbesondere die Erfahrungen in Schweden deuten darauf hin, dass das Sexkaufverbot den betroffenen Frauen überhaupt nicht hilft. Prostituierte, die bisher in Malmö ihrem Gewerbe nachgegangen sind, wechseln einfach über die Grenze in das nahe Kopenhagen.

Laut Union arbeiten schätzungsweise 250.000 Prostituierte in Deutschland, und ihre Lage sei „größtenteils elend“. Offiziell registriert sind indes gerade einmal

28.280. Die Verbots-Befürworter verweisen auf eine hohe Dunkelziffer. Dorothee Bär von der CSU: „Deutschland ist zum Bordell Europas geworden. Hunderttausende Frauen in der Zwangsprostitution werden unter erbärmlichen Umständen benutzt und erfahren Gewalt. Ihre Körper werden gehandelt wie billige Ware.“

Bundesjustizminister Marco Buschmann (FDP) pflichtete insofern bei, als er einräumt, dass es das Wichtigste sei, jedwede Ausübung von Zwang gegen Prostituierte zu unterbinden, „auch mit Mitteln des Strafrechts“. Der Kampf gegen die jetzt schon illegale Zwangsprostitution und den Menschenhandel steht bei dem Berliner Protest allerdings gar nicht zur Debatte und ist auch nicht Gegenstand der derzeitigen Diskussion um ein generelles Verbot. Martin Reichert, familienpolitischer Sprecher der AfD im Bundes-

tag, wendete bei der Bundestagsdebatte denn auch ein: „Auch wenn es zweifelsohne Zwangsprostitution gibt, gibt es auch freiwillige Prostitution. So richtig und wichtig es ist, Zwangsprostitution zu bekämpfen, kann dies keine Rechtfertigung sein, freiwillige Prostitution zu kriminalisieren.“ Johanna Weber vom Berufsverband erotische und sexuelle Dienstleistungen verweist darauf, dass es aufgrund einer unzureichenden Studienlage kaum gesicherte Erkenntnisse zur Situation von Prostituierten in Deutschland gebe.

Historisch ist belegt, dass in Preußen der Umgang mit der Prostitution recht tolerant war. 1786, im Todesjahr Friedrichs des Großen, zählte man etwa einhundert Bordelle. Die Polizei war angewiesen, die Liebesdienerinnen vor Zwang und Gewalt zu schützen. Klaus Gröbig

KOLUMNE

Campen in Berlin

VON VERA LENGSEFELD

Es gibt nichts, was es in Berlin nicht gibt. Fußballspielen im gepflegten Schlosspark, obwohl ein Bolzplatz in unmittelbarer Nähe ist, Kabarett am Kanzleramt, weil man den provisorisch zugewiesenen Platz nicht wieder räumen wollte, und nun Camping am Bundestag, weil man ein freies Palästina „from the river to the sea“, also unter Auslöschung Israels fordert.

Israels Sicherheit ist Staatsräson der Bundesrepublik? Das gilt nur für Sonntagsreden in der Knesset. Das Camp war von Anfang an illegal, wurde aber von der Polizei geduldet, obwohl es immer wieder Angriffe auf die Beamten gab und verbotene Parolen gebrüllt wurden. Nach dem Verbot eines Palästina-Kongresses vor einigen Wochen wollte die Politik die Aktivisten offenbar nicht behelligen.

Die waren aber alles andere als dankbar und häuften Straftat auf Straftat: Volksverhetzung, Beleidigung, Widerstand gegen die Staatsgewalt. Am Freitag letzter Woche lief das Fass offenbar über. Die Polizei erschien auf dem Platz und begann nach Ankündigung mit ausführlicher Begründung den Platz zu räumen. Es kam sofort zu regelrechten Kämpfen. Immer wieder bildeten sich Gruppen, die gewaltsam auf den geräumten Platz drängten. Bis zum Abend mussten insgesamt 161 Menschen kurzfristig festgenommen werden, ehe endlich Ruhe einkehrte.

Die Polizei teilte am Sonnabend mit, es seien 42 Strafermittlungsverfahren eingeleitet worden, unter anderem wegen Landfriedensbruchs, Volksverhetzung oder Angriffs auf Vollstreckungsbeamte. Außerdem wurden 89 Ordnungswidrigkeiten festgestellt. Mehr als 380 Polizisten waren den Angaben zufolge im Einsatz, der so schwer war, dass Folgeveranstaltungen bis zum 13. Mai verboten wurden. Palästinensischer Antisemitismus löst sich auf, wenn der Krieg in Gaza beendet ist, glaubt die Politik. Diese Hoffnung trägt.

MELDUNG

260 Asylsucher in Mini-Dorf

Schwerin – Im nur fünfzig Einwohner zählenden Dörfchen Kreuzbruchhof bei Burg Stargard existieren bereits 80 Unterbringungsplätze für Asylbewerber. Der Landkreis Mecklenburgische Seenplatte will schrittweise weitere 180 Plätze schaffen, sodass in dem kleinen Ort insgesamt 260 Asylbewerber untergebracht werden können. Über einen entsprechenden Plan haben Stargards Bürgermeister Tilo Lorenz (CDU) und der Sozialdezernent des Landkreises, Michael Löffler (SPD), auf einer Einwohnerversammlung informiert. Auf der Veranstaltung sicherte der Sozialdezernent zu, dass die Bedenken der Bürger vom Landkreis sehr ernst genommen würden und auch schon Maßnahmen geplant seien. Demnach prüft die Verwaltung die Einrichtung eines zusätzlichen Busangebots. Dem „Nordkurier“ gegenüber hatte ein Mädchen aus dem Dorf Angst geäußert, im Bus allein mit vielen jungen männlichen Flüchtlingen zu sein. H.M.

● MELDUNGEN

Chinesen zieht es in die USA

Washington – Seit dem Regierungsantritt von US-Präsident Joe Biden kommen immer mehr junge Chinesen im wehrfähigen Alter als illegale Einwanderer in die USA. Im Dezember 2020, dem letzten Amtsmonat von Donald Trump, lag die Zahl derartiger Immigranten aus der Volksrepublik noch bei lediglich zehn. Ein Jahr später waren es bereits um die 60 pro Monat. Im Januar 2023 registrierten die Grenzschutzbehörden der USA 956 Personen dieser Art. Und im vergangenen Dezember wurden 5248 junge Menschen aus dem Reich der Mitte bei der unrechtmäßigen Einreise in die USA aufgegriffen. In diesem Zustrom von Chinesen sieht der Vorsitzende der Grenzschutzgewerkschaft der USA, Brandon Judd, ein massives Sicherheitsrisiko: „Im besten Fall sind sie auf der Suche nach einem besseren Leben, im schlimmsten Fall sind sie für die chinesische Regierung hier, um unser Land zu unterwandern.“ W.K.

Zaren-Schiff wurde versenkt

Sewastopol – Das ukrainische Militär hat am 21. April bei einem Raketenangriff das russische Bergungsschiff „Kommuna“ getroffen. Nach Angaben eines Sprechers des ukrainischen Militärs hat das Schiff in der Bucht von Sewastopol einen Raketentreffer erhalten und ist nicht mehr in der Lage, seine Aufgabe zu erfüllen. Russische Quellen sprachen dagegen von einem Feuer auf dem Schiff durch herab gefallene Teile einer abgewehrten Anti-Schiffs-Rakete. Das noch zur Zarenzeit im Jahr 1913 als „Wolchow“ vom Stapel gelaufene und 1915 in den Dienst der Kaiserlich Russischen Marine gestellte Schiff gilt als das dienstälteste Kriegsschiff der Welt. Konzipiert war das mehrmals modernisierte Schiff in Kataran-Bauweise zur Bergung von U-Booten und als U-Boot-Tender. Zuletzt im Einsatz war die „Kommuna“ im Jahr 2022 am Untergangsort des versenkten russischen Raketenkreuzers „Moskwa“. H.M.

Korruption angeprangert

London – Der deutsch-britische Unternehmer Arnulf Damerau hat gegenüber der „Financial Times“ den Vorwurf erhoben, ranghohe ukrainische Beamte und Personen, die der Regierung nahestehen, würden ihn erpressen. Damerau ist Miteigentümer des ukrainischen Unternehmens Cosmolot. Als Anbieter von Online-Glücksspielen ist Cosmolot laut der „Financial Times“ der zehntgrößte Steuerzahler in der Ukraine. Laut Dameraus Darstellung soll eine Ermittlungsbehörde vergangenen Oktober eine Razzia bei Cosmolot durchgeführt haben. Vorgeworfen wurde dem Unternehmen außer Verstößen gegen die Glücksspielgesetze auch Steuerhinterziehung in Höhe von umgerechnet 560 Millionen Euro. Im Dezember soll laut Damerau eine Person aus der Ukraine dann angeboten haben, die Vorwürfe gegen Cosmolot könnten fallen gelassen werden, wenn der Unternehmer bereit wäre, die Hälfte des Unternehmens an eine Offshore-Firma zu übertragen. H.M.

KAUKASUS

Entzweit über Haltung zu Moskau

Das georgische Parlament hat ein umstrittenes Gesetz über „ausländische Agenten“ nach russischem Modell verabschiedet – Armenien geht dagegen immer mehr auf Distanz zu Moskau

VON BODO BOST

T agelang waren die Straßen von Tiflis von Protestzügen eines großen Teils der georgischen Bevölkerung gegen das umstrittene Gesetz über „ausländische Agenten“ geprägt. Doch trotz der andauernden Kritik sowohl der georgischen Gesellschaft als auch der politischen Opposition wurde das Gesetz am 16. April vom Parlament verabschiedet. Die Opposition boykottierte die Abstimmung und löste eine Reihe weiterer Demonstrationen aus, an denen mehr als 20.000 Menschen in dem kleinen Land mit seinen drei Millionen Einwohnern teilnahmen.

An der Spitze der Demonstranten stand Aleko Elischwili, der Mann, der einem Abgeordneten der Partei „Georgischer Traum“ am Rednerpult des Parlaments ins Gesicht schlug. Die Demonstrationen wurden während der Prüfung des

Gesetzes durch den Senat fortgesetzt. Der Gesetzestext kristallisiert die Spannungen innerhalb der stark gespaltenen georgischen Gesellschaft heraus. Die russlandkritische Opposition erträgt die neuerliche Ausrichtung ihrer Regierung auf Moskau nicht. Den Demonstranten zufolge ist das Gesetz, das sie als „Putin-Gesetz“ bezeichnen, eine Kopie des russischen Gesetzes über ausländische Agenten. Das Gesetz sieht vor, dass sich Organisationen, die mehr als 20 Prozent ihrer Mittel aus dem Ausland erhalten, als Vereinigungen registrieren lassen müssen, welche „die Interessen einer ausländischen Macht verfolgen“, andernfalls droht ihnen eine Geldstrafe.

Nach Ansicht der Opposition zeigt dieses Gesetz, dass sich die von Premierminister Irakli Kobachidse geführte georgische Regierung immer mehr Moskau zuwendet und unterwirft. Das Gesetz wurde erstmals im März 2023 ins Parla-

ment eingebracht und wieder zurückgezogen, nachdem es eine Protestwelle im Land ausgelöst und Ambitionen einer Annäherung an die EU geweckt hatte, die von weiten Teilen der Öffentlichkeit unterstützt wurde. Unterstützt wurde dieses insbesondere von der sehr pro-europäischen Präsidentin Georgiens, Salome Zurbichidze, die jedoch nur über sehr wenig politische Macht verfügt.

Georgier Stalin taucht wieder auf

Eine Folge der Gesetzesvorlage war auch, dass im Dezember 2023 Georgien offiziell den Status eines EU-Beitrittskandidaten erhalten hatte, um sich vor dem Einfluss Moskaus zu schützen, das seit 1992 Abchasien und seit 2008 Süd-Ossetien, zwei Teile Georgiens mit nationalen Minderheiten, besetzt hat und dort Unabhängigkeitsbestrebungen unterstützt.

Die Verabschiedung des „Putin-Gesetzes“ stellt einen Rückschritt im Rahmen

des EU-Beitrittsprozesses dar. Es „wird Georgien von der Europäischen Union entfernen, anstatt es näher an die EU heranzuführen“, beklagte der Präsident des Europäischen Rates, Charles Michel.

Parallel gibt es in Georgien selbst Prozesse, die von Russland unterstützt werden und die eine russische Einflussnahme verstärken, vor allem mithilfe der georgisch-orthodoxen Kirche. So war im Frühjahr in einer georgischen Kirche eine Ikone mit der Figur Stalins aufgetaucht, wie es sie seit einigen Jahren auch in Russland gibt, die beweisen soll, dass auch der Georgier Stalin, so kirchenfeindlich er in der Zeit seiner Terrorherrschaft über die Sowjetunion auch war, während des Zweiten Weltkrieges die Hilfe der orthodoxen Kirche im Krieg gegen Deutschland in Anspruch genommen haben soll.

So soll Stalin in dieser Zeit, als die Deutschen nur wenige Kilometer vor Moskau standen, eine damals sehr populäre orthodoxe Wunderheilerin und Wahrsagerin, Mutter Matrona, bei Moskau besucht haben, um sich seine Zukunft und die seines Landes vorhersagen zu lassen. Das Beispiel zeigt, wie eng die historischen Beziehungen zwischen beiden Ländern immer waren und noch sind.

Unterschied zu Armenien

Die Situation in Georgien ist damit anders als die in Armenien, das sich in den beiden Karabach-Kriegen von Russland seit 2020 trotz Bündnisvertrags im Stich gelassen und verraten gefühlt hat. In Armenien sucht man jetzt, nach dem Verlust des uralten armenischen Siedlungsgebiets Karabach an Aserbaidschan, den Schulterchluss mit dem Westen.

Anders als Georgien hat Armenien keine gemeinsame Grenze mit Russland, das einzige Problem ist jedoch eine russische Garnison in Armenien, welche die armenisch-türkische Grenze bewacht. Im Unterschied zu Georgien hat Armenien jedoch international, außer von Aserbaidschan, anerkannte Grenzen. Deshalb hätte Moskau keinen politischen Hebel, um die Aufnahme Armeniens in EU und NATO zu verhindern.



Schlagfeste Argumente live im Fernsehen: Der Abgeordnete Aleko Elischwili (r.) greift im georgischen Parlament einen Redner der Regierungspartei an, als dieser gerade das „Putin-Gesetz“ verteidigen will

Foto: pa

ITALIEN

Rom und Berlin gehen entgegengesetzte Wege

Deutschland liberalisiert, Italien verschärft die Regeln zur Abtreibung – Kritik folgt auf dem Fuße

Nachdem es der französischen Regierung ohne parlamentarische Mehrheit im Haukruckverfahren gelungen ist, die Abtreibung zum Verfassungsrecht zu deklarieren, will auch die deutsche Ampelregierung nachziehen. Bei der Ausarbeitung neuer Vorschläge zur Abschaffung des Paragraphen 218 hat eine Wissenschaftlerkommission festgestellt, dass dieser seine Sinnhaftigkeit verloren habe, weil er die Abtreibung als illegal bezeichnet, auch wenn sie ungestraft bleibt.

Laut Ansicht der Kommission erlangt ein Embryo nicht mit der Befruchtung, sondern erst mit zwölf Wochen ein eigenes Lebensrecht. Eine solche Relativierung der Würde auch des ungeborenen Kindes und eine Abstufung des Grundrechts auf Leben „halten wir für falsch“, betonte der Vorsitzende der deutschen Bischofskonferenz, Georg Bätzing. Zudem widerspreche die Kommission damit zentralen Ausführungen des Bundesverfassungsgerichts, das von einem vollwertigen

Lebensschutz des ungeborenen Kindes ab dem Zeitpunkt der Einnistung der befruchteten Eizelle ausgeht.

Ganz anders ist die Situation in Italien, dort regiert derzeit mit Giorgia Meloni erstmals eine Frau, die an der bislang relativ liberalen, der deutschen Gesetzeslage entsprechenden Abtreibungsregelung mit Strafbefreiung bis zur zwölften Schwangerschaftswoche rüttelt. Die Rechtskoalition der Regierungschefin will den Druck auf abtreibungswillige Frauen nun deutlich erhöhen. Nach jahrelangen Kämpfen hatte man in Italien im Jahr 1978 mit dem „Legge 194“ („Gesetz 194“) Abtreibungen bis zur zwölften Schwangerschaftswoche in Italien legalisiert. Voraussetzung, um eine Abtreibung durchführen zu können, ist seitdem ein vorheriges Beratungsgespräch (wie in Deutschland), mit anschließender siebentägiger Bedenkzeit.

In den fast 50 Jahren seit Inkrafttreten der „Legge 194“ hat es zwei Volksabstim-

mungen über das Gesetz gegeben. Jetzt unternimmt Meloni einen neuen Versuch, das italienische Abtreibungsgesetz zwar nicht gänzlich abzuschaffen, aber die psychologischen Hürden für abtreibungswillige Frauen deutlich zu erhöhen.

Ganz neu dabei ist, dass zu den obligatorischen Beratungsgesprächen auch Vertreter der militanten Abtreibungsgegnerorganisationen wie Pro Vita zugelassen werden können. In Deutschland hat die grüne Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Lisa Paus, bereits im Januar einen Gesetzentwurf gegen sogenannte Gehsteigbelästigungen durchgebracht, der Proteste von Abtreibungsgegnern in der Nähe von Beratungsstellen verbietet.

Die Opposition in Italien reagiert auf die dortige neue Regelung empört, weil italienische Frauen, die eine unfreiwillige Schwangerschaft abbrechen wollen, schon jetzt mit erheblichen Hindernissen konfrontiert sind, trotz der verhältnismä-

ßig liberalen Gesetzeslage. So fehlt es wie in Deutschland an Ärzten, die bereit sind, Abtreibungen vorzunehmen. Mediziner dürfen diesen Eingriff ausdrücklich aus Gewissensgründen ablehnen, was zwei Drittel der Ärzte in Italien auch tun, im Süden sogar 85 Prozent, viel mehr als in Deutschland.

In der Hauptstadt Rom mit ihren über drei Millionen Einwohnern führen nur noch zwei Krankenhäuser Abtreibungen durch. Die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche ist in Italien auch aufgrund dieses Mangels stark gesunken. Wurden im Jahr 1983 noch rund 235.000 Abtreibungen durchgeführt, waren es 2021 nur noch 63.000, und damit auch im Verhältnis zu der Einwohnerschaft deutlich weniger als in Deutschland.

Hierzulande haben sich in den letzten Jahren die Abtreibungszahlen auf sehr hohem Niveau bei etwa 100.000 eingependelt. Und das bei weiterhin sehr niedrigen Geburtenraten. bob

VON HERMANN MÜLLER

Erst im Jahr 2021 eröffnet, gehen im sächsischen Freiberg in der größten Solarfabrik Europas bereits wieder die Lichter aus. Im März hatte der Solarhersteller Meyer Burger die Produktion in Freiberg gestoppt, Ende April folgte die Schließung des Werks, in dem zuletzt 500 Mitarbeiter beschäftigt waren.

Ähnlich wie der Solarhersteller, so geraten in Europa auch andere Branchen durch chinesische Exporte unter Druck. In Chinas Industrie sind mit Staatshilfe gewaltige Überkapazitäten entstanden, gleichzeitig ist die Kaufkraft der Privathaushalte im Reich der Mitte gedämpft. Als Folge überfluten Hersteller aus der Volksrepublik derzeit die Weltmärkte mit Billigangeboten für Solarmodule, E-Autos, Halbleiter oder Biodiesel. Täglich werden zwischen China und den Ländern der EU Waren im Wert von zwei Milliarden Euro ausgetauscht. Allerdings haben die Handelsbeziehungen ein starkes Ungleichgewicht. Das Handelsdefizit der EU-Staaten gegenüber China beträgt jährlich fast 400 Milliarden Euro.

Das Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) hat sich mit den Langzeitfolgen der gestiegenen chinesischen Exporte nach Europa beschäftigt. Laut dem IWH hat die erhöhte Einfuhr chinesischer Waren seit der Jahrtausendwende nicht nur den wirtschaftlichen Wettbewerb in Europa verschärft. Der sogenannte China-Schock hat auch politische Folgen.

Politische Auswirkungen

Kurzfristig haben nach Ansicht der IWH-Forscher Parteien wie Die Linke in Deutschland oder Syriza in Griechenland durch den Wunsch der Bürger nach sozialer Absicherung profitiert. Das IWH geht aber auch davon aus, dass langfristig populistische und rechtsextreme Parteien dort gestärkt wurden, wo die kräftigsten Zuwächse an China-Importen registriert wurden. Als mögliche Ursache für diese Entwicklung wird ein Vertrauensverlust in den Sozialstaat genannt.

Zusammenfassend sagte IWH-Studienautor Steffen Müller: „Der internationale Wettbewerb hat vielen Menschen mehr Wohlstand gebracht und zugleich die politischen Ränder in Europa gestärkt“. Sollte diese Diagnose zutreffen, muss sich die EU in den kommenden Jahren auf ein Erstarken der politischen Ränder gefasst machen. Derzeit beklagen sich nämlich immer mehr Branchen, dass zwischen den Unternehmen in Europa und China keine fairen Wettbewerbsbedin-



Macht deutschen Herstellern zu schaffen: China flutet mit Billigprodukten wie Solarpaneelen den deutschen Markt

WELTHANDEL

Europas Gesellschaften im China-Schock

Billige E-Autos, Halbleiter, Biodiesel oder Versandhandel – Immer mehr Branchen in der EU klagen über unfairen Wettbewerb mit dem Reich der Mitte

gungen herrschten und die Konkurrenz aus China den Markt aufrolle.

Das Hamburger Unternehmen Otto wirft der chinesischen Online-Verkaufsplattform Temu sogar Betrug vor. Laut Harald Gutschi, dem Chef der Otto Austria Group, sind knapp 65 Prozent der aus China kommenden Pakete falsch deklariert. Entweder wird ein geringerer Wert des Paketinhalts angegeben oder Bestellungen werden in China in Einzelsendungen verpackt, um in Europa keine Zollgebühren entrichten zu müssen.

Auch bei Biodiesel, der aus China nach Europa exportiert wird, erheben europäische Wettbewerber den Vorwurf von Betrug. Hiesige Biodieselproduzenten mussten bereits vergangenes Jahr einen massiven Anstieg der Importe von „fortschrittlichem Biokraftstoff“ aus China und damit

eigene Markteinbußen verkraften. Die hohen Importmengen aus Asien verdrängen hierzulande zudem Anbieter von Raps.

Betrugsvorwürfe werden laut

Bei den Importen steht der Verdacht im Raum, dass in China Diesel aus Palmöl zu Biodiesel umdeklariert wird. Während Biodiesel auf der Basis von frischem Palmöl seit vergangem Jahr verboten ist, darf der Treibstoff weiterhin eingeführt werden, wenn er auf der Basis von altem Speisefett oder aus Algen produziert wurde. Ein labortechnischer Nachweis, ob der Diesel aus frischem Palmöl oder altem Speiseöl hergestellt wurde, ist kaum möglich. Die Möglichkeit von Kontrollen bei den Herstellern „wurde von der Volksrepublik China nicht gewährt“, so die Antwort der Bundesregierung auf

eine Kleine Anfrage aus den Reihen der Unions-Bundestagsfraktion.

Die umweltpolitische Sprecherin der Unions-Bundestagsfraktion, Anja Weisgerber (CSU), wirft der Ampel beim angeblichen Biodiesel ein Wegducken vor: „Die Bundesregierung scheint die naheliegenden Betrugsfälle nicht voll-umfassend aufzuklären zu wollen. Mit den Verweisen auf das Zuständigkeitswirrwarr aus europäischen und nationalen Behörden sowie auf undurchsichtige Zertifizierungssysteme macht sie sich einen schlanken Fuß.“

Im Kontrast dazu steht die neue China-Strategie, die von der Bundesregierung im Sommer 2023 beschlossen worden ist. Mit der Strategie signalisierte die Ampel, dass sie die Volksrepublik mehr als früher als Systemrivalen und weniger als Partner und Wettbewerber ansieht.

EU-SCHULDEN

Unterschiedliches Echo aus Deutschland und Italien

Das ZEW warnt vor den Lasten für den Bund – EU-Kommissar Gentiloni fordert eine Verstärkung

Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) Ende März mitgeteilt hat, sind die staatlichen Schulden im vergangenen Jahr im Vergleich zu 2022 um 3,3 Prozent oder 77,4 Milliarden Euro angestiegen. Insgesamt war der Schuldenberg des deutschen Staates bis Ende des Jahres 2023 auf 2,4454 Billionen Euro angewachsen.

Einbezogen hat Destatis bei seiner Berechnung die Schulden von Bund, Ländern und Gemeinden, aber auch die der Sozialversicherung sowie Extrahaushalte bei Kreditinstituten wie etwa der staatlichen KfW-Bank. Seit dem zweiten Quartal 2023 fließen auch die Schulden aller Unternehmen des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) mit in die Berechnung ein.

Das ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung in Mannheim hat Anfang April in einer Stu-

die darauf aufmerksam gemacht, dass bei den offiziell ausgewiesenen Verbindlichkeiten der Bundesrepublik ein großer Posten fehlt. Nach Angaben des ZEW fehlen in der Destatis-Statistik nämlich die Belastungen, die der sogenannte Wiederaufbaufonds der EU mit sich bringt. Aus Mitteln des Fonds sollen Zuschüsse an Mitgliedstaaten und EU-Ausgaben in Höhe von 390 Milliarden Euro sowie Darlehen über 360 Milliarden Euro finanziert werden. Zur Tilgung muss Deutschland nach voller Auszahlung aller Mittel des EU-Fonds rund 109 Milliarden Euro beitragen.

Nach Angaben des ZEW kommen bis zur Rückzahlung aller für den Fonds aufgenommenen Kredite im Jahr 2058 noch Garantien in Höhe von 134 Milliarden Euro hinzu sowie deutsche Anteile an europäischen Krediten an Nicht-EU-Staaten in Höhe von 18 Milliarden Euro.

Insgesamt kommt damit eine Summe zusammen, welche die deutsche Staatsverschuldung deutlich nach oben treibt. „Für Deutschland beläuft sich die Summe aus indirekten Rückzahlungsverpflichtungen bei Vollauszahlung nach Plan auf 262 Milliarden Euro. Das entspricht fast sechs Prozent des deutschen BIPs. Das ist eine stolze Summe, die den fiskalischen Spielraum Deutschlands weiter einengt“, so Friedrich Heinemann, Leiter des Forschungsbereichs „Unternehmensbesteuerung und Öffentliche Finanzwirtschaft“ am ZEW.

Kurz vor dem Ende der Amtszeit der EU-Kommission hat Wirtschaftskommissar Paolo Gentiloni die Forderung gestellt, den EU-Fonds als „Modell“ für eine „permanente“ Ressource umzuwandeln. Der EU-Kommissar aus Italien sagte, der „temporäre Charakter“ des Programms habe bisher verhindert, dass

er sein volles Potential habe entfalten können.

Die der Europäischen Volkspartei (EVP) nahestehende Denkfabrik Centre for European Studies wies inzwischen darauf hin, dass bislang noch immer ein konkreter Plan zur Rückzahlung der gemeinsam aufgenommenen Schulden fehlt. Als zweiten Konstruktionsfehler des Programms bezeichnete die Denkfabrik den Mangel an parlamentarischer Kontrolle über die Verwendung der Gelder.

Erst Anfang April ist aus Italien ein mutmaßlicher Betrugsfall im Zusammenhang mit Geldern aus dem EU-Fonds bekannt geworden. Bei dem grenzüberschreitenden Fall geht es nach Angaben der Europäischen Staatsanwaltschaft um ein Volumen von 600 Millionen Euro. Als mutmaßliche Täter vermutet die italienische Finanzpolizei organisiertes Verbrechen, sprich die Mafia. H.M.

MELDUNGEN

Paris verzögert CETA-Pakt

Paris – Am 21. März stimmte das Oberhaus des französischen Parlaments, der Senat, gegen die Ratifizierung des Umfassenden Wirtschafts- und Handelsabkommens EU-Kanada (CETA). Außenhandelsminister Franck Riester kritisierte daraufhin eine „unheilige Allianz“ zwischen der kommunistischen Fraktion und einigen Senatoren der Partei Les Républicains (LR). Bereits 2019 ist CETA von der Nationalversammlung, dem Unterhaus des französischen Parlaments, ratifiziert worden. Nach den Europawahlen muss die Nationalversammlung eine endgültige Entscheidung fällen. Mittlerweile hat dort indes Präsident Emmanuel Macron die Mehrheit an die CETA-kritischen Parteien und Abgeordneten verloren. Zehn der 27 Mitgliedsstaaten der EU haben CETA noch nicht ratifiziert. Im Januar hatte das EU-Parlament von diesen Staaten eine möglichst baldige Ratifizierung des Abkommens gefordert. Die Ratifizierung aller Mitgliedsstaaten ist notwendig, um den Schutz der Investitionen zu sichern. D.J.

Fachkräfte sind kaum darunter

Berlin – „Personen aus den mittel- und osteuropäischen Beitrittsländern sind vor allem in Branchen und Berufen tätig, die aufgrund niedriger Löhne und ungünstiger Arbeitsbedingungen für heimische Arbeitskräfte wenig attraktiv sind.“ Das ist das Ergebnis einer zum 20. Jubiläum der Erweiterung der EU um Estland, Lettland, Litauen, Polen, die Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn am 1. Mai 2004 veröffentlichten Studie des Ifo-Instituts. Den künftig weiter steigenden Fachkräftebedarf könnten die Beschäftigten aus den mittel- und osteuropäischen Beitrittsländern laut dem Ifo-Institut auch in den kommenden Jahren kaum decken helfen. „Der Beitrag von Beschäftigten aus diesen Ländern zur Deckung von Engpässen in anspruchsvollen Tätigkeiten ist derzeit recht gering“, so das Institut. P.E.

Bauwirtschaft: Pleitewelle rollt

Halle (Saale) – Im Insolvenztrend des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) wurden im März 1297 Unternehmenspleiten erfasst. Seit Beginn der monatlichen Erhebung durch das IWH im Januar 2016 war dies die höchste Zahl. Besonders viele Zahlungsunfähigkeiten registrierte das IWH im Immobilien- und Bausektor. Laut den IWH-Daten haben sich die Insolvenzen im Grundstücks- und Wohnungswesen zwischen dem ersten Quartal 2020 und dem Vergleichsquartal 2024 mit 148 Prozent Zuwachs mehr als verdoppelt. Im selben Zeitraum stieg die Zahl der Pleiten im Bauwesen um 44 Prozent. Steffen Müller, Leiter der IWH-Abteilung Strukturwandel und Produktivität, erwartet auch für den April hohe Firmenpleiten. Der Wirtschaftsforscher wies darauf hin, dass parallel zu den hohen Insolvenzzahlen in vielen Branchen ein Arbeitskräftemangel grassiert. H.M.

KOMMENTARE

Rollentausch

HANS HECKEL

Normalerweise nerven die älteren Jahrgänge die Jugend mit ihrem Realismus, ihren Appellen zum Maßhalten und der Aufforderung, verantwortungsvoll in die Zukunft zu blicken. Junge Menschen hingegen hängen großen Träumen der Weltverbesserung nach oder wollen vor allem im Hier und Jetzt leben. So war von alters her die Rollenverteilung der Generationen.

Was aber, wenn sich die Elterngeneration, vertreten durch Politik und Medien, in ideologische Blühträume verbeißt, statt Maß zu halten; die Ressourcen des Landes für irre, unrealistische Weltverbesserungsideen verpulvert, statt verantwortungsvoll die Grundlagen für die Zukunft zu legen und zu entwickeln? Dann kommt irgendwann das heraus, was die neueste Jugendstudie unter mehr als 2000 Beteiligten von 14 bis 29 Jahren herausgefunden hat.

Vor dem Lieblingsthema der „Alten“, dem Klimawandel, sorgen sich die jungen Leute neuerdings zuerst um Inflation, Kriegsgefahr oder Wohnungs-

not. Auch die Sorge wegen massenhafter Zuwanderung von „Flüchtlingen“ hat sich seit 2022 fast verdoppelt und ist in ihrer Relevanz bei den Jungen zur medial massiv verbreiteten Angst vor dem Klimawandel beinahe aufgeschlossen.

Man hat den Eindruck, als übernehmen die jungen Leute genau jene Rolle des Verantwortungsträgers, welche die tonangebenden Vertreter der Älteren weggeworfen haben. Dazu passt, dass sich in diesem Zuge auch die Parteipräferenzen der jungen Erwachsenen deutlich nach rechts verschoben haben. „Jung gleich links“ stimmt nicht mehr.

Die jungen Menschen spüren und erleiden die Verunsicherung, die eine hochideologisierte grünlinke Politik ins Land gebracht hat. Sie ahnen, dass die Ideologen nicht nur das Erbe der ganz Alten verbubeln, sondern damit auch die Basis für die Zukunft der Nachwachsenen wegschütten.

Es ist ein bemerkenswerter Rollentausch, der sich hier abzeichnet. Wem an der Zukunft Deutschlands gelegen ist, den mag diese Entwicklung durchaus hoffnungsvoll stimmen.

Der Fall Habeck

RENÉ NEHRING

Selten trat die Arroganz der Macht so skrupellos zum Vorschein wie hier. Vergangene Woche veröffentlichte das Magazin „Cicero“ bislang geheime Akten aus dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz zum Atomausstieg, die belegen, wie das Haus die deutsche Öffentlichkeit in der Frage der Laufzeitverlängerung der letzten drei Kernkraftreaktoren systematisch getäuscht hat. So wurden kritische Einschätzungen von Fachleuten zu den Folgen der Abschaltung von einer grünen Seilschaft im Habeck-Ministerium ebenso unterdrückt wie jegliche Vorschläge, die einen Weiterbetrieb ermöglicht hätten.

So dramatisch die Enthüllungen auch sind, so können sie doch nicht verwundern. Seit Jahren haben die Grünen und ihnen nahestehende Lobbygruppen zielstrebig Spitzenpositionen in Ministerien und Bundesbehörden wie der Bundesnetzagentur, dem Bundesamt für

kerntechnische Entsorgungssicherheit, dem Bundesamt für Strahlenschutz oder dem Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung besetzt, sodass diese inzwischen wie die institutionalisierte Anti-AKW-Bewegung erscheinen.

Widerstand zu befürchten hatten sie dabei nicht, haben doch spätestens seit Beginn dieses Jahrhunderts bürgerliche Politiker gar nicht mehr versucht, dem grünen Zeitgeist inhaltlich etwas entgegenzusetzen. Und da sowohl Union als auch SPD nach der nächsten Wahl die Grünen sehr wahrscheinlich für eine Regierungsbildung brauchen, haben sie auch jetzt noch nichts zu befürchten.

Den Schaden tragen die Unternehmen und vor allem die Bürger, die den infolge grüner Politik auf Rekordniveau befindlichen Energiekosten nicht entfliehen können. Sie zahlen den Preis für eine Obsession, die man angesichts der Tatsache, dass alle anderen Länder der Welt die Kernenergie sogar ausbauen, nur als Irrsinn bezeichnen kann.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V.,
Anschrift von Verlag und Redaktion: Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetafeln der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2023: Inland 16 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwert-

steuer, Ausland 18,50 Euro, Luftpost 22,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 3,90 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen: www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: info@ostpreussen.de



Vergangenen Sonnabend in Hamburg: 1100 Moslems fordern statt Demokratie eine islamische Theokratie

Foto: pa/ABB

KOLUMNE

Islamische (In-)Toleranz

VON FLORIAN STUMFALL

La ilaha illa-lah, muhammadun rasullah.“ Dieser arabische Satz stellt das islamische Glaubensbekenntnis dar und bedeutet: „Es gibt keinen Gott außer Allah und Mohammed ist sein Prophet.“ In dieser Knappheit beschränkt sich das islamische Glaubensbekenntnis. Wer es vor einem Jünger des Propheten ausspricht, wird mit sofortiger Wirkung und unwiderruflich Mohammedaner, ohne dass er darüber hinaus befragt würde oder er Kenntnis seines neuen Glaubens nachweisen müsste. Soweit die islamische Regelung dieser Angelegenheit.

In Deutschland aber hat sie verstörende Weiterungen. Die von Kanzlerin Angela Merkel begonnene und von Grün-Rot treulich weitergeführte Immigrationspolitik der Bundesregierung hat neben anderen Verwerfungen dazu geführt, dass es mehr und mehr Schulklassen gibt, in denen deutsche, christliche Kinder eine Minderheit bilden. Doch damit nicht genug. Es kommt nun gehäuft vor, dass die islamische Mehrheit unter den Schulkindern die christliche Minderheit durch Einschüchterung und Bedrohung oder gar Gewalt dazu pressen will, zum Islam zu konvertieren. Viele der betroffenen Schüler wollen diesem Zwang nachgeben, um nicht weiterhin Außenseiter zu sein.

Die Eltern, Lehrer und Schulleiter mögen von diesem Religionskrieg ebenso überrascht sein wie die Politiker, soweit sie mit dieser Entwicklung in Berührung kommen – nicht überrascht sind indes die islamischen Gemeinden, denn für sie gehört das zur Selbstverständlichkeit ihres Glaubens. Denn während man Jude wird als Kind einer jüdischen Mutter und Christ durch die Taufe, sind die Moslems der Auffassung, dass jeder Mensch als Moslem geboren werde. Wer sich dazu nicht bekennt, sei Opfer einer Fehlentwicklung, die korrigiert werden müsse. Daher auch der Rigorismus der Mission mit Feuer und Schwert.

Ein Vergleich brächte Klarheit

Danach fiele also den Christen oder Angehörigen anderer Bekenntnisse in Deutschland und der Welt die Pflicht zu, sich dem Islam zu unterwerfen. Die islamischen Schulkinder, die in diesem Sinne vorgehen, tun das nicht aus eigener Einsicht, sie werden von den Erwachsenen dazu erzogen. Es geht um eine grundlegende Überzeugung, die Bestandteil des Islam ist.

Begünstigt wird diese Auffassung durch ein weiteres Merkmal des Islam, das dieser, nebenbei bemerkt, mit dem Sozialismus teilt. Beide glauben an einen Geschichtsdeterminismus, also daran, dass die Entwicklung von Welt und Menschheit vorgezeichnet sei und unausweichlich feststehe, wie diese Entwicklung ende, nämlich mit dem absoluten Triumph des Islam – soweit es die Moslems betrifft. Diese zeigen aus eben dem Grund nur wenig Neigung, sich in Deutschland oder überhaupt in Europa anzugleichen, weil sie die hiesige Kultur als absterbend be-

ge mittlerweile auf sehr dünnes Eis, weil man sich hier schon mit einer reinen Feststellung von Tatsachen dem Vorwurf des Rassismus und einer entsprechenden Verfolgung aussetzen kann. Daher an dieser Stelle das Zeugnis einer ausgewiesenen Kennerin des Islam, der Professorin Ursula Spuler-Stegmann. Sie schiebt zu der Frage, ob es in islamischen Ländern Christenverfolgungen gebe: „In erschreckendem Ausmaß werden immer wieder Angehörige nicht-islamischer Religionen verfolgt, darunter Christen.“

„Erschreckendes Ausmaß“

Sogar in der vergleichsweise säkularen Türkei, für Deutschland wegen der vielen hier lebenden Türken eine Referenzadresse, leben die wenigen verbliebenen Christen unter starkem Druck. Das christliche Hilfswerk „open doors“ beschreibt die Zustände: Wer ein christliches Symbol zeigt, muss mit Gewalt rechnen, in türkischen Schulen wird das Christentum als Feind der türkischen Gesellschaft dargestellt, Christen haben große Probleme, auf einem eigenen Friedhof bestattet zu werden. Der Glaubenswechsel vom Islam zum Christentum wird von der Gesellschaft als Verrat an der Nation angesehen, von der Scharia gar mit dem Tode bedroht.

Angesichts der fast dreißig Aufforderungen im Koran, die Christen zu töten, verliert die in Deutschland immer wieder verbreitete Beteuerung, beide Religionen hätten denselben Gott, stark an Überzeugungskraft. Wenn aber die Unterschiede zu groß sind, um sie zu übersehen, dann stellt sich die Frage nach dem Zusammenleben in diesem Staat.

Anstrengungen der islamischen Zuwanderer, sich dem vorgefundenen Kulturkreis wenigstens äußerlich anzunähern, scheinen nicht viel zu fruchten. Daher ist es an der einheimischen Bevölkerung, beziehungsweise an den Politikern, welche diese zu vertreten hätten, auf Abhilfe zu schauen. Zwei Maßnahmen scheinen dabei vordringlich: Zum einen eine gründliche Revision der Immigrationspolitik einschließlich des Bemühens, deutschen Gesetzen uneingeschränkt Geltung zu verschaffen, und zum anderen dem Unterschied Rechnung zu tragen, was am Islam Religion und was Politik ist. Im Selbstverständnis sind beide ein und dasselbe.

● **Der Autor** ist ein christsoziales Urgestein und war lange Zeit Redakteur beim „Bayernkurier“.

Fast dreißig Aufforderungen im Koran, die Christen zu töten

trachten und keinen Sinn darin sehen, sich Regeln zu fügen, denen sie nur noch eine kurze Geltungsdauer zuschreiben.

Bestätigt werden sie in dieser Annahme von all jenen deutschen Politikern und Deutern des Zeitgeschehens, die bei allfälligen Gewalttaten wie Messermorden oder Gruppenvergewaltigungen durch jugendliche Banden aus Nordafrika, der Türkei oder dem Mittleren Osten jeden Bezug zu deren kulturellem Milieu und Glauben leugnen, mag einer auch, mit der Waffe in der Hand, noch so laut „Allahu akbar“ rufen, und die das schönzureden versuchen mit dem Hinweis, auch Deutsche begingen Straftaten.

Ein wenig Klarheit in diese Verwirrung kann ein Vergleich bringen, den man in Bezug auf die Art und Weise anzustellen hätte, wie mit dem Islam in Deutschland einerseits und andererseits mit dem Christentum in islamischen Ländern umgegangen wird. In Deutschland gilt für jedes Bekenntnis, nicht nur für das Christentum, die grundgesetzlich verbürgte Religionsfreiheit. Das findet seinen Niederschlag im Bau von zahlreichen Moscheen, dem Betrieb von Koranschulen, auch wenn nicht wenige von ihnen den Sicherheitsbehörden Kummer machen, und dem Angebot in der allgemeinen Pädagogik, den Islam betreffend.

Ganz anders in islamischen Ländern. Allerdings gibt man sich bei dieser Fra-

VON SILVIA FRIEDRICH

Nach Hamburg und vor Dresden feiert nun Berlin in einer Jubiläumsausstellung mit 61 Gemälden und 54 Zeichnungen Caspar David Friedrichs 250. Geburtstag. Während man in Hamburg die Werke im Kontext zur Gegenwartskunst präsentierte und in Dresden unter dem Motto „Wo alles begann“ seinen Landschaftsbildern alte Meister entgegengestellt, geht es in Berlin einzig um den Jubilar. Im Hinblick auf die Wiederentdeckung des Künstlers zu Beginn des 20. Jahrhunderts ist es „Friedrich pur“.

Noch bis zum 4. August können Besucher die „Unendlichen Landschaften“ erwandern, und das an einem Ort, der schöner nicht sein könnte: der Alten Nationalgalerie aus dem 19. Jahrhundert auf der Museumsinsel. Friedrich, in Greifswald 1774 geboren, lebte 40 Jahre in Dresden, wo die meisten seiner berühmten Werke entstanden und sich so seine Vorliebe für Flüsse und Berge entwickelte, gelangte ausgerechnet in Berlin zu Ruhm, eine Stadt, die er nicht leiden konnte.

Den Anfang der auf zwei Etagen ausgestellten Schau machen Friedrichs Bilderpaare. Die zeitgleich entstandenen Bilder zwingen den Betrachter durch die direkte Hängung zu Vergleichen und Schlussfolgerungen. Bilderpaare nehmen bei Friedrich eine besondere Rolle ein. Steter Wandel in der Natur und im Leben kommt hier zum Ausdruck. Gleich beim Eintreten fällt der Blick auf das bedeutendste Paar, das Friedrichs Ruhm in Berlin begründete. Da hängen der „Mönch am Meer“ (1808–1810) und die „Abtei im Eichwald“ (1809/1810) direkt nebeneinander und lassen jeden staunend verharren. 200 Jahre zuvor riefen sie bereits heftige Reaktionen hervor.

Eigentlich war damals der Kronprinz schuld an Friedrichs Ruhm. Der älteste Sohn der im Juli 1810 verstorbenen Königin Luise, Friedrich Wilhelm, der später als „Romantiker auf dem Thron“ bezeichnet wurde, drängte seinen Vater, König Friedrich Wilhelm III., dazu, die beiden Werke des unbekanntenen Malers zu kaufen. Unter dem Titel „Zwei Landschaften



Sehnsüchtige Blicke in die Ferne: Caspar David Friedrichs „Mondaufgang am Meer“ aus dem Jahr 1822

in Öl“ waren sie auf der Berliner Akademieausstellung zu betrachten. Der König erwarb sie für 450 Taler. Vielleicht fand der 15-Jährige in ihnen Trost, denn auch Friedrich verlor bereits als Kind die Mutter, als er sechs Jahre alt war.

Für den Maler bedeutete dieser Kauf von allerhöchster Stelle den Durchbruch. Weitere Ankäufe durch das Königshaus folgten. Der „Mönch am Meer“, der sich durch bis dato unbekannte Reduktion bis fast zu einer abstrakten Darstellung der Natur auszeichnete und heute als Vorläufer der Moderne gilt, ließ die Geistesgrößen der Stadt aufhorchen. Heinrich von Kleist beschrieb seinen Eindruck mit den Worten: „... als ob einem die Augenlider weggeschnitten wären.“ So entgrenzt und verloren fühlte sich der Dichter beim An-

blick dieser Kunst. Doch wurde Friedrich in seiner Zeit wenig verstanden. Seine Familie lebte verarmt, und nach seinem Tod geriet der Maler trotz vieler Bewunderer schnell in Vergessenheit.

New York zieht mit Friedrich nach

Anfang des 20. Jahrhunderts warf man dem Direktor der Nationalgalerie Hugo von Tschudi eine gewisse „Franzosenliebe“ vor, dem er 1906 durch eine von ihm initiierte Deutsche Jahrhundertausstellung entgegenwirken wollte. Dabei präsentierte man auf engem Raum 36 Gemälde des vergessenen Künstlers. 57 seiner Zeichnungen hingen im Neuen Museum. Friedrichs Ruhm als bedeutendster Maler der deutschen Romantik wurde begründet, und das auch weit über Deutschland

hinaus, denn auch New York wird 2025 seine Werke ausstellen, „The Soul of Nature“ im Metropolitan Museum of Art.

In Bezug auf die Ausstellung von 1906 präsentiert die Nationalgalerie, die eine der größten Friedrich-Gemälde-Sammlungen weltweit beherbergt, nun fast die Hälfte der damals gezeigten Meisterwerke wie den „Mönch“, „Das Eismeer“ (1823/24) „Lebensstufen“ (1834), „Der einsame Baum“ (1822), „Hünengrab im Schnee“ (1807) oder „Zwei Männer in Betrachtung des Mondes“ (1819/20), allerdings weniger eng, sondern weitläufig und luftdurchflutet. Dass man Hamburgs „Mona Lisa“, den „Wanderer über dem Nebelmeer“ (1818), nicht zeigt, liegt daran, dass das damals unbekannte Werk mit der Jahrhundertausstellung nichts zu tun hatte.

Chronologisch ist diese Schau nicht angelegt. Nach den Bildpaaren im zweiten Stock erwartet die Besucher im dritten Geschoss Portraits des Künstlers, seine künstlerischen Anfänge sowie Bilder zu Gebirgen und Küsten.

Außerdem blickt man anhand seiner Zeichnungen dem Maler „über die Schulter“. Ein Kapitel widmet sich den neuesten Forschungen zur Maltechnik. Friedrich skizzierte die Natur und setzte sie im Atelier wieder neu zusammen. Interessant ist hierbei die Sichtbarmachung des Hintergrundes durch die Infrarotreflektographie, bei der man sieht, welche Skizze sich eigentlich unter der Farbe befindet.

Viele ließen sich von Friedrich beeinflussen. So spazierte das Reh in Disneys Film „Bambi“ (1942) durch Landschaften, deren Vorlage beim Maler zu suchen sind, Friedrich Wilhelm Murnau orientierte sich im Film „Nosferatu“ (1922) an Bildmotiven des Malers. Fotos von heute, auf denen sich Menschen mit Rückenansicht in der Landschaft darstellen, setzen Friedrichs „Wanderer“ ein Denkmal. Auch der zeitgenössische japanische Künstler Hiroyuki Masuyama, der in seinen Fotomontagen Friedrichs Gemälde in Leuchtbildern nachahmt und die Ausstellung beschließt, ist massiv durch Friedrich inspiriert worden. Dieses Schlusspunktes hätte es aber nicht bedurft, es ist ein bisschen zu viel Sahne auf perfektem Gebäck.

Direktor Ralph Gleis freut sich auf die vielen Besucher, erwähnt aber, dass man hier nicht auf Rekordjagd und der Altbau kein Kaufhaus sei, in das beliebig viele Besucher hineingepresst werden könnten. Es gibt erweiterte Öffnungszeiten. Je zur Hälfte sind die Eintrittskarten als Zeitfenster-Tickets online und an der Tageskasse zu erwerben. Sukzessive werden weitere Kontingente online freigegeben.

Vielleicht ist die Präsentation in Berlin die imposanteste, um Friedrich nahe-zukommen. Der „romantische“ König Friedrich Wilhelm IV., der vor dem Gebäude auf dem Pferd thront, würde dem sicher zustimmen.

● Katalog vom Prestel Verlag (30 Euro im Museum). Link zu den Zeitfenstertickets (à 16 Euro) unter: www.cdfriedrich.de

AUSSTELLUNG

„Silberfieber“ in Ratingen

Tarnowitzer Bergbau – Oberschlesisches Landesmuseum widmet sich der UNESCO-Welterbestätte

Mit einer Doppeleröffnung beginnt die kommende Sonderausstellung im Oberschlesischen Landesmuseum von Ratingen. Neben der Vernissage am 5. Mai ist am Vorabend ein Europakonzert der Schlesischen Philharmonie aus Kattowitz auf der Essener Welterbe-Zeche Zollverein zu erleben.

Die ein volles Jahr laufende Ausstellung „Silberfieber. Der Tarnowitzer Bergbau – UNESCO-Welterbe in Oberschlesien“ zeigt die Geschichte der einzigen Welterbestätte Oberschlesiens und damit des Bergbaus in Tarnowitz – von seiner Entstehung ab 1490 über seinen Niedergang bis zur Aufnahme in die UNESCO-Welterbeliste im Jahr 2017. Ziel der Ausstellung ist die Vermittlung europäischer Industriekultur im Wandel der Zeit und im deutsch-polnischen Kontext.

Die Ausstellung basiert hauptsächlich auf Objekten aus den Sammlungen des Vereins der Heimatfreunde des Tarnowitzer Landes und des Oberschlesischen Landesmuseums sowie auf neuen medialen Elementen wie Virtual Reality, ergänzt durch ausgewählte Objekte aus den Sammlungen externer Institutionen,

wie dem Deutschen Bergbau-Museum (DBM) in Bochum. Eine begleitende Publikation wird Anfang 2025 erscheinen.

In der Einführung erfahren die Besucher etwas über die geographische Lage von Tarnowitz, die Geschichte der Stadt, die Veränderungen ihrer Grenzen und die ethnisch-sprachliche Zusammensetzung der Bevölkerung im Laufe der Jahrhunderte. Das erste Ausstellungskapitel be-

handelt die Geschichte des Bergbaus im Tarnowitzer Land bis zum Jahr 1784, wobei der Schwerpunkt auf der Zeit von 1490 bis zum Ende des Dreißigjährigen Krieges liegt, also auf der Blütezeit des Bergbaus im 16. Jahrhundert und seinem Niedergang im 17. Jahrhundert.

Das zweite Kapitel ist der für Tarnowitz wichtigsten Etappe in der Entwicklung des Bergbaus gewidmet: der Tä-

tigkeit der Königlichen Friedrichsgrube und den mit ihr verbundenen Persönlichkeiten – Friedrich Wilhelm von Reden, einem Vorreiter der Industrialisierung in Oberschlesien, und Rudolf von Carnall, der zu ihrer Entwicklung beitrug.

Im dritten Kapitel steht ein sehr wichtiger und ungewöhnlicher Aspekt der Industriegeschichte von Tarnowitz im Mittelpunkt: der frühe Industrietourismus, der in der Erzählung als Vehikel zur Erinnerung an das industrielle Erbe dient. Das vierte Kapitel befasst sich mit der Entwicklung des Untertagetourismus nach dem Zweiten Weltkrieg sowie mit dem Wiederaufbau und der Eröffnung der beiden heutigen Touristenattraktionen – des Stollens „Schwarze Forelle“ und des historischen Silberbergwerks.

Beim Auftaktkonzert der Schlesischen Philharmonie auf Zollverein sind am 4. Mai ab 19 Uhr Bach-Werke neben der „Industriesinfonie“ und dem „Silberkonzert“ des Philharmonie-Direktors Adam Wesolowski zu hören. *tws/oslm*

● Oberschlesisches Landesmuseum Bahnhofstraße 62, Ratingen, www.oslm.de



Heute UNESCO-Welterbe: Das historische Silberbergwerk von Tarnowitz

MELDUNG

Blinder Fleck des Bauhauses

Weimar – Die Ausstellung „Bauhaus und Nationalsozialismus“ der Klassik Stiftung Weimar richtet vom 9. Mai bis 15. September den Blick auf den „blinden Fleck“ des Bauhauses: die Verstrickung der wichtigsten Avantgarde-Schule des 20. Jahrhunderts mit dem Nationalsozialismus. An drei Orten in Weimar zeigt die Schau rund 450 Kunst- und Designobjekte aus Privatsammlungen und renommierten Museen in Europa und den USA. Das Museum Neues Weimar beleuchtet mit „Politische Kämpfe um das Bauhaus 1919–1933“ die künstlerischen und politischen Konflikte, die mit der Gründung der Designschule in Weimar begannen und sich in Dessau und Berlin fortsetzten; das Bauhaus-Museum Weimar nimmt mit „Abgehängt – Beschlagnahme – Angepasst 1930/1937“ die Beschlagnahme der „entarteten Kunst“ 1937 und ihre Vorläuferaktion in Weimar in den Fokus; das Schiller-Museum widmet sich schließlich mit „Lebenswegen in der Diktatur 1933–1945“ den Bauhaus-Mitgliedern. Infos: www.klassik-stiftung.de *tws*

CECILIE

Preußens letzte Kronprinzessin starb in Bayern

Die letzte Kronprinzessin des Deutschen Reiches und des Königreichs Preußen soll im Volke wie bei Hofe beliebt gewesen sein. Ihr wird nachgesagt, sie sei freundlich, offen, aufgeschlossen, unkompliziert, anpassungsfähig, flexibel, ausgeglichen, intelligent und wortgewandt gewesen sowie elegant und von natürlicher Schönheit. Hinsichtlich ihrer erstgenannten Eigenschaften sind wir auf die Einschätzungen ihrer Zeitgenossen angewiesen, hinsichtlich der letztgenannten können wir uns selbst ein Urteil bilden durch die diversen überlieferten Bilder von ihr.

Der Vater von Cecilie Auguste Marie Herzogin zu Mecklenburg(-Schwerin) war der von 1883 bis zu seinem Tod 1897 im Landesteil Mecklenburg-Schwerin regierende Großherzog Friedrich Franz III., ihre Mutter, die aus der russischen Romanow-Dynastie stammende Großfürstin Anastasia Michailowna. Cecilie kam am 20. September 1886 im Schweriner Schloss zur Welt.

Nach ihrer Konfirmation 1903 lernte Cecilie 1904 den deutschen und preußischen Kronprinzen Wilhelm kennen. Noch im selben Jahr verlobten sich die beiden. Im darauffolgenden Jahr wurde geheiratet. Gleich das erste Kind war ein Sohn. 1906 kam Wilhelm zur Welt. Es folgten Louis Ferdinand 1907 und danach noch jeweils zwei Jungen und Mädchen. Auch ansonsten kam Cecilie ihren Verpflichtungen als Ehefrau eines Kronprinzen nach. Sie wusste zu repräsentieren und engagierte sich auf sozialem und karitativem Gebiet, ein Engagement, das sie auch nach dem Ende der Monarchie fortsetzte.

Nach diesem Ende ging Cecilie im Gegensatz zu ihrem Ehemann und den Schwiegereltern nicht ins Exil, sondern blieb im Lande. Dafür stand ihr seit 1917 das jüngste Hohenzollernschloss Cecilienhof in Potsdam zur Verfügung. Der Neubau trug nicht nur ihren Namen, sondern hatte auch auf ihren Wunsch hin die Sommerresidenz ihrer Eltern, das Jagdschloss Gelbensande, zum stilistischen Vorbild.



Vor 70 Jahren gestorben: Cecilie

Das vormalige Kronprinzenpaar lebte sich in der Zwischenkriegszeit auseinander, und so floh Cecilie 1945 ohne ihren Ehemann mit wenigen Habseligkeiten vor der Roten Armee von Potsdam nach Bad Kissingen. Dort fand sie anfänglich im Sanatorium eines mit der Familie befreundeten Badearztes Unterschlupf, und dort ist sie auch am 6. Mai 1954 vermutlich an einem Schlaganfall gestorben. Manuel Ruoff

BERTHA BENZ

Erste Autofahrerin und Erfinderin der Bremsbeläge

Die Ehefrau des Erfinders des Benz-Patent-Motorwagens wurde vor 175 Jahren in Pforzheim geboren



Sie und ihre erste Fernfahrt mit einem Automobil, einem Benz Patent-Motorwagen Nummer 3, dem ersten Fahrzeug ihres Ehemannes Carl Benz, das zum Verkauf angeboten wurde, werden in ihrem Heimatland auch durch eine 70-Cent-Briefmarke geehrt: Bertha Benz

Foto: Mercedes-Benz Classic

VON JÖRG KOCH

Nicht nur in ihrer südwestdeutschen Heimat ist sie bis heute ein Begriff, als couragierte Frau der Gründerzeit ist sie in ganz Deutschland bekannt: Bertha Benz, die im Mai vor 175 Jahren geboren wurde und die ebenfalls im Mai vor 80 Jahren verstarb.

Kaum eine Erfindung hat den Alltag der Menschen so sehr verändert wie das Auto. Doch für sein erstes Automobil, den „Benz Patent-Motorwagen Nummer 1“, ein „Fahrzeug mit Gasmotorenbetrieb“, mit dem Carl Benz am 3. Juli 1886 die erste öffentliche Probefahrt durch Mannheim unternahm, erntete der geniale Konstrukteur zunächst nur Spott und Hohn. Schließlich war es seine Frau Bertha, die zum Erfolg des Unternehmens beitrug.

Geboren wurde Cäcilie Bertha in Pforzheim am 3. Mai 1849 als Tochter des Zimmermeisters Karl Friedrich Ringer und seiner Frau Auguste Friederike. Bertha war das dritte Kind des Ehepaares und „leider wieder nur ein Mädchen“, so der Eintrag der enttäuschten Eltern in der Familienbibel. Diese Wörter entdeckte Bertha als Zehnjährige. Sie müssen für sie eine bittere Enttäuschung gewesen sein,

doch mehr noch Ansporn und Motivation. Das wissbegierige Mädchen wuchs in einem wohlhabenden Haushalt auf und ging bis zur Konfirmation auf die Höhere Töchterschule. Schon früh interessierte sich Bertha für Technik, und gerne begleitete sie ihren Vater auf Baustellen.

Im Juni 1869 lernte sie Carl Benz kennen, der seit Anfang des Jahres in Pforzheim lebte und Konstruktionsentwürfe für Eisenbahnbrücken zeichnete. Der studierte Maschinenbauer stammte aus bescheidenen Verhältnissen, war früh Halbwaise geworden, verfügte über kein Vermögen, aber dafür über jede Menge Ideen, und er träumte von einem motorgetriebenen, also pferdelosen Wagen. Bertha verliebte sich nicht nur in den fünf Jahre älteren Visionär, sondern sie war auch von seinem Ideenreichtum begeistert. Im Juli 1872 heirateten beide in Pforzheim.



Sonderpostwertzeichen „175. Geburtstag Bertha Benz“

Die Braut hatte sich vorzeitig ihr Erbteil auszahlen lassen, um ihren Mann finanziell unterstützen zu können. Dieser hatte ein Jahr zuvor in Mannheim eine Eisengießerei gegründet, die den Grundstock für sein späteres Unternehmen, die „Benz & Cie. Rheinische Gasmotorenfabrik“, bildete. Diese Firma gilt als erster Automobilhersteller in Deutschland. Dort entstand das legendäre dreirädrige Fahrzeug mit einem Viertaktmotor, das im November 1886 vom Kaiserlichen Patentamt in Berlin die Nummer 37435 erhielt.

Nicht nur ihr Erbanteil war hilfreich

Der Aufstieg des Unternehmens aus bescheidenen Anfängen zu einem Weltkonzern ist nur dank Bertha möglich gewesen. Sie hatte das nötige Kapital, aber auch Verständnis, Interesse und Zuversicht mit in die Ehe gebracht, aus der zwei Jungen und drei Mädchen hervorgingen. Da das erste zum Verkauf angebotene Fahrzeug, der Benz Patent-Motorwagen Nummer 3, nicht den gewünschten Absatz erzielt hatte, unternahm Bertha Benz am 5. August 1888 mit ihren Söhnen Eugen und Richard ohne Wissen ihres Mannes eine Fernfahrt. Ziel waren ihre Eltern im 106 Kilometer entfernten Pforzheim.

Dies war nicht im Sinne des Erfinders, es war auch verboten, denn die Fahrer-

laubnis für das motorisierte Dreirad galt nur für Mannheim. Zudem war die Reise gefährlich, denn die Wege waren für vier- oder fünfrädrige Pferdekutschen angelegt, dem Vorderrad fehlte folglich die notwendige Bodenhaftung. Da die heute üblichen Verkehrsschilder und ein gut ausgebautes Straßennetz noch nicht vorhanden waren, fuhren die drei Abenteurer entlang der Bahnstrecke.

Südlich von Heidelberg ging ihnen zum ersten Mal der Sprit aus. Das Benzin, damals Ligroin genannt und als Reinigungsmittel verwendet, kauften sie in der Wieslocher Stadt-Apotheke, die seither als erste Tankstelle gilt. Es mag verwundern, dass eine Frau das Steuer lenkte, doch Bertha war geübt, hatte sie doch ihrem Mann jahrelang assistiert und bei den zahlreichen Probefahrten das Steuer gelenkt.

Auf der Fahrt durch Nordbaden hatten die mutigen Abenteurer weitere Schwierigkeiten zu meistern, so das häufige Kühlen des Motors und das Bremsen beim Bergabfahren. Unterwegs verursachten sie große Aufmerksamkeit. Eine solche „Hexenkutsche“ hatte die Landbevölkerung noch nicht gesehen. Nach 13 Stunden, kurz vor Einbruch der Dunkelheit, erreichten die Fahrer Pforzheim. Der Erfolg wurde dem Mann und Vater telegraphisch nach Hause gemeldet.

Fahrt von Mannheim nach Pforzheim

Selbst innovativ, ließ Bertha Benz auf der Rückfahrt bei einem Schuster die Bremsklötze mit Leder beschlagen, die verstopfte Benzinleitung reinigte sie mit ihrer Hutnadel und das abgewetzte Zündkabel reparierte sie mit einem Strumpfband. Carl Benz, zunächst alles andere als begeistert, zollte seiner Frau bei der Rückkehr Respekt. Mit ihrer Pioniertat demonstrierte sie die Alltagstauglichkeit der drei PS starken, „pferdelosen Kutsche“.

Nach der Fahrt erteilte sie ihrem Mann Verbesserungsvorschläge, die in die Konstruktion eines vierrädrigen Wagens mit besserer Lenkbarkeit eingingen. Auch soll von ihr die Idee stammen, einen dritten Gang einzubauen. So verhalf Bertha Benz den von ihrem Mann konstruierten Wagen zu mehr Popularität. In die Geschichtsbücher ging sie als erste Autofahrerin und Erfinderin der Bremsbeläge ein.

Hoch geehrt verbrachte das Ehepaar Benz seine letzten Lebensjahre in der Stadt Ladenburg im heutigen Rhein-Neckar-Kreis. Dort verstarb Carl mit 84 Jahren 1929. Bertha war eine umjubelte Zeitzeugin und Gesprächspartnerin. Am 3. Mai 1944 ernannte die Technische Hochschule Karlsruhe, an der Carl Benz studiert hatte, Bertha Benz anlässlich ihres 95. Geburtstages zur Ehrensenatorin. Zwei Tage später verstarb sie in Ladenburg. Dort wurde sie an der Seite ihres Mannes beigesetzt.

Die Erinnerung an eine außergewöhnliche Frau lebt weiter. Ihr Wagen befindet sich seit mehr als 100 Jahren im Science Museum in London. Ihren Namen tragen Schulen in Wiesloch und Sigmaringen sowie einige Straßen. Zudem bietet das Automuseum Dr. Carl Benz in Ladenburg Einblicke in ihr privates Leben. Und die „Bertha Benz Memorial Route“ ist eine Ferienstraße, die weitgehend der historischen Strecke der ersten Autofahrt folgt.

Die jüngste Ehrung ist das Sonderpostwertzeichen „175. Geburtstag Bertha Benz“. Die Gestaltung des Postwertzeichens und der Ersttagsstempel stammt von Susanne Stahl aus Berlin. Die Briefmarke hat einen Wert von 70 Cent und ist seit Donnerstag in den Verkaufsstellen der Deutschen Post AG erhältlich.

● Dr. Jörg Koch ist Autor des in diesem Jahr in Tübingen erschienenen Buches „Zeitreise Kurpfalz. Menschen, Orte und Ereignisse, die Geschichte schrieben“. Darin hat er Wiesloch als Ort der ersten „Tankstelle“ ein Kapitel gewidmet. In diesem Zusammenhang hat er sich mit Bertha Benz beschäftigt.

VON WOLFGANG KAUFMANN

Nach dem Tod seines Großvaters väterlicherseits, Ludwig XV., bestieg der letzte König des Ancien Régime am 10. Mai 1774 im Alter von 19 Jahren den französischen Thron. Ludwig XVI. übernahm kein wohlgeordnetes Reich. Vielmehr hatte sein Vorgänger die französische Monarchie durch eine eklatante Verschwendungssucht und eine daraus resultierende Staatsverschuldung derart geschwächt, dass kaum eine reale Chance auf Gesundung bestand. Es wäre höchstens einer extrem mutigen, starken und politisch befähigten Person auf dem Thron gelungen, die Revolution im Lande zu verhindern und das Ancien Régime zu retten. Aber diese Kriterien erfüllte Ludwig XVI. nicht, obwohl seine Ausbildung seit 1761 – als mit Louis Joseph Xavier nach Xavier Marie Joseph auch der zweite seiner beiden älteren Brüder gestorben war – darauf abzielte, ihn auf die Königswürde vorzubereiten.

Der junge Louis Auguste erwies sich zwar als ein gelehriger, gewissenhafter, frommer und sittenstrenger Schüler mit großem Interesse an Geschichte und Fremdsprachen sowie Naturwissenschaften und Technik, erlangte aber kaum Kenntnisse über die Lebenswirklichkeit in Frankreich. Dazu kamen Eigenschaften wie fehlendes Charisma, Wankelmütigkeit und eine ausgeprägte Schüchternheit, die unversehens in brüskierendes Verhalten umschlagen konnte. Außerdem glaubte er fest an das Gottesgnadentum.

Das lag nicht zuletzt an einigen beachtlichen politischen Erfolgen. So stieg Frankreich unter der Ägide Ludwigs XVI. zu einer Seemacht auf, die mit Großbritannien gleichzog und die Unabhängigkeitsbewegung der nordamerikanischen Siedler in den 13 britischen Kolonien unterstützte. Dies änderte aber nichts an der grundsätzlichen Unfähigkeit des Königs, in Krisensituationen klug und angemessen zu handeln. Das zeigte sich insbesondere in seinem Umgang mit der Staatsverschuldung, die nicht zuletzt wegen des französischen Engagements im Amerikanischen Unabhängigkeitskrieg immer weiter anwuchs und die Gefahr eines Staatsbankrotts barg.

Ein Getriebener auf dem Thron

Zunächst setzte Ludwig auf erfahrene Berater wie den Generalkontrollleur der Finanzen Anne Robert Jacques Turgot und den Staatssekretär für den königlichen Haushalt Chrétien-Guillaume de Lamoignon de Malesherbes. Die radikalen Reformvorschläge der beiden stießen jedoch auf den Widerstand des Adels, und Ludwig vermochte nicht, diesen zu brechen. Dann berief er 1786 eine Versammlung von 144 Notabeln ein, deren Beratungen ebenfalls kein Ergebnis erbrachten – abgesehen von einer ersten sichtbaren Schwächung der absolutistischen Macht des Königs.

1789 schließlich entschloss sich Ludwig, die Generalstände einzuberufen, die seit 1614 nicht mehr zusammengetreten waren und nun neue Steuern bewilligen sollten. Dabei trat er ebenso hochfahrend wie ungeschickt auf und verspielte dadurch die Chance, die Stände geschlossen hinter sich zu bringen. Das fing damit an, dass er bei der Eröffnungszeremonie am 4. Mai 1789 erst mit mehrstündiger Verspätung erschien und dann während des anschließenden Gottesdienstes einschlief. Am Ende erklärten sich die Abgeordneten des die freien Bauern und Bürger umfassenden Dritten Standes aufgrund seiner ablehnenden Haltung gegenüber ihren Neuerungsansprüchen zur Nationalversammlung, worauf der König am 23. Juni mit Drohungen reagierte.

Als Konsequenz hieraus drang erstmals eine aufgebrachte Menschenmenge ins Schloss von Versailles vor. Dass Ludwig daraufhin Truppen zum Schutz seiner Domizile zusammenziehen ließ, was im Volk als Maßnahme gegen die National-



Ludwig XVI., König von Frankreich und Navarra, im Krönungsornat. Gemälde von Antoine-François Callet aus dem Jahr 1779

LUDWIG XVI.

Gestalter oder Objekt seines Schicksals und der Geschichte?

Vor 250 Jahren begann die Regierungszeit des letzten Königs des Ancien Régime

versammlung interpretiert wurde, brachte das Fass zum Überlaufen und war einer der Gründe für den Sturm auf die Bastille am 14. Juli 1789.

Statt der explosiven Stimmung mit dem Versuch einer Deeskalation Rechnung zu tragen, ließ Ludwig ein weiteres Regiment mit 1100 Mann nach Versailles verlegen und veranstaltete dort zwischen dem 1. und 4. Oktober 1789 drei opulente Bankette für die Offiziere dieser Einheit, an denen auch die königliche Familie teilnahm. Das löste im hungernden Paris erneut massive Empörung aus.

Er goss Öl ins Feuer

Die nächste Provokation des Königs war seine Flucht nach Varennes am 20. Juni 1791 und seine Proklamation an die Franzosen, die er in Paris zurückließ. In ihr widerrief er alle Zugeständnisse, die er seit dem Oktober 1789 gemacht hatte und bezeichnete die mit seinem zumindest

formellen Einverständnis eingeführte konstitutionelle Monarchie als ein Regierungssystem, „das in der Praxis nicht funktionieren“ könne. Die Flucht misslang. Nach seiner Freiheit verlor Ludwig auch seine Krone, als das neugewählte Revolutionsparlament, der Nationalkonvent, am 21. September 1792 die Republik ausrief.

Auf der einen Seite war Ludwig also ein Getriebener, der auf Missstände reagieren sollte, die vielfach nicht auf sein Konto gingen. Auf der anderen Seite goss er aus Überheblichkeit oder Ungeschick reichlich Öl ins Feuer und provozierte so letztlich den Ausbruch der Revolution. Und als diese dann fortschritt und immer radikalere Züge annahm, kamen weitere Fehlentscheidungen hinzu, die ihn Stück für Stück in die Rolle eines Sündenbocks drängten, der nacheinander vier Tode sterben musste: den sozialen infolge der stufenweisen Isolierung vom Volk und

vom Hof ab Juni 1789, den politischen nach der missglückten Flucht aus dem revolutionären Paris im Juni 1791, den symbolischen durch den Entzug der Königswürde und die Ausrufung der Republik im September 1792 sowie dann schlussendlich auch den physischen, als am 21. Januar 1793 sein Kopf unter der Guillotine fiel.

Historiker wie Jean de Viguier vertreten die Ansicht, Ludwig sei von unauffhaltsamen Mächten ins Verderben gerissen worden. Dahingegen vergleichen ihn andere Geschichtsexperten, darunter beispielsweise Guillaume Perrault, mit ebenfalls absolutistisch regierenden oder zumindest absolutistisch regieren wollenden Monarchen wie den englischen, schottischen und irischen König Karl I. oder den russischen Zaren Nikolaus II., die ähnlich ungeschickt auf Krisen reagiert und dies ebenfalls am Ende erst mit ihrem Thron und dann mit ihrem Leben bezahlt hätten.

EUROPARAT

Vom Hasen und dem Igel

Wer das Liebfrauenmünster zu Straßburg besucht, der sollte die Apsis mit dem sogenannten Europafenster des französischen Glasmalers und Designers Max Ingrand mit der „Straßburger Madonna“ nicht unbeachtet lassen. Hoch oben über der Mutter Gottes sieht man vor überwiegend blauem Hintergrund einen goldenen Sternenkranz mit zwölf fünfzackigen goldenen Sternen. Wer dabei an die Europaflagge denkt, liegt richtig, wer dabei an die EU oder deren Vorgängerorganisationen denkt, eher weniger.

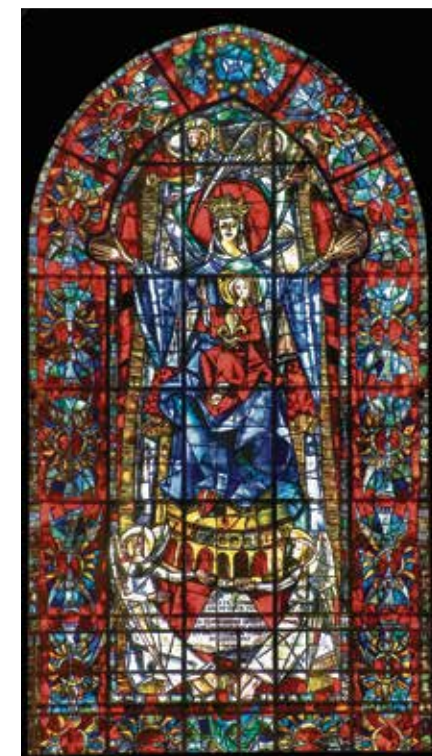
Erst 1986 wurde die Europaflagge von den Europäischen Gemeinschaften als Symbol für ihre Institutionen übernommen. Da zierte das Europafenster bereits seit drei Jahrzehnten das Straßburger Münster. Des Rätsels Lösung ist, dass die Europaflagge bereits 1955 vom Europarat als europäische Flagge eingeführt worden ist und der Sternenkranz im Europafenster daran erinnert, dass es 1956 vom in Straßburg sitzenden Europarat gestiftet wurde.

Genauso verhält es sich mit einem weiteren Symbol der EU, der Europahymne. 1972 nahm der Europarat die Melodie des Hauptthemas „Ode an die Freude“ aus dem letzten Satz der neunten Sinfonie Ludwig van Beethovens als eigene Hymne an (siehe Seite 9). Erst 1985 nahmen die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Gemeinschaften die Instrumentalversion als offizielle Hymne der EG an.

Auch für ihr Parlament griff die EU beziehungsweise ihre Vorgängerorganisation Montanunion gerne auf Bestände des Europarates zurück. Als die Montanunion einen Plenarsaal für ihre neugeschaffene Gemeinsame Versammlung, den Vorläufer des heutigen Europäischen Parlaments, brauchte, mietete sie den Sitzungssaal der Parlamentarischen Versammlung des Europarates. Erst 1999 erhielt das Europäische Parlament einen eigenen Plenarsaal.

Auch in existentieller Hinsicht ist die EU ein Nachzügler. Sie selbst wurde 1992/93 gegründet, die Montanunion 1951/52. Der Europarat hingegen besteht bereits seit 75 Jahren. Am 5. Mai wurde er von zehn seiner heute 46 Mitgliedstaaten gegründet.

Es verhält sich also so ähnlich wie beim Schwank „Der Hase und der Igel“. Der im Vergleich zum Hasen EU vergleichsweise schwache Igel Europarat, der gerne schon einmal analog zum Europäische Rat für ein Organ der EU gehalten wird, hat in mancher Hinsicht triumphieren können: „Ich bün all hier.“ *Manuel Ruoff*



Europafenster

Foto: pa

VON WOLFGANG KAUFMANN

Das im November 1950 gegründete Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) zählt mittlerweile zu den mächtigsten Behörden unseres Landes mit erheblichem gesellschaftlichen Einfluss, der immer weiter wächst. Dabei grenzt es an ein Wunder, dass das BfV heute überhaupt noch existiert, denn seine Geschichte ist über weite Strecken eine Aneinanderreihung von haarsträubenden Pannen und Affären.

So kamen anfangs mehrere hundert ehemalige Mitarbeiter aus dem Reichssicherheitshauptamt sowie der Gestapo und dem Sicherheitsdienst des Reichsführers SS im BfV oder den Landesämtern für Verfassungsschutz unter. Hierzu zählten Personen wie der frühere SS-Sturmbannführer Kurt Fischer, der auch im „Amt für Schädlingsbekämpfung“ des Vernichtungslagers Auschwitz „gedient“ hatte, oder Richard Gerken, welcher im Range eines SS-Hauptsturmführers an der Verfolgung der Widerständler des 20. Juli 1944 beteiligt gewesen war und dann im BfV als Leiter der Abteilung Spionageabwehr fungierte.

Weil die DDR-Staatssicherheit und die sowjetischen Geheimdienste KGB und GRU oftmals von den verschwiegenen NS-Karrieren der Verfassungsschützer wussten, ist davon auszugehen, dass es den östlichen Diensten gelang, manche davon auf erpresserische Weise als „Maulwürfe“ zu rekrutieren. Dazu kamen dann später noch freiwillige „Selbstanbieter“ wie der Regierungsdirektor und BfV-Referatsgruppenleiter Hansjoachim Tiedge, der 1985 in die DDR wechselte, weil ihm seine Schulden und Alkoholprobleme über den Kopf wuchsen, und Klaus Kuron, ein Doppellagent im Kölner Bundesamt, den die Geldgier trieb.

Anfangs von NS-Kadern durchsetzt

Wegen Tiedges Verrat musste der ehemalige BfV-Präsident Heribert Hellenbroich, welcher gerade an die Spitze des Bundesnachrichtendienstes gewechselt war, seinen Hut nehmen, denn er hatte sämtliche Warnzeichen im Vorfeld ignoriert. Dabei war Hellenbroich nur einer von sieben Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz, deren Geheimdienstkarriere unter ehrenrührigen Umständen oder wegen offensichtlicher Unfähigkeit endete – den zu Unrecht geschassten Hans-Georg Maaßen und den erst später als Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium wegen Bestechlichkeit kriminell gewordenen Ludwig-Holger Pfahls nicht mitgezählt.

Der erste Mann an der Spitze des BfV, Otto John, setzte sich im Juli 1954 nach Ost-Berlin ab und erhielt den Spitznamen „Bumerang“, nachdem er im Dezember 1955 in die Bundesrepublik zurückgekehrt war, wo man ihn wegen Landesverrats zu



Macht und Mittelmaß: Das Bundesamt für Verfassungsschutz in Köln-Chorweiler

Foto: imago images/Future Image

GEHEIMDIENST

Pleiten, Pech und Pannen beim Bundesverfassungsschutz

Die Geschichte der Inlands-Aufklärer durchzieht eine Kette von Skandalen, Rücktritten und Beispielen von völliger Inkompetenz – Ein Wunder, dass die „Haldenwang-Behörde“ überhaupt noch existiert

vier Jahren Zuchthaus verurteilte. Der übermächtigste BfV-Chef Heinz Schrübbers wiederum stolperte 1972 über seine frühere Tätigkeit als Oberstaatsanwalt im Dritten Reich und den Vorwurf, zu viele NS-Kader im Verfassungsschutz untergebracht zu haben. Allerdings galt Schrübbers auch deshalb als unbeliebt, weil er seinen Untergebenen per Dienstanweisung untersagte, „gruppenweise Wirtshäuser, Trinkstuben und Gaststätten“ aufzusuchen und „Bierleichen“ zu hinterlassen.

Schrübbers' Nachfolger Günther Nollau musste dahingegen 1975 wegen des Versagens des Inlandsgeheimdienstes im Falle des DDR-Kanzleramtsspions Günter Guillaume zurücktreten. Acht Jahre später traf es dann den fünften BfV-Präsidenten Richard Meier. Dieser rampte während einer Spritztour mit seiner Geliebten ein holländisches Wohnmobil, wobei die Matresse zu Tode kam und Meier schwere Gesichts- und Hirnverletzungen erlitt, welche angeblich zur dauerhaften

Dienstunfähigkeit führten. Eckart Werthebach wiederum, der von 1991 bis 1995 amtierte, warf das Handtuch, weil gegen ihn Ermittlungen wegen Geheimnisverrats liefen. Und Heinz Fromms Karriere als letzter BfV-Präsident vor Maaßen endete im Juli 2012, als publik wurde, dass der Verfassungsschutz wenige Tage nach dem Auffliegen des Nationalsozialistischen Untergrundes Akten zu V-Leuten im NSU-Umfeld vernichtet hatte.

Als „Schreckschusspistole“ verlacht

Genauso ungeeignet wie die meisten Präsidenten des Bundesamtes waren in der Vergangenheit aber auch etliche Mitarbeiter auf den unteren Ebenen. Davon zeugen die vielen bekannt gewordenen Beispiele atemberaubender Inkompetenz, wie sie beispielsweise der „Spiegel“-Redakteur Peter Ferdinand Koch 2011 in seinem Buch „Enttarnt“ auflistet. So enthielt die Vorgängerkartei des Nachrichtendienstlichen Informationssystems NADIS

unter anderem einen Eintrag über „Adenauer, Vnu.“, wobei die Abkürzung für „Vorname unbekannt“ steht. Ein weiteres Zeichen von völliger Unfähigkeit war der bis in die 1980er Jahre gepflegte Brauch, Geheimdokumente kostengünstig mit der Post zu verschicken, anstatt einen Kurierdienst zu beauftragen – im blinden Vertrauen darauf, dass sich schon kein Unbefugter für die seltsamen „Wertbriefe“ des Bundesamtes interessieren würde.

Solch ein Dilettantismus sorgte bei den westlichen Partnerdiensten ebenso für Alpträume wie die publik gewordene Entscheidung, in der Kölner Justizvollzugsanstalt „Klingelpütz“ hochbrisante BfV-Akten, darunter auch Dokumente über Doppellagenten, durch Strafgefangene verbrennen zu lassen. Einer der verurteilten Kriminellen, welcher wegen Brandstiftung und Erpressung einsaß, bewahrte mehrere der Papiere vor der Vernichtung und spielte sie dem Kölner Blatt „Express“ zu.

Der ehemalige Chef des Hamburger Landesamtes für Verfassungsschutz, Hans Josef Horchem, erklärte solche und ähnliche Fehlleistungen in seinen Memoiren damit, dass man von Anfang an systematisch auf die falschen Leute gesetzt habe: „Ein Kollege, dessen Abwehrerfahrung allenfalls darin bestanden haben konnte, dass er Admiral Canaris einmal den Wagenschlag geöffnet hatte, ist schon mit seiner Einstellung im BfV zum Regierungsrat ernannt worden.“ Zur Erinnerung: Wilhelm Canaris war der legendäre Chef des militärischen Geheimdienstes des Oberkommandos der Wehrmacht gewesen.

Ansichts all dessen kann kaum verwundern, dass der ehemalige Bundesinnenminister Gerhard Baum (FDP) den Verfassungsschutz abwertend als „Schreckschusspistole“ bezeichnete. Wobei eine solche Waffe aber durchaus auch Schaden anzurichten vermag, wenn sie in falsche Hände gerät.

KRIMINALISTIK

So verheißungsvoll wie zweischneidig

Künstliche Intelligenz revolutioniert die Verbrecherjagd – Doch es drohen riskante Nebeneffekte für die Rechte der Bürger

Künstliche Intelligenz (KI) kann auch bei der Kriminalitätsbekämpfung beziehungsweise der Aufklärung von Straftaten helfen. Denn vielfach geht es hier um die Analyse großer Datenmengen, deren Ziel darin besteht, die sprichwörtliche Nadel im Heuhaufen zu finden. So taugen KI-Technologien unter anderem dazu, die Gesichter von Verdächtigen oder Opfern abzugleichen, Tatorte und Tatverläufe zu rekonstruieren, illegale Geldströme zu erkennen und Beweismaterial wie zum Beispiel Aufzeichnungen aus Überwachungsanlagen zu sichten.

Weitere wichtige Anwendungsfelder sind die Aufklärung von Cyberkriminali-

tät und kinderpornographischen Delikten, welche vielfältige virtuelle Spuren hinterlassen, deren Verfolgung die Kriminalisten oftmals an ihre Grenzen bringt. Bei der Cyberkriminalität liegen in der Regel derart immense Datenmengen vor, dass Menschen hier komplett überfordert wären.

Im Falle des illegalen Darknet-Rechenzentrums von Traben-Trarbach musste die KI rund 1000 Datenträger durchforsten, deren Speicherkapazität bei mehr als zwei Petabyte lag – das entsprach etwa 1000 Milliarden Textseiten. Ansonsten hilft die Künstliche Intelligenz auch bei sehr komplexen Ermittlungen, wie sie

unter anderem im Zuge der Entlarvung von ausländischen Produktfälschern notwendig sind. Hier gilt es, äußerst akribisch vorzugehen, um verborgene Produktionsstätten und getarnte Lieferketten aufzuspüren und gefälschte Warencodes als solche zu identifizieren.

Deshalb erklären Sicherheitspolitiker wie der rheinland-pfälzische Innenminister Michael Ebling (SPD) immer wieder voller Überzeugung: „Künstliche Intelligenz wird für die polizeiliche Arbeit der Zukunft unverzichtbar sein.“ Dabei stellt sich aber die Frage nach dem Datenschutz und weiteren rechtlichen beziehungsweise ethischen Hürden, welche bekanntlich

gern umgangen werden, sobald die technischen Möglichkeiten dafür vorliegen.

Besonders heikel im Hinblick auf die Menschenrechtssituation sind KI-Verfahren, die der Kriminalitätsprognose und -prävention dienen, also keine bereits geschehenen Verbrechen aufklären, sondern zukünftige Straftaten vorhersagen und verhindern sollen. Beispielsweise führt das Chicago Police Department eine sogenannte Heatlist, auf der inzwischen mehrere tausend Personen stehen, welche mittels der KI-Algorithmen als potentielle Gefährder eingestuft wurden und seither regelmäßig die Aufforderung erhalten, Recht und Gesetz zu respektieren.

Wie man mittlerweile weiß, agiert die Künstliche Intelligenz aber nicht immer so nüchtern und pragmatisch wie erhofft.

Untersuchungen von Wissenschaftlern der Stanford University und des Georgia Institute of Technology ergaben, dass KI-Systeme überraschend oft zu einer unvorhersehbaren Eskalation neigen, auch wenn die zu analysierende Situation eigentlich vergleichsweise harmlos ist. Somit laufen die Sicherheitsbehörden Gefahr, von einer paranoiden KI getäuscht zu werden und auf deren Warnrufe hin auch gegen Personen vorzugehen, welche überhaupt keine Straftaten im Sinn haben. W.K.

MUSEUM DER MODERNE

Die Geschichte des Föns

Eine Ausstellung in Allenstein zeigte Vorläufer des heutigen Haartrockners

VON UWE HAHNKAMP

Ein überraschend umfangreiches Thema aus dem Alltag hatte sich das Museum der Moderne des Städtischen Kulturzentrums in Allenstein mit einem Vortrag zum aktuellen Exponat des Monats angenommen. Unter dem Titel „Der polnische Beitrag zur Geschichte des Pustens“ nahm Jacek Moczulski, der Leiter des Museums, die Geschichte des Haartrockners und des Föns unter die Lupe – verbunden mit einigen praktischen Vorführungen.

Als Exponat Nummer 1 erwies sich der bequeme, jedoch bescheiden aussehende Stuhl vor den Sitzreihen der Zuschauer zu Beginn des Vortrags von Moczulski. Mit einem Handgriff, einem einfachen Ruck am Kopfteil lässt sich bei diesem Friseurstuhl aus Königsberg nämlich das Sitzkissen umdrehen, wodurch die Reinigung einfacher und der Wechsel der Kunden schneller wird. Der innovative Geist der Friseure zeigte sich im 19. Jahrhundert auch beim Franzosen Alexander-Ferdinand Godefroy (1852–1933), der sich selbst als Friseur und Erfinder bezeichnete.

Nutzung elektrischer Energie

Nach seiner Auswanderung in die USA entwickelte er eine Konstruktion zum Haartrocknen, in dem die Luft mit einem Gasofen erhitzt und in eine Haube auf dem Kopf umgeleitet wird, und präsentierte sie erstmals 1888 in St. Louis im US-amerikanischen Bundesstaat Missouri. Die Regulierung der Temperatur war sehr eingeschränkt; dennoch schlug diese Art der schnelleren Verschönerung bei Kundinnen und Friseursalons wie eine Bombe ein. Aus der Kombination von Erhitzen und Luftzug entwickelten sich viele, oft nicht ungefährliche Einrichtungen. Eine Installation im früheren Trolleybusdepot und heutigen Ausstellungsraum des Museums der Moderne zeigte eine waghalsige Konstruktion aus einem Staubsauger, der Luft über einen Stoffschlauch in einen großen Karton leitet, und einem Toaster, der dort die Luft erhitzt, die über einen weiteren Schlauch an die Haare gelangt. Möglich wurde das erst mit elektrischem Strom.



Erinnert eher an ein Instrument aus dem Film „Metropolis“: Ausstellungsstück eines Helms zum Haartrocknen, das im Allensteiner Museum der Moderne ausgestellt wurde

Foto: U.H.

Hier kommt das heute unbekanntere Genie Michał Doliwo-Dobrowolski (1862–1919) ins Spiel. Der in Gattschina bei St. Petersburg als Sohn eines polnischen Adligen geborene Pionier der Wechselstromtechnik ging in Odessa zur Schule, studierte in Riga und nach der Emigration ab 1883 an der Technischen Universität in Darmstadt. 1888 konstruierte er einen Generator für dreiphasigen Wechselstrom und ein Jahr später einen Induktionsmotor mit Rotor. Sein großes Verdienst war es, dass er die Geschäftsleitung seines Arbeitgebers, der bekannten Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft (AEG), von der Idee des Wechselstroms überzeugte.

Im Jahr 1898 entwickelte er als Chefingenieur des AEG-Werks in Nürnberg den ersten Hand-Haartrockner. Er nannte ihn „Fön“ nach dem Föhn, also dem warmen Fallwind an den Alpen, ließ aber bewusst das h weg. Der Name wurde auf die ersten Geräte geprägt und so zum Eigennamen des Handrockners bis heute. Der neue Fön wurde nicht patentiert. Das machte zehn Jahre später ein Amerikaner mit einem Gerät, das im Grunde eine Kopie von

Dobrowolskis Fön war. Dobrowolski selbst wurde später Direktor der Berliner Fabrik der AEG, nahm die schweizerische Staatsbürgerschaft an und starb in Heidelberg.

Formenvielfalt dank Bakelit

Dobrowolskis Konstruktion überlebte ihn bis heute. Sie erwies sich als so gelungen, dass sich das Aussehen der meisten Föne auf der Welt bis Mitte des 20. Jahrhunderts nicht änderte. Die Geräte wurden größer oder kleiner, das Material ging von Stahl über leichtere Metalle zu den ersten Kunststoffen über, um den Umgang mit den anfangs recht schweren Geräten zu erleichtern. Neben diesen Fönen führte Moczulski an einem seiner Mitarbeiter vom Städtischen Kulturzentrum eine tragbare Version des Staubsauger-Toaster-Modells vor, in dem ein Handsauger der Firma Vorwerk den zentralen Platz einnimmt.

Die Leistungsstärke und Geräusche, die einzelne Föne produzieren, präsentierte Moczulski anhand in der Republik Polen hergestellter Haartrockner, die dank des Kunststoffes Bakelit auch andere Formen hatten. Unter den gezeigten Ex-

ponaten des Museums und den Leihgaben von Privatpersonen befand sich einer der ersten polnischen Föne, der 1953 bei der Fabrik für Fahrräder und Kinderwagen in Resche [Rzeszów] produziert wurde. Besonderes Augenmerk lag auf den verschiedenen Generationen des 1964 erstmals auf dem Markt erschienenen Fema SR, der in Bromberg und später in Rastenburg hergestellt und noch bis in die 90er Jahre des 20. Jahrhunderts verkauft wurde.

Die heutigen Föne orientieren sich im Prinzip wieder an der Konstruktion von Dobrowolski. Die „Ausstellung des Designs“, die mit dem Vortrag eröffnet wurde, zeigte auch einen Trockenhelm, der wunderbar in den Film „Metropolis“ gepasst hätte, und erzählt von ungewöhnlichen Anwendungen der Föne. Wie Moczulski erklärte, kann man damit Kinder in den Schlaf wiegen, weil das Geräusch sie an das Atmen ihrer Mutter erinnert, das sie im Bauch gehört haben. Wenn man mit einem großen Fön bewaffnet eine Messung der Geschwindigkeit nachspielt, bringt man die Autofahrer dazu, vor seinem Haus langsamer zu fahren.

● MELDUNGEN

Spione oder Journalisten?

Braunsberg – Die Bezirksstaatsanwaltschaft in Braunsberg befasst sich seit Mitte März mit einem Fall von Aktivitäten für einen fremden Nachrichtendienst. Es geht um zwei bereits aus Polen ausgewiesene ukrainische Journalisten, die wegen des Photographierens von Objekten der Eisenbahn in der Nähe der polnisch-russischen Grenze festgenommen wurden. Die Staatsanwaltschaft bestätigt, dass dieser Fall nach Artikel 130, Paragraph 3 des polnischen Strafgesetzbuchs untersucht wird, der für Spionage zum Schaden Polens Haftstrafen bis zu acht Jahren vorsieht. Anfang März waren verdächtige Personen bei Eisenbahngleisen und dem Wasserkraftwerk an der Passarge nahe der Grenze gemeldet worden. Der polnische Inlandsgeheimdienst schob die beiden ab. Laut eigenen Angaben wollten sie eine Publikation darüber machen, dass während der Blockade der ukrainischen Grenze durch die Landwirte in enormen Mengen Getreide und Flüssiggas aus Russland in die Republik Polen importiert wird. U.H.

Glückliches Ende für Luchs

Willenberg – Ein Luchs, der im September letzten Jahres in schlechtem Zustand im Wald bei Willenberg gefunden worden war, wurde im März wieder in die Freiheit entlassen. Allerdings nicht bei Willenberg, sondern bei Mühlen im Kreis Osterode. „Dort wurde ein Luchs-Weibchen beobachtet und wir hoffen, dass unser Luchs die Paarungszeit nutzt“, sagte der Pressesprecher der Allensteiner Direktion der Staatlichen Wälder Adam Pietrzak. Der Luchs verbrachte den Winter im Zentrum für die Rehabilitation von Wildtieren in Gut Nappern in der Oberförsterei Hohenstein. Er legte ordentlich an Körpergewicht zu und ist wieder in hervorragender Verfassung. U.H.

ALLENSTEIN

Die Uni weitet ihr Angebot aus

Fünf neue Studiengänge – Anpassung an die Anforderungen des Arbeitsmarkts im Fokus

Das Bildungsangebot der Universität Ermeland-Masuren für das Jahr 2024/2025 wird mehrere neue Studiengänge umfassen. Dabei handelt es sich um Biofischereiwirtschaft an der Fakultät für Tierbiotechnik, Logistik an der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften, Resozialisierung mit Strafvollzugswissenschaft und Soziologie im Masterstudiengang an der Fakultät für Sozialwissenschaften. Die künstlerische Ausbildung im Bereich der bildenden Künste wird durch einen Studiengang mit der Bezeichnung Visuelle Künste ergänzt.

Die von der Universität angebotenen Studiengänge sind eine Antwort auf die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes. Beata Adrijan, stellvertretende Dekanin für Bildung an der Fakultät für Sozialwissenschaften, sagte in einem Interview, dass die Schaffung des Studiengangs Resoziali-

sierung mit Strafvollzugswissenschaft sowohl aus Sicht der Arbeitgeber als auch der Mitarbeiter in Justizvollzugsanstalten sinnvoll sei. „Da für die Arbeit im Gefängnisbereich keine Lehrbefähigung erforderlich ist, hielten wir es für sinnvoll, einen zweijährigen Masterstudiengang zu konzipieren.“

Fischerei ist wieder gefragt

Das sind zum Beispiel Menschen, die vorzeitig in den Ruhestand gehen und als Erzieher in verschiedenen Zentren arbeiten möchten. Das Angebot richtet sich auch an diejenigen, die bereits in diesem Bereich tätig sind und ihre Qualifikation verbessern wollen. Darüber hinaus gibt es ein weiteres Argument: Für diejenigen, die im Strafvollzug arbeiten und den Offiziersrang oder einen höheren Rang anstreben,

ist eine höhere Ausbildung ein wesentlicher Bestandteil des Aufstiegs.“

Eine weitere Innovation an der Universität ist ein neuer Studiengang an der Fakultät für Künste mit dem Namen Visuelle Künste. Die visuelle oder – im weiteren Sinne – kreative Industrie erlebt derzeit einen Aufschwung. Es wird erwartet, dass in naher Zukunft neue Berufe in diesem Bereich entstehen. Folglich sind die Beschäftigungsmöglichkeiten reichlich vorhanden. Von den Absolventen des neu eröffneten Studiengangs wird erwartet, dass sie Dienstleistungen im Bereich der Gestaltung und der visuellen Kommunikation erbringen, in verschiedenen Abteilungen größerer Unternehmen arbeiten, wo sie für die Entwicklung kreativer Bereiche zuständig sind, oder auch als bildende Künstler tätig sind, die Auftragsarbeiten ausführen.

Auch in Museen, Galerien und Kulturzentren finden sie eine Beschäftigung.

Seit Langem assoziierte man die Universität in Kortau mit der Fakultät für Fischerei. Allerdings verlor die jüngere Generation im Zuge der politischen Wende Anfang der 1990er Jahre das Interesse an diesem wichtigen Wirtschaftszweig. Von einem Prestigefach wurde die Fischerei zu einem Nischenbereich. Die Situation hat sich jedoch wieder geändert, und jetzt braucht die polnische Wirtschaft wieder gut ausgebildete Fischer. Der Begriff „Fischer“ ist jedoch für dieses Fachgebiet unangemessen. Ein Fischer ist jemand, der Fische fängt, und ein Absolvent der Biofischereiwirtschaft wird mehr können. In der Profilbeschreibung der Absolventen dieses neuen Studiengangs ist zu lesen, dass diese lernen,

wie man einen Fischereibetrieb führt, wie man Wasser-, Fischerei- und Umweltrecht, Agrar- und Strukturpolitik anwendet. Sie werden darauf vorbereitet, technologische Prozesse zu planen, zu entwerfen und zu kontrollieren, Maschinen und Geräte, die im Fischereimanagement eingesetzt werden, zu überwachen und zu bedienen sowie nationale und EU-Mittel für die Entwicklung von Fischereibetrieben zu beantragen.

Die Allensteiner Universität, die in diesem Jahr ihr 25-jähriges Bestehen feiert, hat bereits in den vergangenen Jahren ihr Bildungsangebot vergrößert. Im vergangenen Jahr wurde es um Fächer wie Physiotherapie, öffentliche Analytik und Management, Politikwissenschaft und internationale Beziehungen oder auch Kriminologie erweitert. Dawid Kazanski

Wir gratulieren...



ZUM 101. GEBURTSTAG

Quassowsky, Ilse, geb. Conrad, aus Kischken, Kreis Ebenrode, am 7. Mai

ZUM 100. GEBURTSTAG

D'Erceville, Irmgard, geb. Wiechert, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 5. Mai
Kerbst, Heinz, aus Dannenberg, Kreis Elchniederung, am 5. Mai

ZUM 99. GEBURTSTAG

Müller, Elfriede, geb. Born, aus Prostken, Kreis Lyck, am 6. Mai
Orlowski, Kurt-Friedrich, aus Langsee, Kreis Lyck, am 5. Mai
Ruttens, Ilse, geb. Winkler, aus Rosenheide, Kreis Lyck, am 6. Mai

ZUM 98. GEBURTSTAG

Fabritz, Bruno, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 6. Mai
Grallert, Hildegard, aus Waldwerder, Kreis Lyck, am 9. Mai
Ollech, Werner, aus Ortelsburg, am 3. Mai

ZUM 97. GEBURTSTAG

Blumenscheit, Hans, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 7. Mai
Schmitz, Erna, geb. Duchnitzki, aus Weidenkreuz, Kreis Ebenrode, am 7. Mai

ZUM 96. GEBURTSTAG

Kock, Gerda, geb. Weber, aus Dürrfelde, Kreis Ebenrode, am 6. Mai
Lachmann, Helga, geb. Torner, aus Mohrunen, am 7. Mai
Lau, Waltraud, geb. Pilchowski, aus Lyck, Bismarckstraße 65, am 7. Mai
Sophia, Charlotte, geb. Berg, aus Norgau, Kreis Fischhausen, am 9. Mai
Stern, Margarete, geb. Palkos, aus Jägerhöh, Kreis Elchniederung, am 5. Mai

ZUM 95. GEBURTSTAG

Blessing, Helga, geb. Kendziorra, aus Peyse, Kreis Fischhausen, am 7. Mai
Brangewitz, Günter, aus Ortelsburg, am 4. Mai

Ehrhardt, Gerda, geb. Karohs, aus Damerau, Kreis Ebenrode, am 4. Mai

Fankhauser, Hildegard, geb. Salewski, aus Neidenburg, am 8. Mai
Gustafson, Edith, geb. Besmehn, aus Tawe, Kreis Elchniederung, am 5. Mai

Känel, Elfriede von, geb. Neumann, aus Fronicken, Kreis Treuburg, am 3. Mai

Kinzel, Gerda, geb. Noetzel, aus Sköpen, Kreis Elchniederung, am 5. Mai

Leonhardt, Herta, geb. Wenz, aus Burgkampen, Kreis Ebenrode, am 8. Mai

Rabe, Gerda, geb. Riedel, aus Liebstadt, Kreis Mohrunen, am 5. Mai

Schmidt, Margarete, geb. Mex, aus Treuburg, am 7. Mai

Seeliger, Erna, geb. Müller, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 3. Mai

ZUM 94. GEBURTSTAG

Chmielewski, Willi, aus Warchallen, Kreis Neidenburg, am 8. Mai
Lajoch, Ertrud, geb. Sawitzki, aus Puppen, Kreis Ortelsburg, am 4. Mai
Rattay, Heinz, aus Moneten, Kreis Treuburg, am 6. Mai
Valentin, Prof. Hans-Joachim, aus Pobethen, Kreis Fischhausen, am 3. Mai

ZUM 93. GEBURTSTAG

Albrecht, Willi, aus Reichertswalde, Kreis Mohrunen, am 9. Mai
Balz, Lieselotte, geb. Kolossa, aus Gorlau, Kreis Lyck, am 8. Mai
Block, Traute, geb. Usko, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 8. Mai
Bosse, Anneliese, geb. Kalmus, aus Hagenau, Kreis Mohrunen, am 4. Mai
Domahs, Walter, aus Krupinnen, Kreis Treuburg, am 4. Mai
Gronau, Joachim, aus Rauschen, Kreis Fischhausen, am 6. Mai
Kullak, Edith, geb. Reck, aus Lötzen, am 7. Mai

Rothgänger, Günter, aus Lengau, Kreis Treuburg, am 4. Mai
Saschek, Ruth, geb. Lenz, aus Eichhorn, Kreis Treuburg, am 6. Mai

ZUM 92. GEBURTSTAG

Bienk, Bruno, aus Ortelsburg, am 9. Mai

Eisenblätter, Dieter, aus Grenzberg, Kreis Elchniederung, am 6. Mai

Nitschkowski, Annemarie, geb. Czemper, Kreisgemeinschaft Lötzen, am 1. Mai

Reimer, Irene, geb. Saloga, aus Lyck, Mackensen-Straße 10, am 3. Mai

Ritsche, Waltraud, geb. Starrat, aus Lauken, Kreis Ebenrode, am 4. Mai

Stubbig, Herta, geb. Mikat, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 6. Mai

Wekeiser, Erwin, aus Rodebach, Kreis Ebenrode, am 4. Mai

ZUM 91. GEBURTSTAG

Bastisch, Gertrud, geb. Derlath, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 3. Mai

Jelinski, Werner, aus Kleschen, Kreis Treuburg, am 8. Mai

Kuschel, Waltraud, geb. Pod-scharly, aus Preußenwalde, Kreis Ortelsburg, am 7. Mai

Lankau, Georg, aus Wiese, Kreis Mohrunen, am 5. Mai

Lellek, Irmgard, geb. Neumann, aus Fronicken, Kreis Treuburg, am 6. Mai

Milewski, Manfred, aus Müllersbrück, Kreis Treuburg, am 4. Mai

Müller, Anneliese, geb. Gregel, aus Borken, Kreis Lyck, am 4. Mai

Müller, Erna, geb. Purwien, aus Dünen, Kreis Elchniederung, am 3. Mai

Podbielski, Reinhold, aus Waldwerder, Kreis Lyck, am 7. Mai

Puttnins, Gertrud, geb. Waschnowski, aus Illowo, Kreis Neidenburg, am 7. Mai

Quast, Martha, geb. Sokolowski, aus Sarken, Kreis Lyck, am 9. Mai
Rosteius, Ursel, geb. Wiersbitzki, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 7. Mai
Schindowski, Helmut, aus Samrodt, Kreis Mohrunen, am 6. Mai

ANZEIGE

Ostpreußisch behütet

Navyblaue Baseballmütze mit aufgesticktem Elchschaufelwappen
Stoffverschluss mit Metallschnalle
Preis: 12,- Euro, zuzüglich 7,- Euro Porto und Verpackung.

Bestellung:
Landsmannschaft Ostpreußen e.V.
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg
Telefon (040) 4140080
E-Mail: selke@ostpreussen.de

Je 12,- Euro zzgl. 7,- Euro Porto und Verpackung

ZUM 90. GEBURTSTAG

Behre, Irmgard, geb. Kulschewski, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 7. Mai

Birner, Irmgard, geb. Horn, aus Kalgendorf, Kreis Lyck, am 6. Mai

Brandenburg, Ingeborg, geb. Murawski, aus Bartendorf, Kreis Lyck, am 5. Mai

Dembkowski, Hans, aus Passenheim, Kreis Ortelsburg, am 7. Mai

Gessner, Ursula, geb. Bagowsky, Kreisgemeinschaft Lötzen, am 2. Mai

Natrup, Ursel, geb. Burdinski, aus Fröhlichshof, Kreis Ortelsburg, am 8. Mai

Pflaumbaum, Marie-Anne, geb. Hinz, aus St. Lorenz, Kreis Fischhausen, am 9. Mai

Polomski, Gertrud, geb. Radek, aus Flammberg, Kreis Ortelsburg, am 7. Mai

Powierski, Horst, aus Willenberg-Abbau, Kreis Ortelsburg, am 5. Mai

Rosowski, Gerda, geb. Zoltberger, aus Rohmannen, Kreis Ortelsburg, am 9. Mai

Seier, Ruth, geb. Madeia, aus Freidorf, Kreis Neidenburg, am 3. Mai

Sperling, Frieda, aus Rundfließ, Kreis Lyck, am 5. Mai

Stanko, Gerhard, aus Blumental, Kreis Lyck, am 8. Mai

Szillat, Hans-Günther, aus Königsberg, am 8. Mai

Vielhaber, Marie-Luise, geb. Andersen, Kreisgemeinschaft Lötzen, am 3. Mai

Zacharias, Reinhold, geb. Nieduschkowski, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 7. Mai

Zolleck, Wolfgang, aus Ortelsburg, am 3. Mai

Zolleck, Wolfgang, aus Ortelsburg, am 3. Mai

Zolleck, Wolfgang, aus Ortelsburg, am 3. Mai

Zolleck, Wolfgang, aus Ortelsburg, am 3. Mai

Zolleck, Wolfgang, aus Ortelsburg, am 3. Mai

Zolleck, Wolfgang, aus Ortelsburg, am 3. Mai

Zolleck, Wolfgang, aus Ortelsburg, am 3. Mai

Bridszuhn, Walter, aus Groß Rominten, Kreis Lötzen, am 6. Mai

Dragunski, Klaus, aus Lötzen, am 5. Mai

Hibsch, Helga, geb. Katzmarski, aus Wallen, Kreis Ortelsburg, am 7. Mai

Hübner, Anneliese, geb. Lopian, aus Schwiddern, Kreis Treuburg, am 4. Mai

Klaaßen, Brigitte, geb. Milewski, aus Lyck, am 4. Mai

Leyen, Christian von der, aus Klein Steegen, Kreis Preußisch Eylau, am 8. Mai

Markau, Toni, geb. Galleinus, aus Heideckshof, Kreis Elchniederung, am 3. Mai

Nielbock, Hartmut, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 3. Mai

Vahldiek, Edith, geb. Pidun, aus Klein Schiemenen, Kreis Ortelsburg, am 4. Mai

Waschkowski, Dr. Wolfgang, aus Borken, Kreis Lyck, am 3. Mai

Zantner, Ingrid, geb. Gaidis, aus Krupinnen, Kreis Treuburg, am 5. Mai

Zantner, Ingrid, geb. Gaidis, aus Krupinnen, Kreis Treuburg, am 5. Mai

Zantner, Ingrid, geb. Gaidis, aus Krupinnen, Kreis Treuburg, am 5. Mai

Zantner, Ingrid, geb. Gaidis, aus Krupinnen, Kreis Treuburg, am 5. Mai

Zantner, Ingrid, geb. Gaidis, aus Krupinnen, Kreis Treuburg, am 5. Mai

Zantner, Ingrid, geb. Gaidis, aus Krupinnen, Kreis Treuburg, am 5. Mai

Zantner, Ingrid, geb. Gaidis, aus Krupinnen, Kreis Treuburg, am 5. Mai

Zantner, Ingrid, geb. Gaidis, aus Krupinnen, Kreis Treuburg, am 5. Mai

Zantner, Ingrid, geb. Gaidis, aus Krupinnen, Kreis Treuburg, am 5. Mai

Zantner, Ingrid, geb. Gaidis, aus Krupinnen, Kreis Treuburg, am 5. Mai

Zantner, Ingrid, geb. Gaidis, aus Krupinnen, Kreis Treuburg, am 5. Mai

Zantner, Ingrid, geb. Gaidis, aus Krupinnen, Kreis Treuburg, am 5. Mai

Zantner, Ingrid, geb. Gaidis, aus Krupinnen, Kreis Treuburg, am 5. Mai

Zantner, Ingrid, geb. Gaidis, aus Krupinnen, Kreis Treuburg, am 5. Mai

Zolleck, Wolfgang, aus Ortelsburg, am 3. Mai

Zolleck, Wolfgang, aus Ortelsburg, am 3. Mai

Zolleck, Wolfgang, aus Ortelsburg, am 3. Mai

Zolleck, Wolfgang, aus Ortelsburg, am 3. Mai

Zolleck, Wolfgang, aus Ortelsburg, am 3. Mai

Zolleck, Wolfgang, aus Ortelsburg, am 3. Mai

Zolleck, Wolfgang, aus Ortelsburg, am 3. Mai

Zolleck, Wolfgang, aus Ortelsburg, am 3. Mai

Zolleck, Wolfgang, aus Ortelsburg, am 3. Mai

Zolleck, Wolfgang, aus Ortelsburg, am 3. Mai

Zolleck, Wolfgang, aus Ortelsburg, am 3. Mai

Zolleck, Wolfgang, aus Ortelsburg, am 3. Mai

Zolleck, Wolfgang, aus Ortelsburg, am 3. Mai

Zolleck, Wolfgang, aus Ortelsburg, am 3. Mai

Zolleck, Wolfgang, aus Ortelsburg, am 3. Mai

Zolleck, Wolfgang, aus Ortelsburg, am 3. Mai

Zolleck, Wolfgang, aus Ortelsburg, am 3. Mai

Zolleck, Wolfgang, aus Ortelsburg, am 3. Mai

Zolleck, Wolfgang, aus Ortelsburg, am 3. Mai

Zolleck, Wolfgang, aus Ortelsburg, am 3. Mai

Zolleck, Wolfgang, aus Ortelsburg, am 3. Mai

Zolleck, Wolfgang, aus Ortelsburg, am 3. Mai

Zolleck, Wolfgang, aus Ortelsburg, am 3. Mai

Zolleck, Wolfgang, aus Ortelsburg, am 3. Mai

Zusendungen für die Ausgabe 20/2024

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 20/2024 (Erstverkaufstag 17. Mai) **bis spätestens Dienstag, den 7. Mai**, an die Redaktion der PAZ:
E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

Glückwünsche an:

Angela Selke
Telefon (040) 4140080
E-Mail: selke@paz.de

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – heruntergeladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
Herrn Bundesgeschäftsführer Dr. Sebastian Husen
Buchtstraße 4
22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen. Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, E-Mail: info@ostpreussen.de

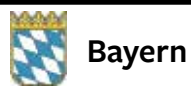
Landsmannschaft Ostpreußen – Termine 2024

1. Juni: **Ostpreußentreffen** in Wolfsburg
22. Juni: **Ostpreußisches Sommerfest** in Heilsberg
20. bis 22. September: **Geschichtsseminar** in Helmstedt
7. bis 13. Oktober: **Werkwoche** in Helmstedt
1. November: **Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden** in Wuppertal (gT)
2. November: **Mitgliederver-**

sammlung der LO-Bruderhilfe e.V. in Wuppertal (gT)
2. und 3. November: **Ostpreußische Landesvertretung** in Wuppertal (gT)

Auskünfte: Landsmannschaft Ostpreußen – Bundesgeschäftsstelle, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

Aus den Landesgruppen und Heimatkreisen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Bayern

Vorsitzender: Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089) 23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

PREUSSEN-KURIER

Landesgruppe – Auf der Internetseite der Landesgruppe Bayern www.low-bayern.de ist die neueste Ausgabe des „Preußen-Kuriers“ erhältlich.

Kernstück des Heftes ist ein ausführlicher Beitrag zur Geschichte der evangelischen Kirchenmusik in Königsberg, den Professor Hans Huchzermeyer verfasst hat. Jörn Pekrul hat, neben einem Beitrag über Immanuel Kant anlässlich seines 300. Geburtstages, einen Bericht über die Berliner Ausstellung „Stillgeschwiegen!“ geschrieben, die sich mit dem Leben der ostdeutschen Heimatvertriebenen in der SBZ/DDR befasst und die nunmehr in verschiedenen Städten der Bundesrepublik gezeigt wird.

Einige Nachrichten „quer durch Ostpreußen“ hat dankenswerterweise Professor Thomas W. Wyrwoll geliefert, und die Hamburger Kolumnistin Gabriele Schwarze fragt wieder kritisch: „Kann es sein, daß...?“, während der Leipziger Leser Wolfgang Thamm die Geschichte der Flucht seines Vaters aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft sehr gekonnt darstellt.

Auch ein Gruß von Biographin Franziska Lüttich aus Oberbayern fehlt nicht, und selbstverständlich nicht der Bericht über die 1. Landeskulturtagung in Ellingen und den Landesdelegiertentag in Weißenburg. Schließlich wird noch ein neu erschienenes Buch rezensiert, das sich mit der Geschichte der Kleinbahn Putzig – Krockow in der nördlichen Kaschubei auseinandersetzt.

Christoph M. Stabe, Landesvorsitzender Rainer Claaßen, stellvertretender Landesvorsitzender



Geehrt: Der Hoferin Jutta Starosta wurde das Schlesierkreuz vom Vorsitzenden der Landsmannschaft Schlesien Gotthard Schneider verliehen

Muttertag

Hof – Sonnabend, 11. Mai, 15 Uhr, Jahnheim, Jahnstraße 5: Treffen der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen, Kreisgruppe Hof zum Muttertag.

Gustav Kirchhoff

Hof – Kulturwart Bernd Hüttner war gerade aus Kanada zurückgekehrt, wo er am 8. April die Sonnenfinsternis beobachtet hatte. Dazu passend hatte er als Prominenten den Physiker Gustav Kirchhoff ausgewählt, der zusammen mit dem Chemiker Robert Bunsen die Spektralanalyse entwickelt hatte. Durch diese Untersuchungsmethode kann man die Stoffe ermitteln, aus denen die Sonne besteht. Deshalb bot es sich an, sich genauer mit dem Leben des Königsbergers zu beschäftigen. Gustav Kirchhoff wurde am 12. März 1824 in Königsberg geboren. Am Kneiphöfischen Gymnasium legte er 1842 das Abitur ab. Anschließend begann er Mathematik zu studieren. Der Physiker Franz Neumann beeindruckte ihn mit seiner Vorlesung über Theoretische Physik so, dass er sich ganz der Physik zu-

wandte. 1854 folgte er dem Ruf der Universität Heidelberg, wo er 21 Jahre lang lebte und einen Großteil seiner Publikationen verfasste. 1857 heiratete er Clara Richelot, die Tochter des Königsberger Mathematikers. Das Paar bekam fünf Kinder. Seine Frau starb 1869. Im Dezember 1872 heiratete Kirchhoff Luise Brömmel. 1875 kehrte er aus Heidelberg nach Berlin zurück. Dort wurde er Professor der mathematischen Physik. Von 1883 bis 1884 stand er der Universität als Rektor vor und lehrte bis 1886. Sein Nachfolger war Max Planck. Gustav Kirchhoff starb am 17. Oktober 1887 in Berlin.

Schlesierkreuzes verliehen

Hof – Der 21. April war für Jutta Starosta, die zweite Vorsitzende der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen, Kreisgruppe Hof, ein ganz besonderer Tag. Sie erhielt die zweithöchste Auszeichnung der Landsmannschaft Schlesien, das Schlesierkreuz.

Anlässlich der Delegiertenversammlung der Schlesischen Landsmannschaft Bayern in Herzogenaurach überreichte deren Vorsit-

zender, Dr. Gotthard Schneider, Starosta das Schlesierkreuz. In der Laudatio würdigte er den langjährigen Einsatz der Geehrten auf organisatorischer, aber auch auf sozialer Ebene. Seit 1987 leitet Starosta die 1977 gegründete Schlesische Volkstanzgruppe Hof-Rehau. 1990 sorgte sie dafür, dass die Gruppe Mitglied in der Schlesischen Jugend Bayern und in den Jugendringen der Stadt und des Landkreises Hof wurde. In unzähligen Übungsstunden wurde ein umfangreiches Repertoire eingeübt. Tänze aus den deutschen Vertreibungsgebieten, deutsche und internationale Volkstänze sowie nach Bedarf Sketche, Gedichte und Theaterstücke werden bei unterschiedlichen Veranstaltungen präsentiert. Im Laufe der Jahre brachte die Gruppe an vielen Orten Deutschlands, aber auch im Ausland den Menschen die schlesische Kultur näher.

Die Landsmannschaft Schlesien, Nieder- und Oberschlesien dankt Starosta für die erfolgreiche und aktive Arbeit und den langjährigen Einsatz.

J. S.



Hamburg

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, **Geschäftsstelle:** Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Mobiltelefon (0178) 3272152

SG Königsberg

Hamburg – Sonntag, 5. Mai, 15 Uhr, Einlass ab 14.30 Uhr, Haus der Heimat, Teilfeld 8: Philosophisches Café. Jeden ersten Sonntag im Monat gibt es nahe der Haltestellen Rödingsmarkt, Stadthausbrücke, und Michaeliskirche einen Einblick in Immanuel Kants Leben, Werk, Heimatstadt sowie weitere Themen von Bedeutung unterhaltsam und locker bei Kaffee und Kuchen unter Leitung von Gaby Schwarze. Gäste sind willkommen!

Hamburg – Mittwoch, 8. Mai, 12 bis 15 Uhr, Haus der Heimat, Teilfeld 8: Tag der offenen Tür des Landesverbandes der vertriebenen Deutschen in Hamburg im Rahmen der Europawochen.



Hessen

Stellv. Vorsitzender: Gerd-Helmut Schäfer, Rosenweg 28, 61381 Friedrichsdorf, Telefon (0170) 3086700

70 Jahre Insterburgergruppe

Darmstadt/Dieburg – Sonnabend, 11. Mai, 11.30 Uhr, Bürgermeister-Pohl-Haus, Im Appensee 26, Darmstadt-Wixhausen: Die Insterburger Heimatgruppe Darmstadt feiert ihr 70-jähriges Bestehen. Wir laden alle Mitglieder der Insterburger Heimatgruppe Darmstadt sowie der LOW Kreisgruppe Darmstadt/Dieburg ein, mit uns zu feiern. Freunde und Bekannte sind ebenfalls herzlich eingeladen. Es würde uns freuen, wenn wir zahlreich Gäste begrüßen könnten.

Christian Keller

Mathilde Stein

Wetzlar – Dienstag, 14. Mai, Gaststätte Zum Matchball, Tennisplatz, Bodenfeld: Gerd-Helmut Schäfer informiert über die „Schwarzmeerdeutsche Mathilde Stein“, die von Odessa über das Wartheland und Sibirien nach Hamburg kam.

Gemeinsames Mittagessen

Wiesbaden – Donnerstag, 16. Mai, 12 Uhr, Gaststätte „Haus Waldlust“, Wiesbaden-Rambach, Ostpreußenstraße 46: Wir essen à la carte. Wegen der Platzdisposition bitte anmelden bis spätestens 10. Mai bei Helga Kukwa, Telefon (0611) 373521, oder bei Ilse Klausen, Telefon (06122) 14808. ESWE-Busverbindung: Linie 16, Haltestelle Ostpreußenstraße.



Nordrhein-Westfalen

Erster Vorsitzender: Klaus-Arno Lemke, **Stellv. Vorsitzender:** Joachim Mross, **Schriftführerin:** Dr. Bärbel Beutner, **Geschäftsstelle:** Buchenring 21, 59929 Brilon, **Telefon** (02964) 1037, **Fax** (02964) 945459, **E-Mail:** Geschaef@Ostpreussen-NRW.de, **Internet:** Ostpreussen-NRW.de

Das Denken Kants

Bonn – Dienstag, 14. Mai, 18 Uhr, „Haus am Rhein“, Bonn-Beuel, Elsa-Brändström-Straße 74: Monatsveranstaltung. Was konnte Kant, was ich nicht kann? Exkurs durch das Kantsche Denken anhand von Lesebeispielen aus der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* (4/2024) und leicht zu verstehender Sekundärliteratur mit Wilhelm Kreuer.

PAZ wirkt!

Spargelesen

Düren – Mittwoch, 8. Mai, 17 Uhr, Haus des Deutschen Osten, Holzstraße 7a: gemütliches Beisammensein beim Spargelesen.

Gerda Wornowski



Sachsen

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616

Muttertag

Dresden – Dienstag, 14. Mai, 14 Uhr, Großenhainer Straße 96, 01127 Dresden: Der Ostpreußische Muttertag.

Fortsetzung auf Seite 16

ANZEIGE

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 192 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: _____

Vorname: _____

Straße/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____

Bank: _____

Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:

Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 - 22087 Hamburg

AZ-02-R



Abonnieren Sie die PAZ

und sichern Sie sich Ihre Prämie

40 Euro
Prämie



Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Heimatkreisgemeinschaften



Lötzen

Kreisvertreter: Dieter Arno Milewski, Am Forstgarten 16, 49214 Bad Rothenfelde, Telefon (05424) 4553; E-Mail: kgl.milewski@osn-net.de **Stellvertreterin:** Petra-Kathrin Karpowski, 22880 Wedel **Geschäftsstelle und Heimatmuseum:** Gudrun Marlies Christians, Sudetenlandstraße 18 H, 24537 Neumünster, Telefon: +49 152 2903 2268, E-Mail: KGL-info@web.de **Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:** Montag von 9 bis 12 Uhr sowie Donnerstag und Freitag von 14 bis 17 Uhr. Während der Öffnungszeiten der Geschäftsstelle sind die Museumsräume geöffnet.

Mitgliederversammlung

Wolfsburg – Sonnabend, 1. Juni, 12 Uhr, CogressPark Wolfsburg, Heinrich-Heine-Straße: Mitgliederversammlung.

Anlässlich des Ostpreußentreffens am 1. Juni in Wolfsburg werden wir in der Mittagspause eine Mitgliederversammlung durchführen. Hauptthema wird die Kooption eines neuen Mitglieds in den Vorstand der Kreisgemeinschaft Lötzen e.V.

Durch Rücktritte und Trauerfall ist die durch die Satzung bestimmte Anzahl des Vorstands nicht mehr gegeben. Wir möchten ein neues Mitglied vorstellen und durch Abstimmung der Mitglieder in den erweiterten Vorstand bestellen. Wir freuen uns auf ein Wiedersehen mit Ihnen.

Lesung

Neumünster – Donnerstag, 16. Mai, 18 Uhr: Die Kreisgemeinschaft Lötzen e. V. lädt zu einer besonderen Veranstaltung ein. Im Rahmen der Feierlichkeiten zur 70-jährigen Patenschaft der Stadt Neumünster, wird die Bestsellerautorin Monika Hürlmann ihr neuestes Werk „Mutter Lüge“ präsentieren. Die Lesung findet in den Museumsräumlichkeiten statt.



Memel-Stadt/Land

Kreisvertreter: Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddeshheim, Telefon (06203) 43229, Mobil: (0174)9508566, E-Mail: uwe.jurgsties@gmx.de.

Gst. für alle Memellandkreise: Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddeshheim

Der DKVM feiert Ostern

Memel – Schon traditionell veranstaltete der Deutsche Kulturverein Memel auch in diesem Jahr wieder seine Osterfahrt. Insgesamt 45 gutgelaunte große und kleine Vereinsmitglieder und Gäste, zu denen auch die Vorsitzende des Vereins „Heide“ aus Heydekrug Gerlinda Stunguriene und ihr Mann gehörten, starteten wir mit dem Bus unseres Vereinsmitgliedes Manfred Wagener in Richtung Nidden.

Beim ersten Stopp an der Hafenseite in Perwelk stießen noch unsere Vereinsmitglieder aus Nidden zu uns, sodass wir schließlich

48 Osterfreunde waren. Nachdem das Osterhäuschen Laura mit den zwölf kleinen Gästen die Osternerter gesucht hatte, gab es ein zünftiges Mittagessen und danach Spiele, an denen sich sowohl Groß als auch Klein beteiligten. Weiter ging es nach Nidden, wo jeder etwas private Zeit hatte, um durch das Dörfchen zu schlendern. Den Abschied bildete wieder die große Kaffeetafel auf der Perwelker Ostseeseite mit leckerem, selbstgebackenem Kuchen unserer fleißigen Klubfrauen.

Da auch der Wettergott mit 21 Grad Celsius und Sonnenschein auf unserer Seite war, konnten wir einen gelungenen Ostermontag gemeinsam als Verein feiern. Allen Helfern ein herzliches Dankeschön für Auf- und Abbau, allen Spendern Danke für die finanzielle Unterstützung und Dank an Manfred für das Sponsoring der Busfahrt.

Heiko Roland Kreßin



Rastenburg

Kreisvertreter: Hubertus Hilgendorff, Tel. (04381) 4366, Dorfstr. 22, 24327 Flehm.

Geschäftsstelle: Patenschaft Rastenburg: Kaiserring 4, 46483 Wesel, Tel. (0281) 26950

Hauptkreistreffen

Wesel – Wochenende, 10. und 11. August, Bürger-Schützen-Haus: 68. Rastenburger Hauptkreistreffen.



Böhmische Welten

Potsdam Das kleine Gespenst lädt ein: Otfried Preußlers böhmische Welten, Sonnabend, 4. Mai, 13 bis 19 Uhr, Wissenschaftspark „Albert Einstein“, Telegrafenberg, 14473 Potsdam, Eintritt frei.

Das kleine Gespenst, die kleine Hexe, der Räuber Hotzenplotz: Die bunte Schar aus der Feder von Otfried Preußler bevölkert bis heute die Kinderzimmer. Weniger bekannt ist, wie viel von der Heimat des 1923 in Reichenberg geborenen Autors in diesen Werken steckt. Die böhmische Sagenwelt ist hier ebenso präsent wie der Alltag auf den Dörfern und in den Städten, auch Spuren der wechselvollen Geschichte lassen sich entdecken. So hat das kleine Gespenst schon im Dreißigjährigen Krieg mitgemischt und besucht regelmäßig die Ritter im Ahnensaal seines Schlosses, Preußler hat sich zu diesem Buch von den Erzählungen seiner tschechischsprachigen Großmutter Dora über die Weiße Frau inspirieren lassen; „Hotzenplotz“ ist der deutsche Name einer Stadt in Mähren-Schlesien.

ANZEIGE

Der Tod kann uns nicht trennen,
die Liebe bleibt.

Gisela Birkhoff



geb. Schroeder
* 23. 7. 1937 † 19. 4. 2024

In Liebe und Dankbarkeit

Die Trauerfeier und die Beerdigung haben im engsten Familienkreis stattgefunden.

Familie Birkhoff
Bestattungen Sieben
Am Elsbach 20
41515 Grevenbroich



Aufklärung aus Königsberg

Den 300. Geburtstag des großen Aufklärers Immanuel Kant nehmen wir zum Anlass, auf die Bedeutung des Königsberger Philosophen für die Entwicklung Preußens und Europas aufmerksam zu machen. Termine zur Reihe „**Aufklärung aus Königsberg – Drei Vorträge zum Immanuel-Kant-Jubiläum 2024**“: Dienstag, 14. Mai: Immanuel Kant und die Königsberger

Kontroversen zur Aufklärung, Prof. Dr. Steffen Dietzsch. Dienstag, 28. Mai: Immanuel Kant und die Jüdische Aufklärung in Preußen, Dr. Werner Treß. Weitere Informationen unter Deutsches Kulturforum östliches Europa, Berliner Straße 135, 14467 Potsdam, Telefon (0331) 20098-0, deutsches@kulturforum.info, www.kulturforum.info

ANZEIGE



OL.

Ostpreußisches Landesmuseum

Veranstaltungen

Dienstag, 7. Mai, 14.30 Uhr, Eintritt: 7,- Euro inklusive Eintritt, Kaffee, Tee und Gebäck: **Von Trachten, Hochzeitsteppichen und Werkwochen – Ostpreußens textile Geschichte. Vortrag von Hannah Janowitz M.A. in der Reihe „Museum Erleben“.** Das bis heute bekannte und immer wieder nachgeschneiderte sogenannte Ostpreußenkleid oder die vielfältig bebilderten Wandteppiche zeugen von der reichen textilen Kultur Ostpreußens. Nach einer kurzen Führung zu besonderen Ausstellungstücken stellt Janowitz anhand einiger Beispielobjekte und vieler Fotografien diese textile Geschichte näher vor. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-ig.de erforderlich.

Donnerstag, 9. Mai, 15 bis 17 Uhr, Eintritt frei! **Bäume und Blumen in Frühlingsfarben, Kinderclub mit Joanna Margner.** Was sprießt denn da? Wie sehen die Frühlingsboten der Natur aus? Im Frühlingsmonat Mai ist die Natur voller Leben. Überall beginnen jetzt die Bäume zu blühen. Die Luft duftet nach Blumen, die in Rot- und Rosatönen und anderen Farben leuchten. Wir malen Bäume, Blumen und Wiesen mit zarten Aquarell-Farbtönen. Jeden zweiten und vierten Donnerstag im Monat findet der kostenlose Museums-Kinder-

club für Schulkinder von sechs bis zwölf Jahren statt. Der Einstieg ist mit vorheriger Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder E-Mail: bildung@ol-ig.de jederzeit möglich.

Dienstag, 14. Mai, 18.30 Uhr, Eintritt: 5,- Euro: **Was Sie schon immer über Immanuel Kant wissen wollten. Gespräch mit Prof. Dr. Dieter Schönecker und Dr. Manfred Geier,** Einführung und Moderation: Dr. Tim Kunze. Der Königsberger Gelehrte Immanuel Kant (1724-1804) gilt als einer der einflussreichsten Denker der europäischen Aufklärung und der modernen Philosophie. Seine Fokussierung auf die Vernunft im Kontrast zur Bevormundung durch Staat und Religion hat Generationen von Denkern inspiriert. Doch die Werke Kants sind nicht immer leicht verständlich. Wir laden Sie herzlich ein, Teil unserer Veranstaltung „Was Sie schon immer über Kant wissen wollten“ zu sein! Haben Sie offene Fragen zu Immanuel Kant? Möchten Sie mehr über bestimmte Konzepte erfahren oder wollen Sie wissen, wie Kants Ideen in die heutige Zeit übertragen werden könnten? Stellen Sie uns Ihre Fragen vorab (per Mail, Facebook oder Instagram) oder direkt während der Veranstaltung. Unsere Experten freuen sich darauf, gemeinsam mit Ihnen die Welt von Immanuel Kant zu erkunden. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon

(04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-ig.de erforderlich.

Sonntag, 19. Mai, Eintritt frei: **Internationaler Museumstag im Ostpreußischen Landesmuseum mit Deutschbaltischer Abteilung und Brauereimuseum.** Besuchen Sie unser Museum von 10 bis 18 Uhr unter dem Motto „Museum mit Freude entdecken“ bei freiem Eintritt! Rundgänge: 11 bis 12.30 Uhr: Highlights in der Dauerausstellung mit Petra Vollmer, 15 bis 16 Uhr: Führung durch das Brauereimuseum mit Rainer Proschko.

Dienstag, 21. Mai, 14.30 Uhr, Eintritt: 7,- Euro, inklusive Eintritt, Kaffee, Tee und Gebäck: Führung durch das Brauereimuseum, Rundgang mit Rainer Proschko in der Reihe „Museum Erleben“. Unser Brauereimuseum steht erstmals im Fokus der Museum Erleben-Reihe. Die Erkundungstour durch das historische Sudhaus der ehemaligen Kronenbrauerei bietet Einblicke in den Bierbrauereiprozess und die Geschichte des Brauens in Lüneburg. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-ig.de erforderlich.

Ostpreußisches Landesmuseum mit Deutschbaltischer Abteilung, Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg, Internet: www.ostpreussisches-landesmuseum.de

Sonnabend, 1. Juni 2024
10 - 17 Uhr CongressPark Wolfsburg

www.ostpreussen.de

Ostpreußentreffen

der Landsmannschaft Ostpreußen

Festveranstaltung mit Ansprache des Sprechers, Fahneneinmarsch, Kulturprogramm, ostpreußischen Ausstellern u.v.m.

CongressPark Wolfsburg
Heinrich-Heine-Straße, 38440 Wolfsburg
(Zufahrt über die Straße Klieverhagen)

Bitte beachten: Sichern Sie sich jetzt Ihre Karte zum Preis von 10 € zzgl. Versand im Vorverkauf: Landsmannschaft Ostpreußen e. V., Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Tel.: 040-4140080, selke@ostpreussen.de. Eintritt nur mit gültiger Karte.

OBERPRÄSIDENTEN IN OSTPREUSSEN

Die obersten Repräsentanten der Krone

Die Vertreter des Königs kontrollierten in der Provinz die Provinzialverwaltung

VON WOLFGANG KAUFMANN

Wie in jeder anderen preußischen Provinz gab es in Ostpreußen beziehungsweise Preußen zwischen 1808 und 1945 einen Oberpräsidenten. Dieser residierte in Königsberg, wo er als oberster Repräsentant der Krone beziehungsweise der Staatsgewalt fungierte und den Regierungspräsidenten sowie die Provinzialverwaltung kontrollierte. Das Amt wurde im Laufe der Zeit von ganz unterschiedlichen Persönlichkeiten ausgeübt.

Der erste ostpreußische Oberpräsident war Hans Jakob von Auerswald, der zu den wichtigsten Verfechtern der Stein-Hardenbergschen Reformen zählte und 1813 großen Anteil am Beginn des Befreiungskampfes gegen Napoleon hatte.

Umsetzer der Stein-Hardenbergschen Reformen

Ihm folgte 1824 Theodor von Schön, ein freisinniger Kantianer und Förderer der litauischen Kultur in Ostpreußen. Er schied 1842 wegen Meinungsverschiedenheiten mit König Friedrich Wilhelm IV. aus dem Staatsdienst. Danach amtierte der Verwaltungsjurist Carl Wilhelm Bötticher in Königsberg, bis er im Zuge der Märzrevolution von 1848 zurücktrat. Anschließend ernannte der König Rudolf von Auerswald zu Böttichers Nachfolger. Der Sohn des ersten ostpreußischen Oberpräsidenten und bekennende Liberale wechselte allerdings schon 1850 in die Politik und avancierte 1858 zum stellvertretenden preußischen Ministerpräsidenten im Kabinett des Karl Anton von Hohenzollern-Sigmaringen.

Der nächste Oberpräsident in Ostpreußen war der Konservative Franz August Eichmann, der das gleiche Amt bereits in der Rheinprovinz ausgeübt hatte. Unter seiner Ägide erfolgte der Ausbau

der Königlich Preußischen Ostbahn bis zur russischen Grenze. Als er sich Ende 1868 ins Privatleben zurückzog, trat Karl von Horn an seine Stelle. Dieser ehemalige Ministerialbeamte wurde 1882 auf Betreiben des preußischen Ministerpräsidenten und Reichskanzlers Otto von Bismarck in den Ruhestand versetzt.

Von Otto von Bismarck in den Ruhestand versetzt

Danach kam der bisherige Unterstaatssekretär im Berliner Innenministerium Albrecht von Schlieckmann nach Königsberg. Dessen Amtszeit endete 1891 – woraufhin er wenig später starb. Als Nachfolger Schlieckmanns fungierte Udo Graf zu Stolberg-Wernigerode, ein Generalmajor der preußischen Armee und Abgeordneter des Deutschen Reichstages, der nach seinem Weggang aus Ostpreußen im Jahre 1895 noch bis zum Reichstagspräsidenten aufstieg.

Die nächsten drei ostpreußischen Oberpräsidenten trugen allesamt prominente Namen. Da war zuerst Wilhelm Graf von Bismarck-Schönhausen, der jüngere Sohn des „Eisernen Kanzlers“. Er starb 1901 an einer Bauchfellentzündung. Dann bekleidete Hugo Samuel Freiherr von Richthofen aus der Offiziers-, Entdecker- und Diplomatenfamilie Richthofen bis 1903 das höchste Amt in Ostpreußen. In seine Fußstapfen trat Friedrich von Moltke, ein Bruder des preußischen Generalstabschefs Helmuth Johannes Ludwigs von Moltke, der nach

seiner Zeit in Königsberg im Juni 1907 preußischer Innenminister wurde.

Zwischen 1907 und 1914 amtierte Ludwig von Windheim als Oberpräsident der Provinz, wonach das Amt an Adolf Tortilowicz von Batocki-Friebe ging. Dieser zeigte großes Geschick bei der Beseitigung der Folgen der russischen Invasion in Ostpreußen zu Beginn des Ersten Weltkrieges, weswegen ihn die Reichs-

regierung 1916 zum Chef des neu gebildeten Kriegsernährungsamtes ernannte. Seine Nachfolge trat

Friedrich von Berg an, ein Jugendfreund von Kaiser Wilhelm II., der den Monarchen duzte und mit „Monzi“ ansprach. Der extrem konservative Beamte stieg im Januar 1918 zum Chef des Geheimen Zivilkabinetts in Berlin auf, woraufhin von Batocki-Friebe erneut den Posten des ostpreußischen

Oberpräsidenten übernahm – allerdings nur bis zu seinem Rücktritt im Juni 1919 aus Protest gegen das Diktat von Versailles.

Batocki-Friebes Rücktritt aus Protest gegen das Diktat von Versailles

In Reaktion hierauf entsandte die Reichsregierung unter Gustav Bauer den bisherigen Generalbevollmächtigten für die besetzten baltischen Länder August Winnig nach Königsberg. Der SPD-Politiker unterstützte jedoch den Kapp-Putsch gegen die SPD-geführte Regierung in Berlin und wurde deshalb im März 1920 seines Postens enthoben.

Dieser ging am 6. April 1920 an Ernst Siehr von der Deutschen Demokratischen Partei (DDP). In dessen Amtszeit fielen die Volksabstimmungen in Masuren und Westpreußen über die Zugehörigkeit zum Deutschen Reich oder zu Polen.

Außerdem initiierte Siehr das Ostpreußenprogramm und die Osthilfe zum Ausgleich der Struktur Nachteile der nun vom Reich abgekoppelten Provinz. Er trat im September 1932 wegen Differenzen mit der neuen preußischen Regierung zurück.

Ihm folgte der bisherige Geschäftsführer des Deutschen Landwirtschaftsrates Wilhelm Kutscher, der aber bereits im Sommer 1933 dem NSDAP-Gauleiter Erich Koch weichen musste. Koch avancierte nachfolgend zum mächtigsten Mann in Ostpreußen und amtierte unter anderem auch noch als Präses der Provinzialsynode der Kirchenprovinz Ostpreußen, Reichsverteidigungskommissar für Ostpreußen sowie Chef des Volkssturms im Gau Ostpreußen.

Kochs Amtszeit endete am 27. April 1945 mit seiner Flucht vor der anrückenden Roten Armee über die Ostsee nach Saßnitz und weiter nach Flensburg.



Er gehörte zu den Oberpräsidenten Ostpreußens, die einen prominenten Namen trugen: Adolf Tortilowicz von Batocki-Friebe, dessen Todestag sich am 22. Mai zum 80. Mal jährt

Foto: Nicola Perscheid

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Eisengussmedaillen führen Gleiwitz in die deutsche Geschichte

Baron Münchhausen oder die Grimms haben heute auch bei polnischen Kindern eine Chance

Märchen und Legenden, die vor 100 Jahren in oberschlesischen Kinderzimmern erzählt wurden, sind Thema eines Bildungsangebotes im Museum des Kunst- und Eisengusses in Gleiwitz [Gliwice]. Inspirationen holen sich die Museumspädagogen in ihren kunst- und industriege-schichtlichen Sammlungen.

Das Kunst- und Eisenguss-Museum entstand aus der durch Friedrich Wilhelm Graf von Reden (1752–1815) im Jahr 1796 gegründeten Königlich Preußischen Eisengießerei zu Gleiwitz. Es war die zweite Hütte Preußens nach der Eisenhütte im oberschlesischen Malapane [Ozimek] von 1754. Am Bau der Königlich Preußischen Eisengießerei in Gleiwitz war der Bauingenieur und Konstrukteur John Baildon (1772–1846) beteiligt.

Als erster Modelleur wurde 1816 der Potsdamer Friedrich Ludwig Beyerhaus von Berlin nach Gleiwitz berufen. In Gleiwitz wirkten neben dem Bildhauer aus Königshütte Theodor Kalide (1801–1863) auch Künstler wie der Neuruppiner Karl Friedrich Schinkel, der aus Paprotzan [Paprocany] bei Kattowitz [Katowice] stammende August Kiss oder Christian Daniel Rauch, dessen Denkmal Friedrich des Großen im Forum Fridericianum in

Berlin steht. In Gleiwitz entwarfen sie Skulpturen, Medaillen und Medaillons.

Vorlage für Geschichtsexkursionen

Diese zahlreichen, über hundertjährigen Medaillen, auf denen Märchengestalten abgebildet sind, dienen den Museumspädagogen als Vorlage für ihre Geschichtsexkursionen. Eisengussobjekte mit dem Lügenbaron von Münchhausen auf einer Kanonenkugel, dem Herrn der Berge – Rubezahl, dem Rattenfänger von Hameln und Grimmschen Märchengestalten oder Fabelwesen werden polnischen und oberschlesischen Kindern erklärt. „Wie sehen Greife aus? Was konnte man in ihren Nestern finden? Was verband die kriegerischen Skythen mit Greifen? All das können Teilnehmer unserer Workshops erfahren“, so Ewa Chudyba, Pressesprecherin des Museums zu Gleiwitz. „Möglicherweise haben oberschlesische Kinder von diesen Wesen bereits von ihren Eltern oder Großeltern vor dem Schlafengehen gehört“, meint sie.

Aber auch das Gebäude selbst, in dem sich seit 2010 das Kunst- und Eisenguss-Museum befindet, ist Teil der den Kindern dort erzählten Geschichte. Die einstige Maschinenhalle der Gleiwitzer Grube

[kopalnia Gliwice] sowie das benachbarte Zeughaus wurden von den Charlottenburger Architekten Emil und Georg Zillmann in den Jahren 1912 bis 1914 erbaut. Sie bilden das Zentrum für Bildung und

Wirtschaft „Neues Gleiwitz“ und befinden sich im Stadtteil Trinneck [Trynek] südöstlich der Gleiwitzer Innenstadt.

Gleich neben dem Kunst- und Eisenguss-Museum ist der Gleiwitzer Sitz des

Hauses der deutsch-polnischen Zusammenarbeit angesiedelt, der sich seit 1998 als Nachfolger der Friedrich-Ebert-Stiftung in der Republik Polen der Pflege des deutschen Kulturerbes in Oberschlesien verschrieben hat und eng mit den Gleiwitzer Museen zusammenarbeitet.

Charme des Schmucks bleibt

In seiner pädagogischen Arbeit mit Kindern bringt das Kunst- und Eisenguss-Museum diesen auch die preußische Königin Luise näher, die zur Popularisierung der Gleiwitzer Erzeugnisse beigetragen habe. „Sie liebte den sogenannten sentimentalen Schmuck des 19. Jahrhunderts und besonders den gusseisernen. Wir erklären die Bedeutung der aus hochwertigem Gips hergestellten, an Metallfassungen befestigten und mit Acrylfarben verzierten Schätze, zeigen Armbänder mit pflanzlicher Ornamentik, kunstvolle Medaillons mit weiblichen Profilen, Plaketten und Medaillons an Halsketten oder Reliefbilder mit mythologischen Motiven. Der Charme des Schmucks, den Frauen Anfang des 19. Jahrhunderts liebten, wirkt heute noch“, verspricht Chudyba. Chris W. Wagner



Gipsmedaillons mit Märchenfiguren zum Selbermachen: Im Kunst- und Eisenguss-Museum lernen Kinder die deutsche Märchenwelt kennen

Foto: C.W. Wagner

WOLLIN

Zwischen Tradition und Moderne

Misdroys Bausubstanz mit der historischen Bäderarchitektur verleiht dem Seebad das Gesicht

VON TORSTEN SEEGERT

Zwischen Swine und Dievenow liegt die Insel Wollin. Einst von Usedom aus mit Fähren erreichbar, ist sie nun sogar durch einen Tunnel mit der Schwesterinsel verbunden. Das erleichtert auch die Anfahrt nach Misdroy, das eines der bekanntesten pommerschen Seebäder ist. Der Berliner Autor Edwin Müller umschrieb dessen Lage einst so: „... umschlossen von den Abhängen einer bewaldeten Hügelkette, die bei den Lebbiner Bergen am Haff beginnt, und sich über Misdroy hinaus am ganzen nördlichen Küstensaume der Insel hart am Meeresstrande hinzieht.“

Wer heute in das Zentrum des Seebades fährt, wird vor allem auf die vielen Parkplätze aufmerksam, die schon vorab zur Ausfahrt auffordern. Da die Saison jedoch gerade beginnt, konnten wir ganz ohne Sorge bis zum Kurpark des Seebades fahren. Von dort führte uns nun der Weg zunächst in Richtung des Kurhauses, das bis heute nichts von seinem alten Charme eingebüßt hat. Ein Blick zurück lässt auch die Kirche in der Ferne erkennen. Der markante Ziegelbau wurde in den 1860er Jahren nach Plänen des Baumeisters Friedrich August Stüler (1800–1865) auf der Königshöhe errichtet.

Überhaupt die Rückblicke – sie lohnen sich auch bei Misdroy, denn hier gibt es einige geographische Besonderheiten zu betrachten. Einst ging von der Stadt Wollin aus ein Weg zur Swinemündung. An der Stelle des einzigen Überganges zur Halbinsel Pritter befand sich der sogenannte „Alte Krug“, eine Gastwirtschaft, die lange Zeit im Besitz der jeweiligen Landesherren war. Hier wurde nun ein Ort angelegt, dessen Einwohner im We-

sentlichen von der Fischerei lebten. Zudem hielten sie Bienen. Allerdings findet der Ort erst 1554 als „Misdroige“ seine Ersterwähnung. Neben dem Krug und den Bauern Karsten Schmedt und Paul Tepel-

Zahl der Bewohner Misdroys wesentlich zu. 1802 gab es neben dem „Erbkrüger“ noch die zwei Halbbauernhöfe, zwei Büdner und eben jene Kolonisten. 45 Jahre später waren es neben den bereits Er-

hütten für Frauen und Männer errichtet. Die Anzahl der Badegäste betrug 1846 bereits etwa 500. Diese fanden sich am frühen Morgen an der Heringspackerei und bei den Warnowschen Booten ein.

Was das Herz begehrt

Die Preise für Unterkünfte sollen anfangs noch sehr preiswert gewesen sein, auch weil immer neue Häuser in Misdroy gebaut wurden. Neben Gesellschafts- und Wirtshäusern fanden sich schon bald Fleischer, Bäcker und Einkaufsläden, die sich der steigenden Nachfrage ihrer Kunden erfreuten. Angeboten wurden außerdem Fahrten mit Booten und Kutschen. Die Entwicklung nahm ihren Lauf – auch durch die Eisenbahnverbindung Berlin-Ducherow-Swinemünde-Misdroy.

Schon damals baute man immer mehr Häuser in Richtung der Dünen. Dieser Drang zur direkten Lage an der See lässt sich heute noch deutlich von der Seebrücke aus beobachten. Während die ursprünglich erste Reihe mit Villen und Pensionen in der bekannten Bäderarchitektur an der Strandpromenade hinter der bewachsenen Düne verschwinden, haben vor Jahren Rodungen begonnen, um eine neue erste Reihe an der einstigen Viktoria-Promenade zu schaffen. Die Bauten sind ungleich massiver und größer – Hotels und Appartements schaffen leider auch hier neue Maßstäbe, wie in manch anderen Kurorten auch.

Wer allerdings über die Strandpromenade schlendert und sich umschaute, kann durchaus einige Perlen der Bäderarchitektur entdecken. Aber auch hier lagen in den vergangenen Jahren Verfall und Sanierung noch eng beieinander. Möge so viel wie möglich von der historischen Bausubstanz erhalten bleiben.



Die „Villa Richter“ in Misdroy: Ein echtes Juwel der Jugendstil-Architektur, erbaut 1908 an der Westendpromenade. Auch heute bietet das Haus komfortable Apartments in exponierter Lage

Foto: Seegert

ke gab es nur noch sechs Untertanen der kirchlichen Propstei Cammin, die auch „Prawester“ oder „Propsteier“ genannt wurden.

Vom Fischerdorf zum Seebad

Erst mit dem Jahr 1776, als die Kolonistenfamilien von Peter und Carl Krüger sowie Jeremias Lippert und Ludwig Guth hier angesiedelt wurden, nahm auch die

wähnten weitere 19 Büdner sowie drei Einliegerfamilien, die sich hier angesiedelt hatten. 1835 kam auch der Fremdenverkehr in Gang, der durch Gäste eingeleitet wurde, denen Swinemünde und Heringsdorf zu großstädtisch geworden war. Sie begannen in Misdroy Seebäder zu nehmen. Der Schulze Pust kamen ihnen dabei mit dem Bau eines Gesellschaftshauses entgegen. Zudem wurden Bade-

FAMILIENUNTERNEHMEN

Was hat Vaude mit Pommern zu tun?

Eine Familiensage prophezeit Ehre, Ruhm und Reichtum durch zwölf Finger und zwölf Zehen

Wer kennt ihn nicht? Den Ausstatter für Outdoor-Bekleidung und -Ausrüstung Vaude. 1974 gegründet, ist das Unternehmen, welches 1980 in Obereisenbach (Baden-Württemberg) seinen Sitz und die Produktion einrichtete, heute längst zu einem der wichtigsten Anbieter auf dem Markt geworden – auch oder vor allem, weil er immer wieder Trends in seiner Branche setzt.

Unbekannt ist dagegen oft, welche Verbindungen zwischen Vaude oder V. D. und Pommern bestehen. Die Antwort ist einfach: Albrecht von Dewitz, also „v. D.“, machte als Gründer des Unternehmens die phonetische Aussprache der Abkürzung zu seiner Marke. Er, wie auch seine Tochter Antje von Dewitz, die seit 2009 die Geschäfte führt, gehören zu einem pommerschen Uradel, deren Stammreihe durch Ulrich von Dewitz (1323–1363) begründet wurde.

Familiengeschichte seit 1323

Durch Kaiser Karl IV. 1348 in den Grafenstand erhoben und mit Fürstenberg belehnt, wurde sein mecklenburgisches Lehen schon bald eingezogen, weil er sich in den Rügischen Erbfolgekriegen auf die Seite der Herzöge von Pommern stellte. Doch schon 1353 wurde er in Hinterpommern mit Daber belehnt. Auch hier sollten es die Familie von Dewitz auf einen umfangreichen Grundbesitz bringen. Dieser war sogar so umfangreich, dass der am

30. Oktober 1724 durch Erlass gegründete Kreis als Daber-Naugard-Dewitzscher Kreis bezeichnet wurde.

Daher kann Antje von Dewitz auf einige bekannte und erfolgreiche Vorfahren

Kanzler der pommerschen Herzöge. Auch war er der Erbauer des neuen Schlosses zu Daber, das jedoch auf einer Lithographie von 1846 nur noch als Ruine zu sehen ist, die auch heute noch besteht.

Finger und zwölf Zehen, welche ihm eigen gewesen sein sollen. Eine Familiensage erzählt nun, dass irgendwann wieder ein von Dewitz mit zwölf Fingern und zwölf Zehen geboren wird. Er soll dann auch alle glänzenden Eigenschaften seines großen Ahnen besitzen und auch noch einen großen Schatz finden. Dann werden für die Familie von Dewitz die alten Zeiten der Ehre, des Ruhmes und des Reichtums zurückkehren.

Familiensage abgewandelt?

Wie dem auch sei: Ruhm und Ehre dürfte sich die Familie und ihre Mitarbeiter mit Vaude, das im Jahr 2008 als einer der zwölf familienfreundlichsten Unternehmen Deutschlands ausgezeichnet wurde, in jedem Falle wieder erarbeitet haben. Das Unternehmen setzt auf sogenannte Nachhaltigkeit und Umweltschutz bei der Produktentwicklung, und es geht auch sonst neue Wege, wenn es um Radfahren, Wandern, Bergsteigen, Skisport oder Camping geht.

Dieses Jahr wurde das Familienunternehmen bereits zwei Mal beim Deutschen Nachhaltigkeitspreis als Sieger gekürt: als „nachhaltiges“ Unternehmen und für die Fairness in der Lieferkette. Vielleicht hat sich die Prophezeiung der Sage damit in leicht abgewandelter Form dann doch erfüllt – in jedem Falle ist es mal eine ganz andere erfolgreiche pommersche Familiengeschichte.

Oliver Henneke



Sportlich unterwegs: Antje von Dewitz leitet die Geschicke des Herstellers für Outdoor-Bekleidung und -Ausrüstung mit Erfolg und Anerkennung in zweiter Generation

zurückblicken. Stellvertretend sei dabei Jobst von Dewitz erwähnt. Er wurde in der Burg Daber 1491 geboren. Später hatte er als pommerscher Hofrat wesentlichen Anteil an der Einführung der Reformation in Pommern und war der langjährige

Und – auch das ist interessant – in der Kirche von Daber gab es nach Jobst Tod einen Leichenstein mit einer Besonderheit: Abgebildet mit seiner Gemahlin Anna, geborene von Arnim, zeigten Handschuhe und Schuhe des Kanzlers zwölf

MELDUNGEN

Ausgrabungen, Flughafen und eine Vernissage

Stettin – Aufsehen erregte am 27. April der 4. „Retro-Spaziergang“ durch die Odermetropole. Ziele der beteiligten Damen und Herren in historischen Kostümen, die ihre Inspiration in den 20er und 30er Jahren des vergangenen Jahrhunderts fanden, waren Haken-terrasse und Grabower Anlagen. TS

Torgelow – Am 29. April tagte der Kreistag von Vorpommern-Greifswald. Debattiert wurde auch über eine Beteiligung von Tourismusunternehmen aus Swinemünde an dem kreiseigenen Flughafen Heringsdorf. Dieser schreibt bereits seit Jahren Verluste und wird durch den Kreis subventioniert. TS

Greifswald – Der Pommersche Künstlerbund (PKB) lädt am 4. Mai um 15 Uhr zu einer Vernissage in den PKB KunstLaden, Feldstraße 20, ein. Eröffnet wird dann die Ausstellung „Caspar David Friedrich – wie viel Greifswald, wie viel Dresden“. Sie ist noch bis zum 6. Juli zu sehen. TS

Stolp – Im März und April fanden auf dem Markt von Stolp Ausgrabungen und Untersuchungen durch Archäologen und Freiwillige statt. Gefunden wurden neben Beilen aus der Steinzeit auch Münzen, Schmuck und Keramik. Zudem wurden Fundamente des Hotels Mund entdeckt. TS

Heimatreise

Vom 21. bis 30. August „Sommer im Blauen Ländchen“

Zehn entspannte Tage reisen wir, der Bund der Lebaer e.V., durch die bewegte Geschichte unserer Heimat. Der Seele Hinterpommerns spüren wir in Leba und dem Blauen Ländchen nach. Wir entdecken die kleinen Städte der Nachbarkreise im Detail und die Dörfer unserer Heimat im Ganzen, genießen herzhaft pommersche und polnische Küche, fahren über verwunschene Straßen, verweilen an Seen, bestaunen herrliche sakrale Bauten in ziegelsteinreichen Städten.

Wir erkunden auf schmalen Alleen und kleinen Landstraßen den Kreis Lauenburg in Pommern, die Kaschubei von Puck bis Karthaus, lassen uns den Sand um die Füße wehen auf der wandernden Düne im Nationalpark und lernen die Kaschuben vom Lebasee kennen. Aber immer bleibt genug Zeit zum Schauen, Genießen, Verschnaufen und für die ganz persönlichen Erkundigungen.

Haben Sie Lust, mit uns zu reisen und gemütliche, gesellige Tage mit Freunden und Gleichgesinnten zu erleben? Dann laden wir Sie herzlich ein, mit uns in Blaue Ländchen zu reisen.

Anmeldung und Information: Bund der Lebaer e.V., Eichen 7, 53359 Rheinbach, E-Mail: Claudia.Fredrich@BdL-Leba.de oder Telefon (0170) 4810703

„Ein nicht vergleichbarer Leidensweg der Frauen“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„

„Ein interessanter Artikel. Ein weiterer bekannter Mann, der in Königsberg lebte, war der Erfinder der Raumzeit: Herrmann Minkowski“

Rudi Knoth, München
zum Kant-Jubiläum:
Zeitloser Klassiker (Nr. 16)



Ausgabe Nr. 16

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum,
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
Fax (040) 41400850
oder per E-Mail an redaktion@
preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

DREI VERTREIBUNGEN
ZU: SCHOLZ' WÜRDIGENDES
GEDENKEN UND ROTHS FATALE
GEDANKEN (NR. 16)

PAZ-Chefredakteur René Nehring setzt sich sehr kritisch und kenntnisreich mit den „fatalen Gedanken“ der Kulturstaatsministerin Claudia Roth zur deutschen Erinnerungspolitik auseinander. Das Ergebnis seiner Überlegungen mündet in der Feststellung zu Roth: Sie weiß „mit diesem Land, seiner Geschichte und Kultur nichts anzufangen“. In der Schule würde man urteilen: Sie besitzt keine historische Bildung, sie ist in ihrem Amt unfähig, und ihr Handeln schadet dem deutschen Staat und dem deutschen Volk.

Aber das Problem dieser „fatalen Gedanken“ der Frau Roth ist viel grundsätzlicher: Vor dem Hintergrund der Auseinandersetzung des deutschen Staates mit dem Zivilisationsbruch der Vertreibung der Ostdeutschen seit 1944/45 hat es zusätzlich bis heute noch einmal zwei Vertreibungen gegeben, zusammen also drei Vertreibungen der Ostdeutschen aus ihrer angestammten Heimat östlich von Oder und Neiße.

Diese erste Vertreibung von 1944/45 hat der französische Autor Jacques de Launay 1984 in seinem Buch „La Grande Débauche“ als „Le plus atroce exode de l'histoire de l'humanité“ (Die grausamste Flucht in der Geschichte der Menschheit) charakterisiert. Man kann dieses Ereignis auch als das zweite Menschheitsverbrechen des 20. Jahrhunderts bezeichnen, weil es die Annexion des Landes und die Vertreibung der ostdeutschen Bevölkerung mit geplantem und durchgeführtem Genozid durchsetzt und realisiert.

Die seit zirka 1969 einsetzende „Deutsche Ostpolitik“ – Denkschriften der evangelischen und katholischen Kirche zur Oder-Neiße-Linie oder zu Ostdeutschland, Anerkennung dieser Grenzlinie, das heißt Verzicht auf Ostdeutschland, aus „Mitteldeutschland“ wird „Ostdeutschland“ und die bewusste Verweigerung des Wissens über Ostdeutschland und seine Geschichte durch den Staat mit

Hilfe veränderter Geschichtsbücher in den Schulen und abgeschaffter Lehrstühle in den Universitäten – all dieses kann als die zweite Vertreibung der deutschen Vertriebenen – jetzt aus ihrer Geschichte – bezeichnet werden. Jedenfalls hat der Publizist Ralph Giordano dieses Verhalten des deutschen Staates einmal so genannt: „Es gibt keine Koexistenz mit der Lüge.“

Die dritte Vertreibung findet aktuell statt, wenn ich an das deutsch-polnische Geschichtsbuch „Europa – Unsere Geschichte“, die Umbenennung der Universitätsinstitute und an das von Roth veröffentlichte „Rahmenkonzept Erinnerungskultur“ denke. Hier wird das zweite Menschheitsverbrechen des 20. Jahrhunderts gemäß dem offiziellen Narrativ zur deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts der von der Regierung betriebenen „Transformation“ des deutschen Volkes untergeordnet und somit aus dem historischen Bewusstsein gelöscht.

Das ist ein psychologischer und politischer Vorgang, ein Anschlag auf die historische Existenz und den Überlebenswillen des deutschen Volkes seit den Anfängen seiner Geschichte. Der Nürnberger Buchhändler Johann Philipp Palm hat 1806 in einer vergleichbaren historischen Situation seine Schrift „Deutschland in seiner tiefen Erniedrigung“ veröffentlicht und wurde von den Franzosen erschossen.

Klaus Fleischmann, Kaarst

IM JÄMMERLICHEN ZUSTAND
ZU: TRAUERARBEIT IN POLEN
RICHTIG, IN DEUTSCHLAND
FALSCH VERSTANDEN (NR. 16)

Es wäre wünschenswert, wenn der Autor auch einmal ins Memelland kommen würde. Die Situation ist hier genau umgekehrt. Rettung von deutschen Friedhöfen ist nur durch Privatinitiative möglich, es wurde sogar ein Friedhof „privatisiert“ (sprich: verkauft, verbunden mit dem Verweigern des Besuches, da es ja Privatbesitz ist). Die großen Friedhöfe in Heydekrug [Šilutė] und Memel [Klaipėda]

sind im jämmerlichen Zustand beziehungsweise zum Skulpturenpark umfunktioniert. Von den kleinen Friedhöfen auf den Dörfern nicht zu reden. Der einzige Lichtblick ist der Friedhof in Karkelbeck [Karklė], der gepflegt wird und noch für Beerdigungen dient. Informationen kann man gerne bekommen über den Deutschen Kulturverein Memel.

Heiko Roland Kressin, Polangen/Litauen

LEIHMÜTTER ÄCHTEN?
ZU: „EINE NEUE FORM VON
MENSCHENHANDEL“ (NR. 15)

88 Millionen Frauen werden täglich weltweit ungewollt schwanger. Tag für Tag so viele wie Einwohner Deutschlands. Und nicht vom heiligen Geist schwanger, was früher gern benutzt wurde, um sich vor Alimerten zu drücken. Der Leidensweg der Frauen ist mit nichts anderem Schrecklichen vergleichbar. Die Mitose, also das Wachstum durch Zellteilung, ist jetzt nicht mehr zu stoppen. Der Zeitdruck. Eine Entscheidung. Junge Frauen, denen das passiert, kommen abrupt in einer erbarmungslosen Welt an, ohne Hilfe. Jede Spritze zählt im Medizinapparat als Körperverletzung. Warum?

Doch es gibt Hoffnung. Bei Jugendlichen von heute hat ein Umdenken stattgefunden. Sie wissen um den wertvollen, besonderen Saft ihrer Spermien und die Bedeutung. Diesen 88 Millionen oder wenigen der „ungebetenen Gäste“ könnte man eine Willkommensbühne bereiten, indem man den Frauen die 100.000 US-Dollar statt für Leihmütter gibt.

Und die Ärzte schauen für die dubiose Hormontherapie für Leihmütter eine umstrittene fragwürdige Methode zweimal in die Röhre: Abtreibung und Leihmutter. Das Geschäft mit der Leihmutterchaft gehört weltweit geächtet, so wie der Organhandel, der einem modernen Kannibalismus gleichkommt. Oder man gibt den Frauen zukünftig ein bedingungsloses Grundeinkommen, damit sie nicht diese Erwerbsquelle mit erheblichen körperlichen Gefahren erwägen.

Warum toppt man heute noch die Forschung und Praktiken aus der Zeit des Nationalsozialismus? Das ist mir unerklärlich. Das sogenannte Klon-Schaf Dolly tut mir heute noch unendlich leid.

Gudrun Piel, Witten

EIN FALL FÜR DIE AGENTEN
ZU: BFV AUF ABWEGEN (NR. 15)

Die Verfassungsschützer arbeiten nicht nach demokratischen Grundsätzen, sondern verstoßen gegen sie, indem sie die Meinungsfreiheit der Bürger beschneiden. Ebenso verstoßen sie gegen Rechtsgrundsätze, indem sie über Menschen durch Nennungen in Verfassungsschutzberichten urteilen – mit schlimmen Folgen für die Beurteilten. Urteile stehen in einem Rechtsstaat nur Gerichten zu und nicht Geheimdiensten wie dem Verfassungsschutzamt.

Vor dem Bundesverfassungsgericht hat die Behörde bereits viele Prozesse verloren. Was ist ein Verfassungsschutzamt wert, das selbst gegen die Verfassung verstößt? Eigentlich sind die Verfassungsschützer eher selbst ein Fall für den Verfassungsschutz als die Personen, die sie beobachten.

Gerhard Wagner, Ratingen

EIN LICHTBLICK AUS HUSUM
ZU: DAS ENDE DER WELT-
LITERATUR? (NR. 15)

Ich lese selbst gerne vor allem die europäischen Klassiker und kenne das Problem aus Lesersicht, dass Verlage kaum noch Buchklassiker pflegen.

Einen kleinen Lichtblick bietet die Auswahl des Hamburger Lesehefte Verlages aus Husum, der immer noch einen guten Teil hochwertiger Literatur anbietet. Daneben auch sehr schöne Kunstbände. Unbedingt ansehen, denn der Einsatz ist förderwürdig! Zwar hatte ich Exemplare in „schmalen Schulbuchlook“ bekommen, aber zumindest sind diese Schriften besser lesbar als die Hefchen aus der Reclam-Reihe.

Anne Detmers, Hameln

ANZEIGE

Jetzt bestellen!
Versandkostenfreie Lieferung
innerhalb Europas

KOPP VERLAG
Telefon (0 74 72) 98 06 10
Telefax (0 74 72) 98 06 11
info@kopp-verlag.de
www.kopp-verlag.de

Wird Russland den Zwei-plus-Vier-Vertrag kündigen?

■ Der am 12.09.1990 in Moskau abgeschlossene Zwei-plus-Vier-Vertrag ist ein Staatsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik einerseits sowie den Siegermächten Frankreich, der Sowjetunion, Großbritannien und den Vereinigten Staaten von Amerika andererseits. Der vollständige amtliche Titel lautet: »Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland«.

Es ist der Vertrag, der die Grundlagen für die deutsche Wiedervereinigung regelt und Deutschland zur Einhaltung bestimmter Einschränkungen verpflichtet. Bereits seit Jahren verstößt die deutsche Bundesregierung gegen elementare Teile dieses Vertrages. Mit dem Ukrainekrieg sind diese Verstöße jedoch so eklatant geworden, dass hochrangige russische Politiker im Parlament über dessen Kündigung diskutieren.

Muss die Wiedervereinigung bald rückgängig gemacht werden?

Bestsellerautor Michael Grandt bringt erschreckende Hintergrundinformationen ans Licht, dokumentiert die deutschen Vertragsbrüche und zeigt, dass man sich in der Bundesregierung der Rechtsbrüche durchaus bewusst ist. Zudem skizziert er eingehend die fürchterlichen Folgen für das wiedervereinigte Deutschland und für jeden Einzelnen von uns, sollte Russland den Zwei-plus-Vier-Vertrag tatsächlich aufkündigen.

Michael Grandt beantwortet außerdem so brisante Fragen wie:

- Wurde den Russen wirklich versprochen, dass sich die NATO nicht nach Osten ausweitete?
- In welcher Form hat Deutschland bislang gegen den Zwei-plus-Vier-Vertrag verstoßen?
- An welchen völkerrechtswidrigen Kriegen beteiligte sich Deutschland?
- Warum steht Angela Merkel noch nicht vor Gericht?
- Warum wurde Deutschland 1990 nicht neutral?
- Ist Deutschland eigentlich noch »besetzt«?
- Warum ist Deutschland nach der UN-Charta noch der einzige »Feindstaat«?
- Welche Horrorszenarien drohen Deutschland bei einer Kündigung des Zwei-plus-Vier-Vertrages?

In diesem Buch lesen Sie, was die Bundesregierung Ihnen verschweigen möchte!

Michael Grandt: Deutschland und der Zwei-plus-Vier-Vertrag • gebunden • 159 Seiten • Best.-Nr. 991 090 • 12,- €

MUSIK

„Die Marseillaise der Menschheit!“

Vor 200 Jahren fand die Uraufführung von Beethovens „Neunter“ statt – Der Schlusssatz war Olympia- und ist Europahymne

VON DIRK KLOSE

Am 7. Mai 1824 wurde im Kärntnertheater in Wien Ludwig van Beethovens Neunte Sinfonie uraufgeführt. Das in d-Moll komponierte und als Opus 125 geführte Werk wurde begeistert aufgenommen, es gilt heute als Höhepunkt klassischer sinfonischer Musik. Wegen ihres vierten Satzes mit dem Schlusschor der „Ode an die Freude“ ist „die Neunte“ wohl eines der bekanntesten sinfonischen Werke überhaupt.

Geradezu revolutionär war, dass zum ersten Mal in eine Sinfonie die menschliche Stimme aufgenommen wurde. Dem solistisch und chorisches gestalteten vierten Satz hat Beethoven Schillers Gedicht „An die Freude“ unterlegt. Dieses vom Dichter 1785 eher als geselliges Trinklied gedachte Gedicht war rasch populär geworden. Der junge Beethoven hatte sich schon 1792, noch in seiner Geburtsstadt Bonn, mit Schillers „herrlichem Gedicht“ befasst und eine Vertonung erwogen, diese Idee aber dann nicht weiterverfolgt.

Als nach dem Wiener Kongress sein Ruhm zu verblasen drohte, drängten ihn Freunde und Bewunderer zu einer neuen großen Sinfonie, was durch einen lukrativen Auftrag der Philharmonic Society in London bestärkt wurde. 1822 begann er mit der Arbeit, und Anfang 1824 war er fertig. Bei der Uraufführung kam es zu bewegenden Szenen. Der völlig taub gewordene Komponist, der vor dem Orchester stand, musste von einer Sängerin umgedreht werden, damit er den Beifall des Publikums wahrnehmen konnte. Es war sein letzter öffentlicher Auftritt.

Beethoven übernahm nicht alle acht Strophen des Schillerschen Gedichts, sondern nur vier. Dabei arrangierte er die Verse nach eigenem Ermessen und stellte ihnen das eigene Rezitativ „O Freunde, nicht diese Töne! Sondern lasst uns angenehmere anstimmen und freudenvollere“ voran. Kritiker bemängelten, dass man



UNESCO-Weltdokumentenerbe: Eine Seite des in Berlin aufbewahrten Manuskripts der Friedrich Wilhelm III. gewidmeten 9. Sinfonie

so mit „unserem Schiller“ nicht umspringen dürfe („misshandelt die Poesie auf eine unbegreifliche Weise“). Auch manche Komponisten reagierten zurückhaltend. Carl Maria von Weber meinte, Beethoven sei „reif für das Irrenhaus“.

Aber dem Siegeszug der Sinfonie tat das keinen Abbruch. Spätestens seit Richard Wagners epochaler Aufführung am Palmsonntag 1846 in Dresden (mit einer „großen und enthusiastischen Masse von Sängern“) war das Werk kanonisiert und diente mehr und mehr als Rahmen festlicher Arrangements. Ähnlich auch in anderen Ländern, wobei Schillers Text oft genug dortigen ideologischen Ansprüchen galt. Die Verszeile „Alle Menschen werden Brüder“ diente in Frankreich zur Ver-

klärung des republikanischen Gedankens, was eine französische Autorin 1883 begeistert ausrufen ließ: „Dieser Chor ist großartig! Ah! Es ist die Marseillaise der Menschheit!“ Der NS-Ideologe Alfred Rosenberg rekurrierte nach 1933 auf die Zeile „Freudig, wie ein Held zum Siegen“.

Musikalischer Knaller zu Silvester

Einen wahren Schub in die Breite bewirkte die deutsche Arbeiterbewegung. Die Sinfonie wurde regelrecht Kult. Legendar wurde eine Aufführung am 18. März 1905 in einem Berliner Brauereisaal vor 3000 Arbeitern. Der Komponist Hanns Eisler postulierte im Jubiläumsjahr 1927 zu Beethovens 100. Todestag: „Er war kein Komponist des Proletariats,

und doch gehört seine Musik uns, der aufsteigenden Arbeiterklasse, nicht aber der Bourgeoisie.“ Auch die Tradition der noch heute beliebten Aufführungen an Silvester geht auf die Arbeiterbewegung zurück: Erstmals wurde sie, als „Friedens- und Freiheitsfeier“ deklariert, 1918 vom Leipziger Arbeiterbildungsinstitut veranstaltet. Vor 3000 Zuhörern begann die Aufführung um 23 Uhr, der Schlusssatz leitete das neue Jahr ein.

Musikalisch hat Beethovens Vorbild Schule gemacht. Zum Ende des 19. Jahrhunderts war die Einbeziehung der menschlichen Stimme kein Tabubruch mehr, wie mehrere Sinfonien von Gustav Mahler sowie der russischen Komponisten Alexander Skrjabin und Dimitri

Schostakowitsch zeigen. Auch wurde es nicht als Stilbruch empfunden, als im Jahr 1989 der Komponist Leonard Bernstein unmittelbar nach dem Fall der Berliner Mauer das Werk in Ost- und Westberlin dirigierte und die „Freude“ durch „Freiheit, schöner Götterfunken“ ersetzte. Das sei, sagte Bernstein damals, in diesem historischen Moment durchaus legitim.

Längst untermalt die Neunte auch die Politik. Schon 1837 hatte ein englischer Kritiker von der „großen Freimaurer-Hymne Europas“ gesprochen. Der immer wieder virulente Gedanke wurde nach dem Krieg verwirklicht. Ein Ausschuss des Europarats bestimmte auf einer Sitzung in Berlin am 9. Juli 1971 die Melodie des Schlusschors als Europahymne – nur die Melodie, nicht den Schillerschen Text („Konkurrent“ war Händels „Feuerwerk-Hymne“ gewesen). Herbert von Karajan wurde mit dem Arrangement einer passgerechten Fassung für politische Anlässe betraut – mit der für seine Nachkommen angenehmen Folge, dass für ihn beziehungsweise seinen Erben bis 2059 Tantiemen anfallen.

Im Jahr 2001 wurde das in Berlin bewahrte Manuskript zum UNESCO-Weltdokumentenerbe erklärt. Inzwischen hatte der „Song of Joy“ des Argentiniers Waldo de los Ríos Beethovens Neunte als Tanzmusikversion um den Globus geschickt.

Die Melodie half auch politisch. Mitte der 1950er Jahre begann das Gerangel um angemessene Teilnahme deutscher Sportler an den Olympischen Spielen. Die damalige Bundesregierung blockierte rigoros jeden Versuch einer eigenständigen DDR-Mannschaft. Nach endlosen „querelle d'Allemands“ kam es dreimal zur Bildung einer gesamtdeutschen Mannschaft: 1956 (Winter: Cortina d'Ampezzo/Sommer: Melbourne), 1960 (Squaw Valley/Rom) und 1964 (Innsbruck/Tokio).

Bei Siegerehrungen für deutsche Athleten wurde Beethovens Hymne gespielt – auch noch 1968, als erstmals zwei deutsche Mannschaften antraten.

VERLAGSGESCHICHTE

Mozart Made in Offenbach

Andrés „Notenfabrique“ – Der älteste familiengeführte Musikverlag der Welt feiert seinen 250. Geburtstag mit einem Festprogramm

Zwei der weltweit ältesten Musikverlage haben ihren Standort im heutigen Bundesland Hessen. Der 1719 in Leipzig gegründete Verlag Breitkopf & Härtel residiert seit Ende des Zweiten Weltkriegs in Wiesbaden, während der vor 250 Jahren gegründete Musikverlag André seinen Sitz in Offenbach hat. Am 1. August 1774 errichtete der Komponist Johann André seine eigene „Notenfabrique“, in der er musikalische Werke druckte, die er in seinem Musikhaus auch gleich verkaufte.

André stammte aus einer südfranzösischen Hugenottenfamilie, die vom damaligen Grafen Johann Philipp von Isenburg-Birstein religiösen Schutz genoss. André pflegte eine enge Freundschaft mit Johann Wolfgang Goethe, als dieser für kurze Zeit mit „Lili“, der Offenbacher Bankierstochter Anna Elisabeth Schönmann, verlobt war und direkt gegenüber den Andrés eine Wohnung bezog.

Auf der Durchreise nach Frankfurt zu Gast im Haus André war 1790 auch Wolfgang Amadeus Mozart, von dem der Musikverlag André viele seiner Werke erstmals gedruckt hat. Johann Anton André, der Sohn des Verlagsgründers, wurde 1799 sogar zum musikalischen Nachlassver-

walter Mozarts. Unter den über 270 Mozart-Werken befanden sich auch die Notenhandschriften von „Don Giovanni“, „Die Zauberflöte“ und der „Kleinen Nachtmusik“. Sie bilden die Grundlage für die Mozart-Editionen des Verlages.

Musikverlag und -haus André sind noch heute familiengeführt. Hans-Jörg

André führt das seit 1923 an der Frankfurter Straße in Offenbachs Fußgängerzone angesiedelte Geschäft inzwischen in der siebten Generation. Seit Gründung hat der Verlag fast 18.000 Musikstücke herausgebracht. Darüber hinaus lagern in dem Archiv etwa 16.000 Notendrucke sowie viele Partiturnhandschriften und un-

zählige historische Korrespondenzen von 1774 bis in die 1940er Jahre.

Ein Teil davon wird vom 5. Juli bis 24. August beim Jubiläumsprojekt „Mozart, André, Offenbach – der Klang der Zeitkapsel“ in einer Ausstellung im Haus der Stadtgeschichte Offenbach präsentiert. Die Schau ist Gegenstand eines hauptsächlich aus Konzerten bestehenden Jubiläumsprogramms, das Musik so zu Gehör bringen will, wie sie vor bis zu 250 Jahren geklungen hat.

Rund 30 Termine stehen auf dem Programm, darunter vier Sinfoniekonzerte. Bereits am 5. Mai findet in der Lutherkirche ein „Gesprächskonzert“ mit Kompositionen aus der André-Familie statt. Am 12. Mai spielt das Capitol Symphonie Orchester unter Douglas Bostock im Capitol Theater Offenbach aus historischen André-Ausgaben der „Ludwig II. von Bayern gewidmeten“ zweiten Sinfonie des Dänen Asger Hamerik sowie Mozart-Werken mit dem Klarinettenisten Fabio di Càsola.

Kirchenmusikalische Werke des André-Clans stehen am 26. Mai und 2. Juni bei den „Musica Sacra“ übertitelten Konzerten in den Kirchen St. Paul beziehungsweise St. Marien auf dem Programm, ehe

beim Festakt am 7. Juni in der Alten Schlosserei der Energieversorgung Offenbach gefeiert wird. Der Abend schlägt mit der Uraufführung der „Sketches on André“ des deutschen Jazzpianisten Christof Sänger mit seinem gleichnamigen Trio und dem Klarinettenisten Ib Hausmann, dem Polish String Quartet Berlin sowie Kabarettistischem des Conférenciers Michael Quast die Brücke zwischen Wiener Klassik und Offenbacher Gegenwart.

Bei weiteren Aufführungen bis Ende Dezember wird viel Mozart zu erleben sein. Das einzige handschriftliche Werk aus Mozarts Feder, das dem Hause André erhalten geblieben ist, nachdem der große Rest bei den Bombenangriffen im Zweiten Weltkrieg vollständig zerstört wurde, kommt bei der Capitol Classic Lounge am 6. Oktober zum Klingen. Es handelt sich um Mozarts Um-Instrumentierung des Violinkonzerts Nr. 16 e-Moll von Giovanni Battista Viotti, das der 2. Konzertmeister des hr-Sinfonieorchesters, Maximilian Junghanns, unter Leitung von Michael Hofstetter spielen wird. H. Tews



16.000 wertvolle Notenausgaben und Korrespondenzen: das alte Notenlager von André

Alle Termine: www.andre250.de und: offenbach.de/klangderzeitkapsel

● FÜR SIE GELESEN

Die Fünfte von Pommern

Mit der Landkarte „Westpreußens Ostseeküste und Hinterpommerns Osten“ ist die fünfte Pommern-Karte aus dem Blochplan-Verlag im Maßstab 1:100.000 erschienen. Somit ist die gesamte heute zur Republik Polen gehörende Ostseeküste als Landkarte erhältlich. In hoher Druckqualität und augenfreundlichen Farben sind alle wichtigen Sehenswürdigkeiten, Ausflugsziele, Radwege, aber auch stillgelegte und abgebaute Eisenbahnstrecken sowie die aktuellen Verwaltungsgrenzen enthalten. Für Naturliebhaber sind Badestellen und Zeltplätze markiert.

Die Karte, die den Bereich vom östlichen Abschnitt der hinterpommerschen und der westpreußischen Ostseeküste zwischen Stolpmünde und Danzig mit einem bis zu 50 Kilometer breiten Streifen des Hinterlandes um die Städte Stolp, Lauenburg und Kartaus umfasst, enthält zusätzlich einen aktuellen Stadtplan von Zoppot im Maßstab 1:20.000. Alle Orte sind mit ihren polnischen und deutschen, zum Teil auch mit ihren kaschubischen Namen aufgeführt.

Diese aktuelle Landkarte bietet nicht nur Autofahrern, sondern allen touristisch und historisch Interessierten eine ideale Orientierung. MRK



„Westpreußens Ostseeküste und Hinterpommerns Osten von Stolpmünde bis Danzig, Landkarte/Ortsnamenkarte 1:100.000“, Blochplan Verlag, Berlin 2024, gefalzt, 11,95 Euro

Der Norden Masurens

In der 3. aktualisierten Auflage der Karte „Nord-Masuren“ hat der Blochplan-Verlag eine Landkarte im Maßstab 1:100.000 herausgegeben, in der neben einigen Straßenneubau-Projekten auch einige kleinere neu zu erwähnende Sehenswürdigkeiten oder auch Nutzungsänderungen in Schlössern und Herrenhäusern aufgenommen wurden. Neben den Sehenswürdigkeiten wurden auch Rad- und Kanutouren sowie Badestellen und Zeltplätze eingezeichnet.

Die Karte richtet sich sowohl an Heimatbesucher als auch an geschichtsbewusste Urlauber. Sie umfasst die Gebiete Masurens um die Städte Rastenburg und Lötzen, des Ermlands zwischen Heilsberg, Bischofsstein, Röbel, Bischofsburg und Wartenburg sowie Bartens um die Städte Bartenstein, Korschen und Barten. Touristische Orte wie Heiligelinde, die Wolfsschanze sowie der nördliche Teil der Masurischen Seenplatte werden ebenfalls dargestellt. Die vor 1945 im Gebiet schon vorhandenen Orte sind mit ihren historischen und heutigen Namen aufgeführt. Ein zweisprachiges Ortsverzeichnis (deutsch/polnisch bzw. deutsch/russisch) hilft beim leichteren Auffinden der Orte. MRK



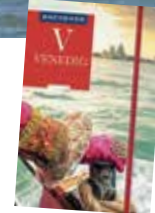
„Nord-Masuren, Landkarte im Maßstab 1:100.000“, Blochplan Verlag, 3. Auflage Berlin 2024, gefalzt, 8,95 Euro

REISEFÜHRER DER WOCHE



Magische Momente

Eine Reise in die Lagunenstadt Venedig ist etwas Unvergessliches. Über Sehens- und Erlebnenswertes informiert der aktualisierte Baedeker



Venedig – die auf Pfählen gebaute Stadt ist zum Leidwesen der Bewohner einer der größten Touristenmagnete Italiens, der mit seinem maritimen Flair, den Kunstschätzen und verwinkelten Gassen verzaubert. Eine fun-

dierte Orientierung bietet die aktualisierte Auflage des großen Baedeker „Venedig“. Thematisch übersichtlich geordnet informiert er reich bebildert und mit Karten versehen ausführlich über alles Wesentliche. MRK

„Baedeker Reiseführer Venedig“, MairDumont Verlag, Ostfildern, 19. Auflage 2024, Taschenbuch mit Karte Easy Zip, 363 Seiten, 22,95 Euro

BIOGRAPHIE

Die Frau, die aus der Kälte kam

Klaus-Rüdiger Mai porträtiert die Sphinx der deutschen Politik: Ist Sahra Wagenknecht auch heute noch eine Kommunistin?

VON HOLGER FUSS

Zwei Jahre nachdem in Berlin 1989 die Mauer fiel und die DDR vor der Geschichte kapitulierte, schrieb der „FAZ“-Herausgeber Joachim Fest ein schmales Büchlein über das Ende des utopischen Zeitalters. Darin stellt er fest: „Mit dem Sozialismus ist, nach dem Nationalsozialismus, der andere machtvolle Utopieversuch des Jahrhunderts gescheitert.“ Und: „Was damit endet, ist der mehr als zweihundert Jahre alte Glaube, dass sich die Welt nach einem ausgedachten Bilde von Grund auf ändern lasse.“ Weitere drei Jahre später interviewte der „Spiegel“ die damals 26-jährige Frontfrau der Kommunistischen Plattform in der PDS, Sahra Wagenknecht. Sie gab zu Protokoll: „Im Vergleich zur BRD war die DDR, was immer man im Einzelnen an ihr aussetzen mag, in jeder Phase ihrer Entwicklung das friedlichere, sozialere, menschlichere Deutschland.“

Heute würde ob solcher politischer Polaritäten von einer Spaltung der Gesellschaft gefaselt, die unsere Demokratie gefährde. In den 1990er Jahren gab es diese Spaltung auch schon, aber sie wurde als real existierende Demokratie praktiziert.

Klaus-Rüdiger Mai biographischer Essay über Sahra Wagenknecht mit dem schmucklos-polemischen Titel „Die Kommunistin“ erzählt von einer Frau, die aus der Kälte kam, aus der betonfarbenen Welt der DDR. Sie war begabt genug, um sich das gräuliche Einerlei durch einen hohen Aufwand an Intellekt und Phantasie mit sinnstiftendem humanistischem Glanz zu verzieren.

Neben dem schillernden weiblichen Part der Sahra Wagenknecht treten noch zwei Männerfiguren an die Rampe. Da ist der Dichter Peter Hacks, 1928 in Breslau

geboren, der 1955 aus München in die DDR übersiedelte und dem Mai nachsagt, er sei dort vollends von der Halluzination ergriffen worden, die sozialistische Wiedergeburt Goethes zu verkörpern. Hacks wurde Wagenknechts intellektueller Übervater. Flankiert wird der Poet von seinem Freund, dem Star-Interviewer André Müller, 1946 im Brandenburgischen zur Welt gekommen, in Österreich aufgewachsen, der das journalistische Genre Interview mit berühmten Zeitgenossen zu literarischem Rang erhob. Das Interview mit seiner Mutter wurde im Hamburger Thalia-Theater als Drama uraufgeführt.

Im Banne alter weißer Männer

Aus dem Briefwechsel zwischen Hacks und Müller zitiert Mai genussvoll, über die Zitate könnten #MeToo-Aktivistinnen wie Heuschreckenschwärme herfallen. Wie Waldorf und Statler aus der „Muppet Show“ treten die beiden als weiße alte Männer auf und kommentieren in Mais Erzählung vom Spielfeldrand aus den Werdegang der holden Maid. Mal zischelt Hacks Vulgaritäten über Wagenknechts Liebesleben, mal schwärmt Müller von ihr als „unsere Rosa“ – in Anspielung auf Sahras Mimikry als Reinkarnation Rosa Luxemburgs. 2001 klagt Hacks, Wagenknecht sei „ihrer eigentlichen Aufgabe, die PDS zu einem geeigneten Zeitpunkt zu zerschlagen, nicht nachgekommen“. Und Müller lamentiert 1989 über die „unerhörte Geschwindigkeit des Zusammenbruchs“ der SED-Genossen: „Aber dass sie sich so gar nicht wehren ... so armselig untergehen...“

Wie zwei Schatten huschen in der Familienaufstellung, die Mai für Wagenknechts Lebensbeschreibung entwirft, noch eine Ost-Berliner Studentin und ein Student aus West-Berlin vorüber – die Eltern, die ihre Tochter Sahra 1969 zur Welt

brachten. Der Vater stammte aus dem Iran, ein erklärter Schah-Gegner, der aber schon bald wieder in seine Heimat zurückkehrte und seither als verschollen gilt. Dieser frühe Verlust des Vaters wurde für Sahra Wagenknecht zu einer existentiellen Fragestellung, die sie nie wieder verließ. Ihr Biograph behauptet sogar, dass dieses Identitätsmysterium für sie zum „Material für die Gestalt, die sich Sahra Wagenknecht zu geben wünscht“ wurde. Ist die Aura des Undurchdringlichen, in die Wagenknecht sich öffentlich hüllt, eine Eigenkonstruktion, „die Erfindung der Sahra Wagenknecht“?

Die Trostlosigkeit im Mauerstaat trieb die junge Sahra in die Bibliotheken – „für mich damals so etwas wie für andere Kinder die Süßwarenabteilung im Supermarkt“. Sie wurde zur exzessiven Leserin, erst Märchen, dann „Mosaik“-Comics, schließlich Hegel und Goethe. Den „Faust“ lernte sie auswendig. Mit 17 schrieb sie einen schwärmerischen Brief an den linientreuen Poeten Peter Hacks, 41 Jahre älter als sie, und gewann ihn als geistigen Leitstern. 14 Jahre lang hielt die Verbindung; bis 2001 dauerte ihre Loslösung von ihrem Ersatzvater.

Pirouetten und Häutungen

Unter seiner Schirmherrschaft lernte sie, sich die DDR als das bessere Deutschland zurecht zu ästhetisieren. Als ihr Land 1989 unterging, wurde sie Mitglied der SED. Ihr unbeirrter Glaube an den Stalinismus rief in seiner Antiquiertheit bei vielen Genossen Kopfschütteln hervor. Die SED, die sich bald zur PDS umtaufte, wollte sich sozialdemokratisieren, als linke Kraft im vereinigten Deutschland parlamentarisch anschlussfähig werden mit der SPD. Mittlerweile ist die PDS zur Linkspartei transformiert und auf eine

Weise lifestyle-woke, dass sie neben der SPD am Abgrund steht und ihrem Untergrund entgegenblickt.

Der Verfall beider Parteien hat viel mit dem Vernachlässigen der arbeitenden Stammklientel zugunsten identitätspolitischer Minderheitenbewirtschaftung zu tun. Und keineswegs hat Wagenknecht mit der Gründung ihres BSW der Linkspartei den Todesstoß versetzt. Sie hat nur ein sinkendes Schiff verlassen und ist sich auf verblüffende Weise treu geblieben.

Klaus-Rüdiger Mai behauptet, Wagenknecht sei trotz ihrer diversen Pirouetten und Häutungen eine Kommunistin geblieben. Ob sich diese These halten lässt, sei dahingestellt. Aber Mais Herleitung ist allemal lesenswert. Wir erfahren viel über die geistigen Grundlagen von Wagenknechts Sicht auf die Welt, viel über Marx, Hegel, Goethe und über die Untiefen des Postmodernismus. Wagenknecht selber bleibt allerdings auf eigentümliche Weise im Dunkeln. Die private Person verschwindet hinter der öffentlich rätselvoll inszenierten Fassade fast völlig.

Das Empfinden deutschen Auserwähltheits indes hat Wagenknecht nicht als einzige aus der DDR hinübergerettet. Auch in Kanzlerin Merkel zitterte dieses Lebensgefühl noch 2015 nach, als sie aussprach: „Unser Deutschland ist das schönste und das beste Deutschland, das wir haben.“



Klaus-Rüdiger Mai: „Die Kommunistin. Sahra Wagenknecht. Eine Frau zwischen Interessen und Mythen“, Europa Verlag, München 2024, gebunden, 288 Seiten, 24 Euro

GEMEINNÜTZIGE HEIMSTÄTTEN-, SPAR- UND BAU-AKTIENGESELLSCHAFT

Beitrag zum Wohnen für jedermann

Was die Geschichte der vor 100 Jahren gegründeten GEHAG mit den Ostpreußen Martin Wagner und Bruno Taut verbindet

VON STEFFEN ADAM

Am 14. April 1924 gründete der Stadtplaner, Architekt und Stadttheoretiker Martin Wagner, Stadtbaurat des Bezirks Schöneberg von Groß-Berlin sowie Begründer und Leiter des Verbandes sozialer Baubetriebe (VsB), mit der GEHAG Gemeinnützige Heimstätten-, Spar- und Bau-Aktiengesellschaft ein bis dato einzigartiges Unternehmen zur Versorgung breiter Schichten der Bevölkerung in den Ballungszentren mit bezahlbarem, gesundem und – wie wir heute wissen – nachhaltigem Wohnraum. Die GEHAG vereinigte eine Vielzahl von gemeinwirtschaftlich progressiven Organisationen als Aktionäre in sich und verankerte damit die Errichtung von Wohnraum breit in der Gesellschaft solidarisch.

Mit Bruno Taut verpflichtete Wagner einen Architekten, der mit seinen Wohnkonzepten und seinen farbigen Bauten die spezielle GEHAG-Qualität erfand und die Grundlagen des Wohnens im 20. Jahrhundert weltweit entwickelte. Vier Siedlungen der GEHAG sind mittlerweile zum Weltkulturerbe der UNESCO erhoben worden.

Taut, der spätere Architekt der klassischen Moderne und Meister des farbigen Bauens, wurde am 4. Mai 1880 in Königsberg geboren. Wagner kam am 5. November 1885 ebenfalls in der Hauptstadt der Provinz Ostpreußen zur Welt. Wagner studierte Architektur mit dem Schwerpunkt Stadtplanung, Bauablauf und Organisation. Beiden Königsbergern gemein war der bohrende Trieb, ihr Können und ihre Fähigkeiten der Versorgung weiter Schichten der Bevölkerung mittlerer und unterer Einkommen mit optimalem Wohnraum zugutekommen zu lassen.

Dass der „gute Wille“ philosophisch am Pregel geboren wurde, mag bei beiden Söhnen Königsbergs unterschwellig mitgewirkt haben, ihn im Hypothetischen Imperativ in die Tat umzusetzen. Taut und Wagner lernten sich 1908 im Studium an der Technischen Hochschule Charlotten-



Die berühmteste Siedlung der GEHAG und Inspirator ihres Logos: Die Hufeisensiedlung im Berliner Ortsteil Britz des Bezirks Neukölln

Foto: A. Savin, Wikipedia

tenburg in Berlin kennen, gingen danach aber zunächst getrennte Wege. Während Taut mit der Siedlung Paradies das Bunte Magdeburg errichtete, promovierte Wagner 1915 mit der Arbeit „Das sanitäre Grün der Städte, ein Beitrag zur Freiflächentheorie“ und wurde 1918 zum Baustadtrat der damaligen Stadt Schöneberg ernannt. In dieser Funktion organisierte Wagner den ersten Siedlungsbau der neuen, jungen Republik, den Lindenhof, zu dem Taut von Ferne das Ledigenheim – ein Geschossbau mit Ein-Zimmer-Wohnungen – beisteuerte.

Martin Wagners bedeutendstes organisatorisches Werk

Wagner unterstützte gleich nach dem Ersten Weltkrieg die Gründung freier, sozialer Baubetriebe durch den Deutschen Bauarbeiterverband. Zusammen mit dem Gewerkschaftler August Ellinger vertrat Wagner diese nun in der Bauhüttenbewegung zusammengefassten Betriebe reichs- und sogar europaweit. Die Gewerkschaften der europäischen Nationen fanden

viel schneller wieder zueinander, als es politische Organisationen je vermochten oder auch nur anstrebten. Die Sozialen Baubetriebe sollten als erstes Standbein gemeinwirtschaftlichen Bauens lediglich die eigenen Gehälter erwirtschaften. Wagner setzte durch, dass sie trotz Subvention durch die Gewerkschaften stets im Wettbewerb untereinander blieben und vom unabhängigen Revisionsverband beaufsichtigt wurden.

Die gewinnorientierte Privatwirtschaft reagierte prompt. Sie organisierte einen Lieferboykott von notwendigen Baustoffen gegen die Bauhütten, versuchte einen Preiskampf und bekämpfte es heftig, dass den sozialen Baubetrieben die Gemeinnützigkeit im Wohnungsbau zuerkannt wurde.

Wagner überzeugte den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB) und den Allgemeinen freien Angestelltenbund, baustoffproduzierende Betriebe oder Industrie zu erwerben. Sie sollten als freie Baustoffproduzenten das zweite Standbein der Bauhüttenbewegung bilden. Bis Ende 1922 wurden Ziegeleien, Betonwerke, Wälder und Sägewerke erworben – gerade noch rechtzeitig. Die Besetzung des Rheinlandes nutzte die Reichsregierung, um mit einer Hyperinflation gewaltigen Ausmaßes dem Ausland gegenüber zu beweisen, dass Deutschland die Reparationen unmöglich bezahlen könne. Dass auch der Mittelstand darüber seine Ersparnisse verlor, nahm die Regierung hin. Immobilien hingegen behielten ihren Wert, wurden sogar entschuldet.

Deshalb wurde die Besteuerung der Immobilienvermögen von Rudolf Hilferding, Finanzminister im „Kabinett der Fachleute“ unter Gustav Stresemann, zur Grundlage der rettenden Währungsreform. Wagner ergriff die Chance, um das dritte Standbein der sozialen Betriebe zu gründen: die GEHAG. Damit war zu den Baubetrieben und den Baustoffherzeugern nun auch die Seite der Auftraggeber gemeinwirtschaftlich organisiert. Viele Fachleute waren erstaunt, dass Wagner nicht selbst Vorstand der GEHAG wurde, sondern Taut aus Magdeburg holte und ihn zum Chefarchitekten ernannte.

Gleich das erste Projekt der GEHAG begeisterte die Fachwelt: der erste Bauabschnitt 1924 der Siedlung am Schillerpark in Berlin-Wedding. Die von Taut konzipierte Siedlung gehört seit 2008 als „Siedlungen der Berliner Moderne“ zum Weltkulturerbe der UNESCO. Das zweite, die Großsiedlung Britz, „Hufeisensiedlung“, ab 1925, gehört ebenfalls zum Welterbe. Das dritte, die Waldsiedlung Zehlendorf, „Onkel Toms Hütte“, ab 1926, steht seit November 2023 auf der Tentativliste

(Vorschlagsliste) zum Welterbe. Dann folgen die Wohnstadt Carl Legien – Welterbe, die Siedlung Buschallee in Weißensee und die Trierer Straße. Fast alle Siedlungen der GEHAG, die aus dieser Zeit stammen und nach Plänen von Taut errichtet wurden, sind in die Denkmalliste Berlins eingetragen.

Bruno Tauts größtes architektonisches Werk

Taut verband in genialer Weise seine Verantwortung für breite Schichten der Bevölkerung mit den Ideen des hygienischen Wohnungsbaus, wie sie Albert Kohn, Direktor der Berliner Allgemeinen Ortskrankenkasse, propagierte, sowie Aufgaben staatlicher und städtischer Förderungen, die den Geist Wagners atmeten.

Städtebaulich variierte Taut seine Baublöcke beziehungsweise Mietshäuser durch Vor- und Rücksprünge oder öffnete die Blöcke mit freien Ecken oder Durchgängen. Als Bauhöhe strebte Taut vier Geschosse bei Mietshäusern an. Die Abstände dieser Häuser konstruierte Taut am

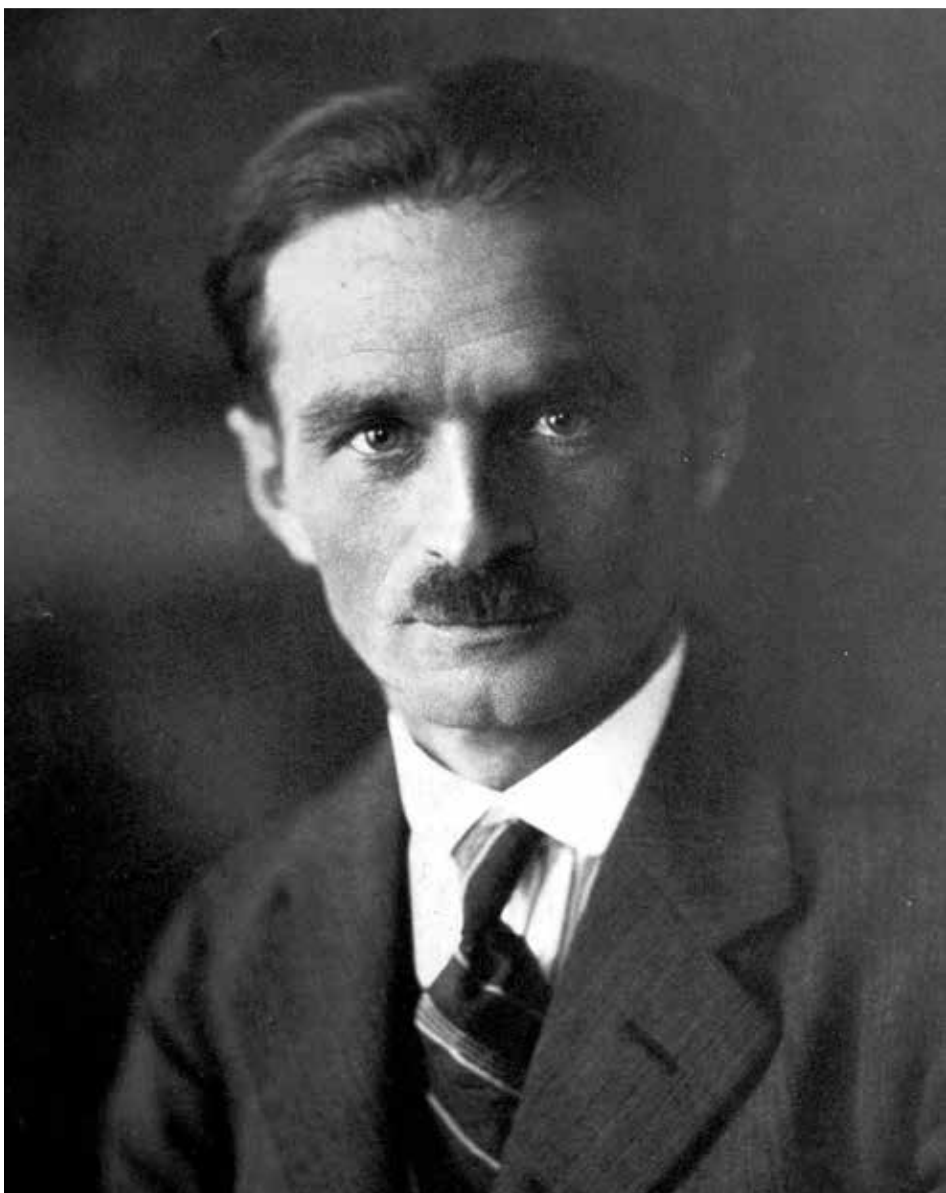
Sonnenstand, damit sich die Blöcke untereinander nicht verschatteten. Zwischen den Baublöcken wurde „Sanitäres Grün“ als Gemeinschafts- oder Mietergärten angelegt. Konzeptionell wird das Mietshaus der GEHAG als Zweispänner oder als Laubengang erschlossen. Die Hausbreite beträgt bei Taut rund elf Meter.

Als vorrangige Größe von Geschosswohnungen strebte Taut für ein bis vier Personen mit Kindern bis sechs Jahre 50 bis 60 Quadratmeter, zweieinhalb Zimmer, an. Deshalb war es Taut besonders wichtig, dass jede Wohnung über einen Balkon, eine Terrasse oder eine Loggia verfügen sollte. Als Außenwohnraum bezeichnete Taut diese Notwendigkeit im Wohnungsbau.

Die Flurfläche in den Wohnungen minimierte Taut, erschloss jedoch mit diesem einen Flur alle Räume der Wohnung. Alle Räume waren nach außen zu belichten und zu belüften. Das Verhältnis von Länge und Breite näherte sich dem Goldenen Schnitt an. Küche und Sanitärraum lagen bei Taut am Wohnungseingang. Das sollte die übrige Wohnung vor Lärm schützen. Die vollen Wohnräume waren etwa 20 Quadratmeter groß und gleichwertig, um flexible Nutzung zu gewährleisten. Halbe Wohnräume machte Taut mindestens zehn Quadratmeter groß. Lediglich die Sanitäräume waren mit etwa fünf Quadratmetern nach heutigen Bedürfnissen viel zu klein.

Bei Reihenhäusern stellte sich heraus, dass es günstig ist, zwischen Treppe und Wohnräumen einen Flur zur Erschließung der hinteren Räume einzuplanen. Die optimale Hausbreite legte Bruno Taut bei fünfeinhalb Metern fest.

Wagner erschuf mit der GEHAG sein bedeutendstes organisatorisches Werk, Taut sein größtes architektonisches. Beide Werke zusammen erscheinen bis heute als bedeutendster Beitrag Ostpreußens und vorbildlich für einen solidarischen Wohnungsbau, der die Herstellung aktuell benötigter Wohnungen und zukünftigen Wohnens ermöglicht.



1885 in Königsberg geboren, 1957 in Cambridge (Massachusetts) gestorben: Der Stadtplaner, Architekt und Stadttheoretiker Martin Wagner
Foto: unbekannt



1880 in Königsberg geboren, 1938 in Istanbul gestorben: Der Architekt, Stadtplaner und Vertreter des Neuen Bauens Bruno Taut
Foto: Wikimedia/unbekannt

● AUFGESCHNAPPT

Zwei Meldungen, die kaum schöner zueinander passen könnten: Anfang März kündigte die Stiftung Preußischer Kulturbesitz (SPK) an, die Öffnungszeiten einiger wichtiger Berliner Museen (unter anderem Altes Museum und Bode-Museum) zu verkürzen. So sollen sie neben dem Montag auch am Dienstag geschlossen bleiben und zudem an den übrigen Tagen für weniger Stunden zugänglich sein. Begründet wurde die Maßnahme mit Geldnot. Ende April dann berichtete die dpa über interne Unterlagen der SPK, laut denen in den Museen der Hauptstadt Uni-Sex-Toiletten eingebaut werden sollen. Den Anfang mache das Pergamon-Museum. Das Museum ist wegen einer Grundsanierung derzeit geschlossen und dürfte erst 2037, womöglich gar erst 2043 wieder öffnen. Kosten werden die Toiletten laut Plan 2,2 Millionen Euro. Mit der Maßnahme folge man dem „gesellschaftlichen Auftrag“, die „binäre Aufteilung in Damen- und Herren-WCs aufzubrechen“. Gerade in Zeiten knapper Kassen muss man eben Schwerpunkte setzen. H.H.



● STIMMEN ZUR ZEIT

Die erschütternde Ignoranz von Kanzler Olaf Scholz gegenüber dem Niedergang der deutschen Wirtschaft erklärt Gabor Steingart im „Focus“ (24. April) so:

„Wer begreifen möchte, warum dieser Kanzler die Interessen der Wirtschaft so umfassend ignoriert, muss seine Sicht der Dinge verstehen. Und seine Sicht besteht im Wesentlichen darin, dass er gar nichts sieht. In der Psychoanalyse spricht man bei fortgesetzter Wirklichkeitsverweigerung von ‚Verleugnung‘ ... Der Kanzler hat sich in das Bällebad seiner eigenen Illusionen gelegt.“

Julius Böhm sieht durch den Inhalt von Habecks „Atom-Akten“ den Beweis erbracht, dass die Politik der Ampel vor allem ideologisch gesteuert ist, wie er auf „Nius.de“ (25. April) schreibt:

„Als Minister ... trägt Habeck allein qua Amt die volle Verantwortung dafür, dass sein Ministerium die Öffentlichkeit und auch die Koalitionspartner bewusst und absichtsvoll getäuscht hat. Habeck hat das System Graichen in seiner Behörde bewusst installiert und zugelassen, dass ideologische Atomkraft-Hasser inmitten der größten Energiekrise seit Jahrzehnten das ganze Land mit Falschinformationen im Namen der Bundesregierung fluten.“

Wolfgang Koydl macht der Ampel in der Schweizer „Weltwoche“ (25. April) schwere Vorwürfe, nachdem der Inhalt von Habecks „Atom-Akten“ per Gerichtsbeschluss öffentlich gemacht wurde:

„Die Interessen des Landes mussten zurückstehen hinter dem Glaubensbekenntnis aus der grünen Steinzeit ... Fehler in der Politik sind unvermeidlich. Meist geschehen sie unabsichtlich oder aus Unkenntnis. Doch wer sie mit Vorsatz begeht und dabei Schaden anrichtet, handelt kriminell.“

Ingeborg Kraus, Mitglied im Verband lesbischer und schwuler Psychologen, rechnet in der „Welt“ (29. April) mit dem jüngst verabschiedeten „Selbstbestimmungsgesetz“ zur freien Geschlechterwahl ab:

„Schon Erwachsene sind herausgefordert, wenn sie aufgefordert sind, zu reflektieren, welche ‚Geschlechtsidentität‘ sie haben, unabhängig von ihrem Geschlecht. Wie schwer ist das erst für Kinder, vor allem wenn sie mit entsprechenden Bildungsmaterialien konfrontiert werden, die dazu noch den ‚einfachen‘ Geschlechtswechsel propagieren und medizinische Eingriffe verharmlosen? Das ist schlicht Kindesmissbrauch.“

Sebastian Biehl hat bei „Achtgut.de“ (29. April) seine eigene Erklärung für die Hinwendung von Jugendlichen zur AfD:

„Als sich spießige Lehrer noch über die Hippies aufregten, machte es Sinn, damit zu provozieren. Heute fordert die Jugend die ergrauten ehemaligen Rebellen anders heraus. Nichts führt so sicher zu Schnappatmung und Erblichen wie ein Bekenntnis zur AfD.“

● WORT DER WOCHE

„Die Generation Z versteht den woken grünen Zeitgeist als das, was er ist: ein zweites Lehrerzimmer.“

Ulf Poschardt, erklärt in der „Welt“ am 26. April, warum die Jugend die ständige moralische Belehrung von links leid ist

DER WOCHENRÜCKBLICK

Gesät und geerntet

Wie „Antirassisten“ den Islamismus pöppeln, und wie Nancy Faeser einfach weitermacht

VON HANS HECKEL

Früher war vieles leichter. Wäre die Hamburger Kalifats-Demo vor zehn Jahren passiert, hätten wir am nächsten Tag in fast allen Medien den warnenden Hinweis von Politikern, Journalisten und „Experten“ gelesen, dass die Vorkommnisse natürlich „nichts mit dem Islam zu tun“ hätten, weil die „übergroße Mehrheit der Muslime in Deutschland“ derlei Umtriebe scharf verurteile und treu zu unserer Demokratie stehe, weshalb der „antimuslimische Rassismus“ der Mehrheitsdeutschen das eigentliche Problem darstelle. Vielleicht hätte man sogar einen „Runden Tisch gegen Rechts“ eingesetzt, an dem „Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft“ Maßnahmen erörtern gegen die zu befürchtende „Instrumentalisierung“ der radikal-islamischen Demo.

Diese gute alte Zeit erhob noch drei Tage vor der Demo ihr Haupt im Hamburger Landesparslament der Bürgerschaft. Dort lehnten SPD und Grüne mit ihrer Mehrheit einen von der AfD unterstützten CDU-Antrag ab, auf ein Verbot von „Muslim Interaktiv“ hinzuwirken, dem Verein hinter der Kundgebung. Das ist den Roten und Grünen jetzt angeblich peinlich. Na ja, wollen wir mal glauben.

Wie kam es nur zu dieser Radikalisierung? Das fragen sich jetzt alle ganz aufgeregt. Nun, Raheem Boateng, der Haupteinpeitscher der Demo, kann auf eine solide Vorarbeit von „Politik und Zivilgesellschaft“ aufbauen, welche mit ihren Bemühungen die Grundlagen für seine stolze Bewegung gelegt haben. Da ist zuallererst die Asyl- und Einwanderungspolitik, die das Potential für Boatengs Truppen erheblich hat anschwellen lassen. Fürs deutsche Publikum spricht Nancy Faeser plötzlich von rigiden Abschiebungen von radikal-islamischen Demokratiefreunden.

Allerdings hat die Ampel ja erst kürzlich den Zugang zum deutschen Pass noch einmal drastisch erleichtert. Da ist eine Abschiebung schon theoretisch nicht mehr möglich. Und praktisch scheitern die Maßnahmen ja ohnehin auch bei Leuten ohne deutschen Pass regelmäßig im Dickicht all der Regeln, welche die deutsche Politik einer erfolgreichen Abschiebung in den Weg gestellt hat.

Aber halt! Was hören wir? Die Masse der auf dem Hamburger Steindamm versammelten sei gar nicht eingewandert, sondern schon in Deutschland geboren. Raheem Boa-

teng ist Sohn einer Deutschen und eines Ghanaers. Aber das macht nichts. Auch um die zweite und dritte Einwanderungsgeneration haben sich „Politik und Zivilgesellschaft“ hingebungsvoll gekümmert. Wenn in der Vergangenheit von „Integrationshemmnissen“ die Rede war, ging es in der Regel um „Alltagsrassismus“ und „Diskriminierung“ durch die deutsche Mehrheitsgesellschaft, und nicht etwa um die Verweigerung von Integration durch die Eingewanderten. Den umgekehrten, antideutschen Rassismus durch Immigranten, den gebe es gar nicht, antideutscher Rassismus sei ein „rechtes Schlagwort“.

So wurden junge Immigranten insbesondere aus dem muslimischen Raum emsig eingesabbert in die Opferrolle der Diskriminierten. Und die „Diskriminierten“ durften daraus den Schluss ziehen: Wenn es mit Schule und Beruf nicht so klappt, liegt es eben nicht am eigenen Desinteresse an Bildung und Arbeit, sondern an der Niedertracht der „Ungläubigen“. In diese Bresche mussten Boateng und seine Mitstreiter nur noch hineinspringen, dort war alles für ihre Propaganda bereit. Sie brauchten die „Diskriminierungs“-Erzählung der deutschen Multikulti-Redner nur aufzugreifen und in ihrem Sinne ein wenig aufzubereiten – fertig war die Forderung nach dem Kalifat in Deutschland.

„Ortskräfte“ und „Ukrainer“

Denn wenn all die deutschen „Antirassisten“ doch selber sagen, dass die deutsche „Muslimfeindlichkeit“ einfach kein Ende nehme, dann bleibt den gläubigen Moslems doch gar nichts anderes übrig, als die Macht zu übernehmen, um sich vor den Übergriffen der „Ungläubigen“ zu schützen. Oder?

Nancy Faeser gab der Entwicklung nach ihrer Übernahme des Innenministeriums noch einmal ordentlich Schub. Zunächst hat sie gleich mal den Expertenkreis Politischer Islam aufgelöst, der die Umtriebe der radikalen Moslem-Aktivisten unter die Lupe genommen hatte. Die von ihr geleitete Islamkonferenz nahm bei ihrer jüngsten Tagung stattdessen ein ganz anderes heißes Eisen in die Hand. Der offizielle Titel der Zusammenkunft Ende November lautete „Fachtagung zu steigendem Antisemitismus und Muslimfeindlichkeit“. Listig! In der Kombination kann man das eine (Antisemitismus) nämlich geschickt hinter dem anderen (Muslimfeindlich) verstecken. Da seinerzeit das Massaker vom 7. Oktober noch nicht so lange her war,

murrte die „Tagesschau“ allerdings über das fragwürdige „Timing“. Seyran Ateş, die in Berlin eine liberale Moschee gegründet hat, wurde schon deutlicher: „Wir haben aktuell Wichtigeres zu diskutieren als Muslimfeindlichkeit.“ Aber was weiß die schon?

Immerhin können wir uns doch damit trösten, dass die ganz große Mehrheit der Muslime in Deutschland eher bei Leuten wie Ateş ist als bei den Boatengs. Oder etwa nicht? Praktisch zeitgleich zur Hamburger Demo flatterte uns eine Studie aus Niedersachsen auf den Tisch, nach der dort 68 Prozent der 15-jährigen Moslems die Regeln des Islam wichtiger finden als deutsche Gesetze. 46 Prozent streben gar die Errichtung eines islamischen Gottesstaats an und 35 Prozent haben Verständnis für Leute, die Gewalt ausüben gegen Mitmenschen, die den Islam „beleidigen“. Da wächst etwas heran! Und wer diesen jungen Menschen den letzten Schliff geben will auf dem Weg in den Heiligen Bürgerkrieg, der rede am besten mit ihnen noch einmal gründlich über die grassierende „Muslimfeindlichkeit“ in Deutschland.

Sobald ihr wackeres Gerede über Abschiebungen verhallt ist, werden Faeser und die Ihren weiter dafür sorgen, dass der Nachschub für Boateng und die Seinen aus dem Ausland nicht versiegt. Allerdings muss man den Deutschen die weitere Flutung ihres Landes natürlich irgendwie „humanitär“ unterjubeln. Nachdem Begriffe wie „Syrischer Kriegsflüchtling“ oder „Afghanische Ortskraft“ ein wenig an Blendkraft eingebüßt haben, finden sich neue Nebelkerzen.

Der Angestellte eines Hamburgers Hotels, das zu gut der Hälfte mit „ukrainischen Kriegsflüchtlingen“ belegt ist (für knapp 2000 Euro pro Monat im Zweibettzimmer, gezahlt von der öffentlichen Hand) berichtet von anfänglichen Kommunikationsschwierigkeiten mit etlichen „Ukrainern“. Die habe man aber abstellen können, nachdem ein Übersetzer hinzugezogen worden sei – für Deutsch-Arabisch und Arabisch-Deutsch.

Manche „Ukrainer“ seien recht kreativ bei der Nutzung des Gebäudes. So hätten auffällig viele Besucher nach immer derselben Zimmernummer gefragt, bis sich herausstellte, dass dort eine Dame dem ältesten Gewerbe nachgeht. Eine „ukrainische“ Großfamilie habe mehrere der elf Zimmer, die sie belegte, lukrativ weitervermietet.

Sehen Sie: Früher war zwar vieles leichter. Anderes dagegen ist heute so leicht wie nie.



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de